

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Rußland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 10. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:
 Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 600.— (darunter Vierprozent der Tischlerei von Wood u. Schacht 10.—, von der roten Wottrau 3.—, Ueberich, v. „Wahren Jakob“ durch Schröder 3.—, Kranzüberich, durch Herese, Brandenburgstr. 2.—), 3. Kreis 500.—, 4. Kreis, Südost 1000.— (darunter Spargesellschaft bei Otto S., Mantuffelstr. 6.—, C. Schneider vom 5. Kreis 6,20, Pöllerpatzen von Spinn 5.—, Geburtstagsfeier bei Blümel 2,00), 4. Kreis, Ost 2000.— (darunter von den Tischlern der Werkstatt Klümmel, Frankfurter Allee 117 30.—, Lese- u. Diskussionsklub Avanti 10.—, Hamster 8.—), 5. Kreis 150.— (darunter H. A. 50.—), 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 500.— (darunter A. A. und R. R. 20.—, A. W. Wifler 1.—), Berlin, diverse Beiträge: Arbeiter der Firma Lichte und Bachmann 1,75, Vortrag von B. 10, 12. OI im Deutschen Holzarbeiter-Verband, Bezirk Südost 6.—, Sechs Gutmacher, Königsstr. 25 15.—, Tischlerei Thomas 10.—, Gesammelt in einer Betriebs-Arbeiter-Versammlung der Berliner Genossenschaftsbücherei (Nichtmitglieder) 22.—, Die Kontobuch-Arbeiter vom Wedding 5.—, A. B. und A. L., Alexandrinenstraße 27, 15.—, Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschaftsbücherei 23.—, Amerikanische Auktion in Krügers Lokal, Rammstrasse, vom Gesangsverein „Sanges Echo“ durch Petermann, genannt Albanos, 10,35, Nagerkolonne Lange 3,85, St. 50.—, Gutenberg 200.—, Jule, Ritterstr. 85, 4. Quartal 17,80, A. Qu., Voedstrasse, 5.—, Bleisteg 1.—, Gasmesser Mariendorfer durch A. B. 17.—, Gesammelt bei Kunze, Vierverlag 2,50, Mitgl. der U.-Dr. 3,50, Von Mitgliedern des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 100.—, Zwei Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker im „Vorwärts“ 10.—, Dr. A. H. 101 8.—, Dr. L. A. 50.—, A. W. 50.—, P. S. 50.—, Beuthen (Oberschl.) von obereschl. Berg- und Hüttenproletariat 50.—, Breslau, socialdemokratischer Verein 50.—, Bochum, Beitrag des socialdemokratischen Wahlkreises 40.—, Barm 50.—, Bremen, von den Parteigenossen 300.—, Angtehrde, von den Alten durch Weber 8.—, Braunschweig, socialdemokratischer Arbeiterverein 400.—, Erfurt, Wahlk. Erf.-Schl.-Bezirk, 50.—, Halleberg (Oberschl.) 2.—, Gießen, E. R., 4. Quartalsbeitrag 30.—, Gotha, durch den Vertrauensmann S. 50.—, Greiz, Wahlkreis Neuh. a. L. 100.—, Hagen i. W., Ueberich von Protokoll und Anständer durch Ungenannt 3,20, von Ungenannt 3.—, Sa. 6,20, Hagedt bei Bremen von Genossen 10.—, Hamburg, in der Expedition des „Echo“ im Monat Dezember eingegangen 67,25, Hahfurt a. M., 2. R. 3.—, Hagen i. W., Anggenose 2.—, Jena, 3. weimarerischer Wahlkreis, 4. Quartal 30.—, Königsberg i. Pr., Parteibeitrag 4. Quartal 1901 100.—, Ludwigshafen a. Rh., socialdemokratische Partei Bayerns, Gau Pfalz 200.—, Landsberg a. W., Beitrag eines aus dem Holzarbeiter-Verband Ausgeschiedenen 13,25, Lohr i. B., Altvater 5.—, Leipzig, Stadt und Land 2000.—, Meerane, von den Parteigenossen des 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreises 25.—, München, Waldläufer 15.—, Nürnberg-Altendorf, socialdemokratischer Verein 20.—, Niederrheinischer Kreis, Rdzhl. 1900.—, Nieder-Brönitz, 17. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 50.—, Neustadt (Oberschl.) 30.—, Odenstedt, Wahlkreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt 50.—, Pöschel, socialdemokratischer Verein 10.—, Pforzheim, einige Genossen durch A. W. 3,50, Potsdam-Osthavelländischer Wahlkreis, durch Vert. R. i. B. 100.—, Pteroggen, A. P. Quartalsbeitrag 1,30, Reichenbach i. Schl., socialdemokratischer Lese- und Diskussionsklub „Gleichheit“ 5.—, Schifffeld, socialdemokr. Verein 75.—, Schwelm, durch den Kreis-Vertrauensmann von Hagen-Schwelm, G. R. 100.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Solingen, durch den Kreis-Vertrauensmann 50.— (darunter vom Volksverein in Wald 12.—, desgl. Solingen 10.—), Württemberg 100.—

Berlin, den 8. Januar 1902.
 Für den Parteivorstand:
 A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Bilows Extratouren.

Der deutsche Reichskanzler Graf Bilow hat am Mittwoch im Reichstag aller Welt bewiesen, daß er nicht nur kein Staatsmann ist, sondern nicht einmal ein Diplomat ist. Um populären Stimmungen Rechnung zu tragen, hat er ganz überflüssigerweise stumpfe Schneidigkeiten gegen einen englischen Kollegen losgelassen, und die Tatsache, daß es mit dem Dreibund zu Ende geht, hat er mit ein paar schmalen Späßen eingestanden.
 Graf Bilow hat an diesem Donnerstag die Isolierung Deutschlands festgesetzt und vollendet. Er hat als unklugster Chemo ein paar groteske Extratouren getanzt — aber allein, weil er keine Gelpsonne mehr aufzutreiben vermag.
 Aber Graf Bilow sieht sich keineswegs als der starke Mann, der am mächtigsten ist, wenn er allein dasteht. Herr Bilow konnte nur noch mit Mühe die gelassene Energie markieren, die seine Lieblingspose ist. Niemals hat er so stöckend gesprochen, wie diesmal. Er würgte an den Worten, und sein Gesicht zuckte, als hätte er Zahnschmerzen. Wir glauben nicht einmal, daß die Erklärung in jedem Worte sorgfältig vorbereitet war. Wenigstens sollte man einem gedienten Diplomaten nicht zutrauen, daß er in einem wichtigen Augenblick vorbereitet Erklärungen abgibt, die selbst als Inprohationen eines verlegenen Jungfermedners übermäßig ungeschickt wären.
 Graf Bilow, der uns nach China, in die Finanzklemme und in den Zolltarif geschleppt, führt nur noch die Existenz wirrer Improvisationen. Er weiß bestimmt nicht, was er morgen oder übermorgen thun soll. So tanzt er Extratouren als ein ungelinker Solist, der selbst dieses bescheidene Handwerk nicht versteht — mit rotem Kopf.

Erste Extratour. Das Ende des Dreibundes.

Daß der Dreibund längst nicht mehr existiert, ist ein offenes Geheimnis. Nur hätte man annehmen sollen, daß das Eingeständnis in etwas würdigerer Form sich vollzogen hätte.
 Graf Bilow weiß zwar noch allerlei Tieffinniges über den Nutzen des Dreibundes zu offenbaren, so beispielsweise: „Der Dreibund verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und sichert die Zukunft“. Aber er weiß dieser transcendenten Weisheit nichts anderes hinzuzufügen als persönliche Auffassungen über deutsch-italienisches Familienleben: „In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem andern eine unschuldige Extratour tanzt. Die Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht, und sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat.“
 Aber die selbstbewusste Eitelkeit des wüthigen Chemo ist doch nur recht äußerlich. Er macht sich doch schon mit dem Gedanken vertraut, daß er nicht mehr bei der Frau als der Beste gilt. Zu dessen — was thut's — die Frau ist für ihn überhaupt „nicht mehr eine absolute Notwendigkeit“, mag sie durchgehen. „Geh, ich mag Dich nicht mehr“ — sagte der Chemo stolz, als ihm seine Gattin den Laufpaß gegeben.
 Graf Bilow beweist aber auch philosophisch, warum es ihm einst notwendig war, die Frau zu heiraten, und warum diese Notwendigkeit jetzt nicht mehr vorhanden sei. 1879 war der Dreibund notwendig, auch 1889, 1899, wahrscheinlich noch 1901 — aber 1902 ist er jetzt nicht mehr notwendig. Warum — darum! Niemand hat die Gründe des Grafen Bilow verstanden, so wird es eifrig Leute geben, die sie deshalb für großartig halten. Bismarck freilich, dessen Schüler Graf Bilow ist, meinte noch im Sommer 1895, daß man ohne den Dreibund gar nicht in eine ruhige Zukunft Europas blicken könne. Heute geht's auch so. Wenn Graf Bilow nicht der Postgraf wäre, wüßte sich fürchtbares Geschrei über die konservativen Lager über diese „Verschleuderung des Bismarckschen Erbes“ erheben!
 Italien ist seit Jahren dem Dreibund abgeneigt. Kamentlich in den radikalen Kreisen gilt Deutschland lediglich als Hort und Treiber der militärischen Reaktion. Unsere italienischen Genossen haben gerade in den letzten Zeiten eine eifrige Agitation gegen den Dreibund entfaltet, weil sie als seine Wirkung die Verschärfung des reaktionären Gelfes behaupteten. Seitdem in Adua der weltpolitische Großmachtstraum Italiens jäh ein Ende nahm und die Kolonialherlichkeit Crispighs Bismarckerei furchtbar zusammenbrach, blendete die deutsche Gloire das italienische Volk nicht mehr. Man verlor das Interesse an der andwärtigen Ableitungs- und Schwindelpolitik und die Massen befaßten sich in demselben Maße auf ihre wirklichen Interessen, als die socialistische Aufklärung wuchs.
 Als Bismarck in seinem Doh gegen die Männer des Neuen Kursus das Geheimnis verriet, daß Deutschland durch den famosen Rückversicherungs-Vertrag mit Rußland den Dreibund hinterging, wurde der Glauben an die moralische Zuverlässigkeit des Vertragsverhältnisses mit Deutschland nicht gerade erhöht. Ueberhaupt ist es ja merkwürdig, daß dieselben Leute, die behaupten, es sei unmöglich, Streit durch Schiedsgerichtsurteile zu vermeiden und zu erregen, weil bei nationalen Lebensfragen die Völker sich dem Schiedspruch nicht fügen würden — daß dieselben Leute von den Wunderwirkungen diplomatischer Bülloerkoalitionen den Glauben erzählen. Als ob irgend solch ein Bündnis in dem Augenblick halten würde, wo es den Lebensinteressen eines der Beteiligten widerspricht!
 Daß heute die Isolierung Deutschlands zur vollendeten Tatsache geworden ist, daß Italien mit Frankreich sich verbindet, das hat aber erst der deutsche Zolltarif bewirkt. Sehr zutreffend wies dieser Tage unser Londoner Mitarbeiter darauf hin, daß der Zolltarif der deutschen Voereunfreunde ein Armee-corps für sichener wert sei — insofern, als er England und Rußland wirtschaftlich und insolgebeffen auch politisch zur Annäherung zwingt und somit Englands Machtstellung stärkt. Nun erkennt man, daß der Zolltarif auch für den Dreibund als Sprengpulver wirkt.
 Für die Socialdemokratie bedeuten die diplomatischen Zwei- und Dreibünde nur unbedeutliche Ausflüchte der kapitalistischen Wirrnis. Diese Diplomatenpolitik ist nur eine Parodie jener gewaltigen, schöpferisch-karen internationalen Politik des Proletariats, die in der kulturellen Interessengemeinschaft der Volksmassen sicher begründet ist.
 Immerhin sind die jetzigen Vorgänge auch für uns beachtenswert. Sie wirken aufklärend. Sie zeigen auch dem Raibvis die unklugliche Hohlheit der herrschenden Diplomatenpolitik. Und sie beweisen insbesondere, mit wie viel Verstand gerade wir Deutschen gegenwärtig regiert werden.
 Deutschland ist zwar isoliert, daß! Graf Bilow tanzt trotzdem Extratouren . . .

Die zweite Extratour. Das Granitbeifen.

Ich hab's — dem Himmel sei's geglagt! — Euch doch so öfters schon gesagt. Daß Ihr Euch fittlich stellen sollt, und thut dann alles, was Ihr wollt. Kein leicht unferlich Wort wird von der Welt verteidigt. Doch thut das Niedrigste, und sie wird nie beleidigt.
 Goethe: Hanswursts Hochzeit.
 Ein Glück, daß der neue Votschaster in London seine Hamburger Abschiedsrede schon ein paar Tage vor Bilows Rede gehalten hat, er hätte sonst leicht in Verdacht kommen können, sich mit seinem Spott über den „Jugendstil“ einer gewissen Politik und seinen Auspielungen auf die „neue Schule“ einer höchst despektierlichen An-
 ulkung schuldig gemacht zu haben. Immerhin bleibt es ein eigenartiger Vorgang, daß in einer Woche von zwei deutschen Diplomaten, vom Kanzler des Reiches und von dem Votschaster desselben in London, zwei so komisch kontrastierende Kundgebungen veranstaltet werden konnten. Während der Votschaster unsere chauvinistischen Lärmer mit kaltem Spott übergoß, fand der Kanzler den heuchlerischen Entrüstungslärm „durchaus begrifflich und vollkommen in der Ordnung“.
 Das deutsche Publikum, das es sich längst abgewöhnt hat, sich über irgend etwas zu wundern, mochte auch diesen Vorgang „durchaus begrifflich“, wenn auch nicht gerade „vollkommen in der Ordnung“ finden; nichtdestoweniger kann man es dem an die heiteren Sensationen eines Bid-Zad-Kurses nicht gewöhnten England nicht verdenken, daß es über Bilows Abzanzelung Chamberlains einigermaßen erstaunt ist. Die englische Presse kann es nicht begreifen, daß den ostentativen Freundschaftsbeweisen, die ihm von dem offiziellen Deutschland zu teil geworden sind, nun unvermittelt der Tribünenredner der Bilowischen Rede folgen konnte. Einige oppositionelle Blätter bekundeten ihre Schadenfreude über Bilows Angriffe gegen Chamberlain, die ganze Regierungspresse jedoch urteilt in zum Teil äußerst scharfer Form über die Entgleisung des deutschen Reichskanzlers. So schreiben die „Times“:
 Der Hinweis des deutschen Reichskanzlers auf die Edinburgher Rede Chamberlains werde allen, welche wünschen, freundslichere Gefühle zwischen dem britischen und deutschen Volke zu sehen, eine Enttäufung bereiten. Weder der Reichskanzler, noch sein Interpellant hatten eine Silbe des Verweises für die Flut obscöner und unmännlicher Unwahrheiten, mit der die deutsche Presse beharrlich bestrebt sei, die militärische Ehre Englands zu bedecken. Dieser Strom von Beleidigungen habe tiefe und dauernde Entrüstung unter allen Klassen des britischen Volkes heraufbeschworen, die zu besänftigen Bilow etwas hätte thun können. Es habe ihm gefallen, seine Gelegenheit zu veräumen und indirekt der deutschen Volksschauung zu schmeicheln, daß es eine Geringschätzung gegen die Deutschen sei, ihre Truppen mit denen Englands zu vergleichen. Er könne nicht überrascht sein, wenn sein Verhalten vom britischen Volke zurückgewiesen werde.
 „Standard“ kommentiert die Rede wie folgt:
 Die Rede Bilows wird mit ernstem Bedauern in England aufgenommen. Der Ton der Zurechtweisung grenzt an das Offensive und giebt den Anschein, daß von englischer Seite etwas wie eine Entschuldigung für Chamberlain erfolgt sei. Diese Haltung des Kanzlers sei ficherlich und bestimmt nicht gerechtfertigt. Der Kanzler wünsche jenen Kreisen in Deutschland etwas Angenehmes zu erweisen, die in der letzten Zeit die feindselige Stimmung gegen England förderten. Wir bedauern diese Stellungnahme außerordentlich. Wir legen dem Fortbestand der deutsch-englischen Freundschaft hohen Wert bei, aber der Reichskanzler erschwere diese Beziehungen.
 „Daily Express“ erklärt, der Reichskanzler habe die Grenze der Generosität und der Willigkeit überschritten. Bilow fördere die ja auch von ihm wahrheitsficherstrebte Harmonie wenig, wenn er einen englischen Minister schulmeistern wolle für Bemerkungen, die vom englischen Volke durchaus geteilt und warm unterföhlt wurden. Auch „Daily Mail“ protestiert dagegen, daß von ausländischer Seite englische Minister zurechtgewiesen würden.
 Der Ursprung der Entrüstung deutscher Professoren, Studenten und Kriegervereine, die am Mittwoch in Bilows Rede ein spätes Echo gefunden hat, ist bekanntlich auf jene Rede zurückzuführen, die Chamberlain am 23. Oktober v. J. gehalten hat. In dieser Rede sollte Chamberlain gesagt haben:
 Jetzt komme die Zeit, wo notwendig strengere Maßnahmen zu ergreifen seien, um die aufländischen Suerillabanden zu bekämpfen. Wenn diese Zeit gekommen sei, werde die Regierung Präcedenzfälle für alles, was sie thun werde, in dem Vorgehen jener Nationen finden, welche diese Barbarei und Grausamkeit verurteilten, aber sie werde sich nie dem nähern, was diese Nationen in Polen, im Kaukasus, in Boenien, in Tongking und im Kriege 1870 gethan hätten.
 Als dann in Deutschland der Entrüstungslärm der charakterfesteren Elemente anhub, erklärte die englische Presse, daß Chamberlain, dessen Worte entstellte wiedergegeben seien, nicht beabsichtigt habe, die deutschen Kämpfer von 1870 zu kränken, der Kolonialminister habe lediglich erklärt, daß die englischen Truppen nichts Schlimmeres gethan hätten resp. thun würden, als auch die Truppen aller der herangezogenen Nationen.
 Wenn nun Graf Bilow auch diese gemilderte Redart der Chamberlainschen Rede als eine Ehrenkränkung der deutschen Armee auffaßte, liegt nicht gerade in dieser Auffassung eine schwere Beleidigung der englischen Armee?
 An und für sich läßt es sich nun sehr gut begreifen, daß sich jemand in seiner Ehre schwer gekränkt fühlen kann, wenn man ihn mit einem südafrikanischen Kalkkrieger auf eine Stufe stellen wollte.
 Aber — hatte dem gerade Herr Bilow ein Recht zu einer solchen Empfindlichkeit?
 Die englischen Südafrika-Truppen gelten als hümisfch haufende Herden. Das heißt nur anherhalb Englands und in England nur bei den Iren und der radikalen Opposition. Das offizielle England erklärt diese Beschuldigungen seiner Kalkkrieger genau so für gemeine Ver-

Leumdungen und Schmähungen des Auslandes und der Vaterlandslosen Gefühlen des Inlandes, wie das offizielle, das patriotische Deutschland jene Beschuldigungen gegen deutsche Abenteurer in China, wie sie auf Grund glaubwürdiger Zeugnisse von einem sächsischen Demokratenblatt erhoben worden waren. Der Glaube an das englische Hummentum beruht genau auf denselben Dokumenten, wie der Glaube an ostasiatische Bestialitäten. Hier wie dort werden die Anklagen erhoben in Soldatenbriefen und in Darstellungen von feindlicher oder unbeteiligter Seite. Die Anklagen gegen ostasiatische Barbaren wurden von der deutschen Regierung und der deutschen Ordnungspresse als perfide Erfindungen und gemeine Verleumdungen behandelt. Freilich trug selbstsamere und unbedachterweise diese namentlich Ordnungspresse nicht das geringste Bedenken, jeden sündhaften Hummentum und jedes sonstige Zeugnis der englischen Barbarei sofort als unanfechtbares Dokument gegen England zu fraktifizieren. Und nicht anders machte es sogar der vorstichtige Herr v. Bülow, der, durch seine indiginierte Ablehnung jeder Parallele deutscher und englischer Truppen, behauptete, daß er die von dem offiziellen England und namentlich der Heeresleitung als infame Lüge gebrandmarkten Anschuldigungen gleich dem erstenbesten Aldeutschen für die lauterste historische Wahrheit hält.

Wir haben nicht den mindesten Grund, dies Geständnis des offenbar entseelten Herrn Reichskanzlers zu bedauern, so unvorsichtig es auch vom Standpunkt des Lobredners des China-Kreuzzuges gewesen ist!

So wenig es unsre Sache ist, die Rede Chamberlains als besonderen Beweis diplomatischen Taktos etwa gar in Schutz zu nehmen, ein so großes Interesse haben wir daran, den interessanten Motiven der nationalen Entrüstung Bülows auf den Grund zu gehen.

Für einen Menschen von einiger Vernunft ist es allerdings ein teils lächerliches teils widerwärtiges Schauspiel zu sehen, wie man sich über ein gleichgültiges, mehr oder minder geschicktes Wort so wild erregt, während man den entsetzlichen Taten gegenüber diplomatisch kalt bleibt. Es ist das Satirspiel nach der blutigen Tragödie: den heldenmütigen Voeren hilft niemand, den greisen Präsidenten Krüger weist man von der Schwelle, gegen die Verstöße wider das Völkerrecht erhebt man keinerlei Einspruch, aber wegen etlicher Worte des Voerenmörders spekuliert man über die Mahnen tapfer.

Im übrigen können wir es gern der bewährten Diplomatenkunst des Herrn Reichskanzlers überlassen, darüber nachzusinnen, wie er seine Entgegnung wieder gut macht. Vielleicht bemüht er die demnächst stattfindenden Kaiserreisen nach England, um sich mit Herrn Chamberlain in verschwiegener Plauderstunde, die keinen hämischen Zeugen hat, in aller Freundschaft auseinanderzusetzen.

Wahrscheinlich wird es ihm dann an anregender Reiselektüre in Gestalt englischer Willkommensartikel nicht fehlen. Etwa in der Art, wie sie im April 1896, nach dem Krüger-Konflikt, die „Morning Post“ bot:

„Die öffentliche Meinung Englands würde den deutschen Kaiser mit einem herzlichsten Willkommen begrüßen, wenn er in Verfolg seiner Nordfahrt in diesem Sommer einen Besuch in Coes made, aber lediglich unter der wohlüberstandenen Bedingung, daß seine Regierung zuerst den Gang nach Tanossa angetreten haben müßte.“

Die Zollkommission.

Die Zolltarif-Kommission hielt am Donnerstagvormittag 10 Uhr ihre erste Sitzung, in welcher der Arbeitsplan beraten und festgestellt wurde.

Der Vorsitzende v. Kardorff schlug vor, mit der Beratung des Zolltarifgesetzes zu beginnen und erst nach Beendigung derselben die Feststellung des Tarifs vorzunehmen. Dagegen soll die Beratung des Paragraphen der Mindestzölle für Getreide bestimmt ausgelegt und mit der Beratung der Getreidezölle verbunden werden.

Diesem Vorschlag widersprach Singer, der beantragte, mit der Beratung des Zolltarifs und zwar mit den Getreidezölle zu beginnen. Man könne das Zolltarif-Gesetz erst vornehmen, wenn man den Inhalt desselben, die einzelnen Zollsätze festgesetzt habe. Redner beruft sich auf den Brauch des Hauses und weist nach, daß bei der Beratung des geltenden Zolltarifs ebenso verfahren wurde.

Spahn befürwortet den Vorschlag des Vorsitzenden, weil man auf diese Weise Zeit gewinnen würde.

Gotthein unterstützt den Antrag, mit der Beratung des Tarifs zu beginnen, wünscht jedoch die Industriezölle zuerst zu erledigen, damit inzwischen Anträge auf Vervollständigung des Materials für die landwirtschaftlichen Zölle, eventuell auf eine parlamentarische Enquete, vorbereitet werden können.

Müller-Fulda tritt für den Vorschlag des Vorsitzenden ein; man solle 2 Lesungen machen und bei der zweiten Lesung mit dem Tarif beginnen, so daß das Zolltarif-Gesetz am Schluß der Kommissionsverhandlungen zur Beratung kommt.

Rebel empfiehlt unter Nachweis der Nutzträglichkeit, die bei Annahme des vom Vorsitzenden gemachten Vorschlages entstehen müßten, mit der Beratung des Tarifs zu beginnen. Es sei ein Gebot der Logik, das Gesetz nicht vor Feststellung der Zollsätze in Angriff zu nehmen, weil unter andern sonst auch fortwährende Änderungen der Gesetzesbestimmungen vorgenommen werden müßten.

Blankenborn vertritt den Vorschlag des Vorsitzenden. Die Bedenken dagegen seien nicht so groß, um die Vorteile der beschleunigten Beratung aufzugeben.

Rischbeck empfiehlt im Gegensatz zum Vorredner, den Tarif zuerst zu beraten. Man müsse erst den Tarif kennen, ehe man die Einzelbestimmungen des Gesetzes festlegen könne. Redner spricht gegen den Vorschlag Gottheins, mit den Industriezölle anzufangen, und macht darauf aufmerksam, daß das Gesetz Bestimmungen über die Verwendung der Einnahmen aus dem Tarif enthalten müsse, die erst nach Festlegung der Zollsätze möglich werden.

v. Wangenheim verteidigt den Vorschlag des Vorsitzenden. Nach außen hin sei es empfehlenswerter, erst das Gesetz zu beraten.

Stadthagen verlangt eine Generaldiskussion, um Wiederholungen zu vermeiden. Die finanziellen, sozialen und handelspolitischen Wirkungen des Entwurfs müßten im Zusammenhang geprüft werden. Die Produktionsstatistik sowie die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses müßten der Kommission zugänglich gemacht werden.

Spahn glaubt, daß die Forderungen der Minorität bei der Beratung der einzelnen Zolltarif-Positionen berücksichtigt werden können, hält es jedoch für besser, mit dem Gesetz zu beginnen.

Singer erinnert daran, daß bei allen großen Vorlagen — namentlich Militär-, Marine- und Zollvorlagen — eine Generaldiskussion in der Kommission stattgefunden habe. Eine solche sei nötig, um Art und Umfang der von der Regierung zu verlangenden Auskunft festzustellen. Bei den letzten großen Militär- und Marinevorlagen habe das Centrum eine Anzahl Fragen formuliert und die Weiterberatung erst nach der Beantwortung der Regierung vor-

genommen. Das Gleiche müsse jetzt geschehen; zu diesem Zweck aber sei es notwendig, den Tarif zuerst in Beratung zu nehmen.

Gamp wendet sich gegen die Ausführungen der Minorität. Mit der Beratung des Gesetzes werde die Kommission in einigen Tagen zu Ende kommen, dann würde es immer noch Zeit sein, die Wünsche auf Auskunft zu befriedigen.

Gotthein: Die nur auf wenige Personen beschränkte Kenntnis des Materials erfordere Vorlegung der Protokolle bezw. eine direkte Enquete durch die Kommission.

Dr. Helm verteidigt den Plan der Majorität, der nach seiner Ansicht schneller und besser zur Förderung der Verhandlungen führen werde.

Stadthagen entwickelt die Notwendigkeit einer Generaldiskussion, da bei Beratung der Vorlage eine große Anzahl von Fragen wirtschaftlicher und politischer Bedeutung zu berücksichtigen seien.

Gerold will alle Fragen, die mit der Vorlage in Zusammenhang stehen, bei Beratung der Einzelpositionen besprechen, wünscht jedoch nach dem Vorschlag des Vorsitzenden zu verfahren.

Rebel sät die Gründe für den Antrag der Minorität zusammen; es sei nicht ein einziger Grund dagegen geltend gemacht. Die Majorität scheine nach festen Abmachungen zu handeln. Es sei gegen alle Logik den Rahmen für den Tarif zu machen, ehe der Tarif selbst existiere. Der von der Majorität gewollte Weg würde die Kommissionsarbeit nur verlängern, da häufige Wiederholungen unausbleiblich seien.

Dr. Müller-Meinungen spricht für den Antrag der Minorität, der dem bisherigen Gebrauch und der Vernunft entspreche. Nach zweifelhafte Debatte wird zur Abstimmung geschritten.

Antrag Stadthagen auf Generaldiskussion mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Antrag Singer: Die Beratung mit dem Zolltarif landwirtschaftlicher Zölle zu beginnen, mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Antrag v. Kardorff, mit dem Zolltarif-Gesetz zu beginnen, mit 20 gegen 8 Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die nächste Sitzung am Freitag abzuhalten.

Singer widerspricht und wünscht einige freie Tage, damit die Mitglieder, welche glauben müßten, daß mit dem Tarif angefangen würde, nun Zeit haben, die einzelnen Paragraphen des Gesetzes zu studieren. Gleichzeitig regt Redner an, Berichterstatter für die Petitionen zu ernennen. Während die Minorität der Tarifgegner vermutlich Referate für den Tarif nicht übernehmen werden, könne Redner für sich und seine Freunde die Vereinfachung ausdrücken, Berichterstatter für die Petitionen zu übernehmen.

Der Vorsitzende bittet, die Erledigung dieser Frage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen und erklärt sich zur Berücksichtigung der geäußerten Wünsche bereit. Die Kommission beschließt, die nächste Sitzung am Montag, den 13. d. Mts., vormittags 10 Uhr, zu halten.

Tagesordnung: Zolltarif-Gesetzentwurf. Abg. Exped. Berichterstatter für die hierzu eingegangenen Petitionen.

Der Vorsitzende teilt noch mit, daß er den Reichskanzler ersuchen werde, der Kommission die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses vorzulegen. Schluß der Sitzung mittags 12 1/2 Uhr.

Politische Uebersicht.

Merlin von 9. Januar.

Der Reichstag.

Die Fortsetzung der Etatsberatung am Donnerstag verlief in beschämender Schlafheit. Die Mehrheitsparteien nehmen den vollen Anteil der Schuld an dem Finanzelend und den Kulturwidrigkeiten des Reichstags auf sich; obgleich fast sämtliche Redner, die an diesem Tage sprachen, nicht aus den eigentlichen Regierungsparteien kamen, war ihre Kritik des Etats so wenig einbringlich, so wenig angemessen der wachsenden Verwahrlosung der inneren und äußeren Politik, daß die Regierung allen Anlaß hat, solche Kritik und solche Scheinopposition mit Nichtachtung zu strafen und in ihren verderblichen Wegen zu beharren.

Die ausschlaggebende Partei des Brotvuchers nahm Stellung zum Etat durch Herrn v. Bache, der als ein Radikaler in seiner Partei gilt. Der Radikalismus des Centrumsredners entsprach der bewährten Centrumsübung. Herr Bache tadelt diese und jene Etatsforderung, dieses und jenes Geschick der Regierungspolitik — um in allem Wesentlichen der Regierung zuzustimmen und die Fortsetzung ihres bisherigen Treibens zu gewähren. Ledhaft protestierte Herr Bache gegen die Einführung der astronomischen Instrumente aus Peking, doch zur selbstverständlichen Schlussfolgerung der Sühnung dieser Völkerrechtswidrigkeit erhob sich die Moral des Centrumschreiers nicht. Die eifrigen Vermählungen des Herrn Bache galten dem Versuch, die Verantwortlichkeit für die lächerliche Finanzlage des Reiches dem Bundesrat zuzuwenden und seine Partei zu entlasten. Dieser Versuch, das Centrum als Finanzbremse zu feiern, muß der Lächerlichkeit verfallen angesichts der Thatfachen, daß die unselige Entwicklung der Reichsfinanzen eben nur durch die fortwährende Zustimmung des Centrums beschleunigt worden ist. Wenn Herr Bache auch dem neuen Etat gegenüber sorgfältigste Prüfung ankündigt, so weiß jeder, daß diese sorgfältigste Prüfung nach einigem Ziwern und Hieren mit der Bewilligung fast aller Anforderungen des Militärs-, Marine- und Kolonialstats enden wird. Ging Herr Bache doch bereits jetzt so weit, vor weiteren, vielleicht die Erträge minderbenden Erleichterungen im Postwesen zu warnen! Als ob die wüthigen Aufwendungen für Kulturaufgaben irgendwelche Bedeutung für den militärischen Milliardenetat hätten.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Kraetzle, der zum erstenmal als Staatssekretär des Reichspostamts sprach, nahm Abgeordneter Richter das Wort. Es mag Herrn Richter zu gute gehalten werden, daß er in seiner Zolltarif-Rede bereits die allgemeine Politik der Regierung in ihren Wirksamkeiten scharf gekennzeichnet hat — seine Etatsrede entsprach entfernt nicht der Situation. Herr Richter machte manche gute Bemerkung gegen die Bülowsche Weltpolitik, die Finanzverwaltung, die Kolonialausgaben, gegen die Verdröhung mit der Bier- und Tabakbesteuerung, aber er verlor in der Aufwendung einer verhältnismäßig milden Satire, wo wichtige Anklage Notwendigkeit ist. Thatsächlich sah sich denn auch niemand von denen um Bülow schwerer getroffen und zur Abwehr genötigt. Nur Herr v. Thielmann hat Herr Richter mit schärferen Pfeilen bedacht, aber vielleicht nur, um durch seinen Angriff die Position des von den Agrariern bedrängten Staatssekretärs zu festigen.

Herr Kardorff sprach sodann — nicht über den Etat, sondern über den Zolltarif, da er bei der Debatte über ihn nicht zum Wort gelangt war. Erwähnenswert in seiner Rede war nur zweierlei, einmal, daß er nicht nur Ausnahmegesetze gegen die Socialdemokratie, sondern auch die Vereinfachung der heiligen Freizügigkeit forderte und daß er ausnahmsweise nicht die Leiter der allheilsenden Doppelwährung drehte.

Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung sprach anmutig die Militärfreundlichkeit und die Zollfreiheit seiner Partei in einen Strauß. Da an Arme und Marine nicht gespart werden kann, vielmehr diese Ausgaben noch weiter wachsen müssen, also

solle sich die Regierung hüten, den Steuern spendenden Verkehr durch eine verschlehte Handelspolitik zu stören.

Am Freitag wird die müde Debatte fortgesetzt; zunächst wird Herr Wassermann von den Nationalliberalen leicht die Aufgabe lösen, das Haus in seinem müden Schlummer zu erhalten. —

Die Leutenot der Herrenhäuser.

Das reichste Parlament der Welt ist das preussische Herrenhaus, in dem die „geborenen“ Gesetzgeber in einer Viertelsstunde mehr Besche fabrizieren als manches andre Parlament in einer ganzen Session. Mit einem wahren Feuerwerk gehen die Herren ans Werk. Nicht genug damit, daß sie am Donnerstag im Handumdrehen drei Vorlagen, darunter die Lex Adickes debattellos annahmen, leisteten die Herren sich nach einigem durch die Beratung der Interpellation über die Förderung der Rückkehr von im Osten einheimischen nach dem Westen ausgewanderten Familien.

Was mit dieser Interpellation bezweckt werden soll, darüber sind sich die Agrarier selbst noch nicht einig. Die einen verlangen, daß die Arbeiter, die nach dem Westen ausgewandert sind und hier infolge der wirtschaftlichen Krisis keine Arbeit mehr finden, umsonst von der Eisenbahnverwaltung in ihre Heimat zurückbefördert werden, um die Anechtenschaft, der sie glücklich entronnen sind, wieder auf sich zu nehmen und dem „gnädigen Herrn“ als Landarbeiter Frohdienste zu leisten. Auf der andern Seite begehrte ein solcher Vorschlag ersten Bedenken, denn die in der Industrie thätigen Arbeiter sind infiziert durch das Gift, das ihnen die Socialdemokraten eingefloßt haben, und sie könnten ja die Krankheit weiter verbreiten. Wieder andere wollen den goldenen Mittelweg gehen und die Wohlthat des freien Rücktransports nur denen zu Teil werden lassen, die sich demäßig unter das Joch des ostelbischen Junkertums brugen. Darin aber stimmen alle überein, daß, wenn die Arbeiter einmal nach dem Osten zurückgeschickt sind, sie dort festgehalten werden müssen, natürlich nicht durch eine menschenwürdige Behandlung und auskömmliche Löhne, sondern durch eine Verschärfung der Freizügigkeit.

So unterhielten sich denn die hohen Herren über alles mögliche, ohne zu einem Resultat zu kommen, da die Regierung, die ihnen sonst gern zu Diensten steht, von ihrem Vorschlag nichts wissen will. Freilich sind für die Regierungsbereiter nicht Gründe der Berechtigung maßgebend, sondern einzig und allein das fiskalische Interesse, die Furcht vor Ausfällen in den Eisenbahn-Einnahmen. Ein praktisches Resultat zeitigte die Debatte nicht. Doch hat die Verhandlung die Herren so angestrengt, daß sie schleunigst in die Ferien gingen. Vor Mitte März kommen sie schwerlich wieder zusammen. —

Zur Kennzeichnung der von der landwirtschaftlichen Not bedrückten Junkerseelen waren die Verhandlungen des Herrenhauses wertvoll. An dieser Stelle sieht man die Edelsten in Reinkultur, hier geben sie sich in aller Offenherzigkeit, während sie im Reichstag zu viel sociales Gewissen heucheln müssen. —

Deutsches Reich.

Der preussische Staatshaushalts-Etat für 1902 balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit 2614 167 144 M.

Von den Ausgaben entfallen auf das Ordinarium 2467 457 174, auf das Extraordinarium 146 709 970 M.

Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr vermindern sich für 1902 die Einnahmen und Ausgaben um 34 847 462 M.; die Minderausgabe setzt sich zusammen aus einem Mehrbedarf im Ordinarium von 35 654 372 M., und aus einem Minderebedarf im Extraordinarium von 70 501 834 M.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Minderüberschuß von überhaupt 36 374 529 M. vorgesehen. An den Mehrüberschüssen ist die Verwaltung der direkten Steuern mit 867 500 M. (Ergänzungsteuer + 1 000 000 M.) beteiligt. An Minderüberschüssen sind veranschlagt: Eisenbahn-Verwaltung 32 779 769 M.; Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung 2 950 410 M.; Verwaltung der indirekten Steuern 652 400 M.; Domänenverwaltung 373 850 M.; Forstverwaltung 224 000 M.

Einen Mehrbedarf ergeben die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung im Ordinarium 22 792 738 M.; Verwaltung der öffentlichen Schuld 4 260 962 M.; allgemeine Finanzverwaltung 18 499 446 M. Die Ueberweisungen vom Reich sind um 14 900 000 M., der Militärbeitrag dagegen nur um 458 425 M. niedriger eingestellt; von Mehreinnahmen kommen in Veranschlagung 900 000 M. bei dem ehemaligen Staatschatz, von Mehreinnahmen 5 000 000 M. als die Hälfte des Jahresbedarfs von 10 000 000 M., um welche vom 1. Oktober 1902 ab die den Provinzialverbänden überwiesenen Dotationen erhöht werden sollen. Voraussetzung hierfür ist allerdings das Zustandekommen des in der Thronrede angeklügten Besetzungswurfs über die Dotationen der Provinzen.

Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ist die Einnahme um insgesamt 5 740 065 M. höher veranschlagt. Hervorzuheben ist eine Mehreinnahme von 2 062 724 M. bei der Verwaltung des Innern, darunter 1 188 428 M. an Beiträgen der Gemeinden zu den Kosten königlicher Polizeiverwaltungen und 948 840 M. Beiträgen für unterhaltungsbedürftige ehemalige Krieger, welcher Einnahme indessen eine gleich hohe Mehrausgabe gegenübersteht. Von Mehreinnahmen kommen ferner in Veranschlagung 918 834 M. beim Finanzministerium, bei welchem ein einmaliger Beitrag der Stadt Posen von 1 000 000 M. zu den Kosten des Erwerbes und der Erschließung des Unwalungsgebiets in Posen vorgesehen ist; ferner 539 000 M. bei der allgemeinen Bauverwaltung, darunter 195 200 M. an Beiträgen zur Unterhaltung der Land- und Wasserstraßen usw. und 300 000 M. an Verfallsabgaben; endlich 414 641 M. bei der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Die dauernden Ausgaben bei den eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich um 17 074 632 M.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen auf die Betriebsverwaltungen 98 526 900 M., darunter 91 640 500 M. auf die Eisenbahnverwaltung, und auf die eigentlichen Staatsverwaltungen 48 169 810 M.

Im einzelnen ist hervorzuheben, daß die Einnahmen aus dem Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung um 3 1/2 Millionen, die Einnahmen aus der Eisenbahnverwaltung um 33 Millionen hinter dem Vorjahre zurückbleiben. Erhebliche Aufwendungen werden zur Bekämpfung der großpolnischen Agitation gemacht; die Regierung läßt sich die Kosten der Kriegsführung im vorans mit einer Million bewilligen. Mit dieser Summe sollen zugleich auch die Taten in Schleswig-Holstein vernichtet werden. Der Fonds für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei, ist diesmal nicht erhöht, er beträgt 300 000 M. —

Die Reichsfinanznot. Es ist nötig, die Schlüsselworte, in denen Freiherr v. Thielmann seine Schilderung der Reichsfinanzlage zusammenfaßt, nach dem Stenogramm mitzuteilen. Der Reichschatzsekretär sagte:

„Das Gesamtbild des Etats ist so unerfreulich, wie wir es vor einem Jahre kaum hatten voraussehen können. Es ist nach zwei Richtungen unerfreulich: einmal müssen die Bundesstaaten ungedeckte Militärbeiträge hergeben und ihre eignen Finanzen, die doch ein jeder im Reiche nachsüßt, weil jeder Bürger des Reiches doch auch Bürger eines Einzellandes ist, schädigen. Sodann muß das Reich zum ersten Male zur Bewilligung des Etats zu einer Ergänzungsanleihe schreiten, um laufende Ausgaben aus der Anleihe zu befriedigen. Das ist unerwünscht, meine

Derren, es läßt sich aber nicht ändern. Aber wir können hieraus eine Lehre ziehen, und ich möchte diese Lehre besonders betonen mit Rücksicht auf die großen Verkehrs-erleichterungen, welche in den letzten Jahren bei der Post und Telephonie geschaffen worden sind; ich möchte sie auch betonen mit Rücksicht darauf, daß im Deutschen Reich bald hier, bald da eine größere Verbilligung der Eisenbahntarife gefordert wird. Ich bitte Sie, meine Herren, seien Sie in solchen Zeiten, wo die Einnahmen zurückgehend, zurückhaltend mit dem Verlangen nach neuen Ausgaben — ich erinnere an die Interpellation des Herrn Abg. Dr. Bredt — und nach Verbilligung von Verkehrsstarifen — ich erinnere an die jüngsten bei der Post und Telephonie geschaffenen Verbilligungen. Wir würden sonst in die Lage kommen, den Etat in künftigen Jahren noch schlechter balancieren zu müssen, als es bereits im Jahre 1902 der Fall sein wird. Ich kann zugleich sagen, meine Herren: wenn der wirtschaftliche Niedergang anhält, und der Rückgang der Einnahmen sich weiter fortsetzt, so werden Sie nicht umhin können, neue Einnahmequellen zu bewilligen, nicht aber solche, wie den Vorkursstempel, sondern Einnahmen, die wirklich zu Buch schlagen, und da stehen an erster Stelle die Worte: Bier und Tabak.

Meiner weiteren Erörterung bedarf die Absonderlichkeit der Behauptung, daß die geringen Verkehrs-erleichterungen die Schuld tragen sollen an der Finanzkrise des Reichs und nicht die gewaltig gestiegenen Ausgaben für militärische Rüstungszwecke. —

Fleischwucher-Verschönigung.

Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ wendet sich in ihrer letzten Nummer mit einem langen Artikel gegen unsere Notiz „Zum Vrotwucher der Fleischwucher“ in der Nummer 3 des „Vorwärts“ und sucht nachzuweisen, daß weder das „harmlose“ Fleischbeschau-Gesetz noch die Grenzsperrverordnungen auf die Schweinepreise einwirkten. Daß das Fleischbeschau-Gesetz nicht die Schweinepreise zu steigern vermöge, ergibt sich nach der Ansicht der „Korrespondenz“ schon einfach daraus, daß dieses Gesetz bisher „noch gar nicht voll in Kraft getreten ist; dagegen hält sie zum Beweis, daß auch die Grenzsperrverordnungen nicht die Preise beeinflusse, eine längere mit statistischen Notizen ausgestattete Auseinandersetzung für nötig, in der sie sich folgende Begründung leistet:

Ebenso wenig können dieselben (d. h. die höheren Preise) aber auf das Konto der Grenzsperrverordnungen geladen werden. Das geht deutlich aus einer tabellarischen Uebersicht hervor, welche die „Internationale Fleisch-Zeitung“, also kein agrarisches Organ, vor kurzem über die Schweine-Preisdarstellung in den letzten 21 Jahren brachte. Schon im Jahre 1881, also noch jedes unabhängige Schwein umgerechnet die deutschen Grenzen passieren durfte, hatten wir bei einem Jahresimport von 1.648.993 dieser Tiere einen Durchschnittspreis von 108 M. per 100 Kilogramm. Von da ab sank mit einer einzigen Abweichung der Schweinepreise, fortgesetzt bis zum Jahre 1888, wo er einen Tiefstand von 86 M. erreicht hatte. Das war aber nicht etwa durch eine fortgesetzte Steigerung der Einfuhr verursacht; nein, im Gegenteil, dieser Preisrückgang war erfolgt, trotzdem gleichzeitig auch die Einfuhrmenge ohne Unterbrechung bis auf 463.191 Stück zurückgegangen war.

Den höchsten Preisstand für Schweine hatten wir im Jahre 1890 mit 114 M. per 100 Kilogramm, trotzdem in diesem Jahre schon wieder 892.100 Stück eingeführt wurden. In den 20er Jahren erreichte die Schweine-Einfuhr ihren Kulminationspunkt mit 967.718 Stück im Jahre 1892. Der Preis aber war trotzdem in diesem Jahre mit 108 M. ziemlich hoch. Von da an ist die Einfuhrziffer z. Z. infolge der veterinären Grenzsperrmaßnahmen sehr stark zurückgegangen. So konnten im Jahre 1896 nur noch 110.692 Schweine eingeführt werden. Nach der Theorie des „Vorwärts“ hätten bei einer so rapiden Abnahme der Einfuhr die Schweinepreise ebenso rapide steigen müssen, das Gegenteil aber war der Fall. Sie waren im Jahre 1896 auf demselben Tiefstand angelangt wie 1888 bei einer Einfuhr von nahezu 1/4 Million, nämlich auf 86 M., und stellten sich damit trotz einer Mindereinfuhr von 877.181 Stück um nicht weniger als 22 M. niedriger als vier Jahre vorher.

Wir haben schon wiederholt auf die Mangelhaftigkeit der deutschen Viehpreis-Statistik hingewiesen und können auch den vorstehenden statistischen Preisangaben nur einen sehr bedingten Wert zugestehen; aber im ganzen ist richtig, daß in den Jahren, in welchen die Schweinepreise in Deutschland niedrig standen, die Zufuhr von Schweinen aus dem Auslande eine geringere war, als in den Jahren, wo die Preise hoch standen. Aber was, in aller Welt, beweist denn diese Thatsache gegen meine Behauptung? Allenfalls ließe sich aus den obigen statistischen Zahlen ein Gegenbeweis ableiten, wenn wir behaupten hätten, Angebot und Nachfrage im Inlande und die diese bestimmenden Faktoren wären für die Preisstellung ganz gleichgültig, nur allein die Größe der fremden Zufuhr bestimme den Preis. Eine solche Behauptung ist und aber gar nicht eingelassen; wir haben lediglich hervorgehoben, daß die Einfuhrbeschränkungen resp. Verbote steigend auf den Preis wirkten, und zwar gerade dann am schärfsten, wenn in Deutschland das Angebot relativ (d. h. im Verhältnis zum Bedarf) am ungenügendsten ist. Jedem, der nicht in der heillosen Begriffsverwirrung der Leiter des Bundes der Landwirte befangen ist, ist das, was die obigen Ziffern beweisen, völlig klar: sie zeigen, daß in den Jahren, wo in Deutschland infolge irgend welcher Ursachen, z. B. geringerer Nachfrage, Störungen u. dgl., das Angebot ein geringeres ist und die Preise steigen, das Ausland sofort die hohen Preise auszunutzen strebt und in verstärktem Maße den deutschen Märkten Schweine zuführen sucht, während es dann, wenn in Deutschland selbst das Angebot ein großes ist und die Preise fallen, seinen Export zurückhält.

Doch es ist unnütz, der „Korrespondenz“ Logik einpauken zu wollen; in Wirklichkeit ist ihr, wenn auch vielleicht nicht die Preisbildung selbst in allen Einzelheiten, so doch die preissteigernde Wirkung der Grenzsperrverordnungen recht wohl bekannt; das beweist folgende Auslassung in ihrer Nummer 68 vom 18. Dezember vorigen Jahres, in der offen zugegeben wird, daß die Sperrmaßnahmen die deutschen Viehzüchter vor der „enorm billigen Konkurrenz der ausländischen Viehzüchter“ schützen: „Daß dieser hocherfreuliche Aufschwung unserer deutschen Schlachtvieh-Produktion unter oder vielmehr trotz des ganz unbedeutenden Zollschutzes möglich gewesen ist, das verdanken wir allein den Grenzsperrmaßnahmen im Interesse des Zuchtbeschutzes. Wir können nun freilich nicht beweisen, wie der „Vorwärts“ tadelnd bemerkt, daß diese veterinären Sperrmaßnahmen während der Dauer langjähriger Handelsverträge aufgehoben werden würden, aber wir müssen doch mit der Mäßigkeit rechnen und aus diesem Grunde zum eventuellen Schutz der Viehzüchter den deutschen Kleinlandwirte vor Vernichtung durch die so enorm billige Konkurrenz der ausländischen Viehzüchter eine unter allen Umständen wirksame Zollschöpfung fordern.“

Das ebenerwähnte Organ scheint in der senftschlichen Aufregung der letzten Wochen Vergeßen zu haben, was es noch vor kurzem als agrarwirtschaftliche Weisheit verkündete. —

die große Bedeutung und Entwicklungsfähigkeit Argentiniens erkannt, dort eine umfassende Farm errichtet und sie einem seiner Söhne zur Bewirtschaftung überwiesen. Vater und Sohn sind inzwischen längst gestorben, und der Besitz ist, soviel wir wissen, gemeinsames Familien-Eigentum geworden. Einer der Miterben und jetziger Miteigentümer ist in der That ein in den letzten Jahren viel genannter, besonders tüchtiger Ministerialbeamter, der aber auch nicht das allgeringste mit dem Zolltarif und der Zolltarifvorlage zu thun hat.“

Der Central-Abgeordnete Bingen hat außerordentlich ungeschickt gehandelt, wenn er zu Gunsten des Brodwuchers diese verächtliche Behauptung aufstellte. Denn, wenn es erlaubt ist, irgend einen einzelnen Ministerialrat als persönlich interessiert gegen den Zolltarif zu behaupten, weil er Landereien in Argentinien besitzt, so könnte man leicht erwidern, daß dann sich die Vorlage des Zolltarifs selbst in viel höherem Maße darauf beruhen ließe, weil in den genannten Regierungen kaum einer sitzt, der nicht durch persönlichen oder familiären Besitz in Deutschland für den Zoll beeinflusst sei. Wer wollte das aber behaupten?

Ein Riedgerichts-Urteil. Ein Jahr Gefängnis für einen Diebstahl von zehn Pfennigen verhängte das Kriegsgericht in Thorn in seiner gestrigen Sitzung gegen den Musikler Ernst Martin von der 5. Compagnie 21. Infanterie-Regiments. Er suchte eines Morgens in der Dunkelheit auf der Mannschafsstube nach Streichhölzern, öffnete dabei mit seinem Schlüssel das Spind eines andern Musiklers, fand darin ein Portemonnaie mit 5,10 M. Inhalt und entwendete von dem Gelde die 10 Pf., für welche er sich, da er Hunger hatte, Brot kaufte. Außer der Gefängnisstrafe wurde noch auf Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt. Daß der Unglückliche thätlich nur nach seinem Hunger stillen wollte, dafür spricht, daß er die 5 M. unberührt gelassen hat. —

Des vornehmsten Nothes nicht unwürdig. Vor dem Breslauer Ober-Kriegsgericht des VI. Armee-corps wurde am Mittwoch aus der Untersuchungshaft im Festungsgefängnis zu Reife vorgeführt der Unteroffizier der 12. Compagnie des Infanterie-Regiments Reich Nr. 22 Will Schmentel aus Deuthen O.S. Der Unteroffizier kam in der Nacht des 12. November um 1 Uhr von einem Freibier, an dem er sich nach einer Uebung mit Feuerlöschgeräten in Deuthen O.S. betheiligte, angetrunken auf seine Stube. Er ließ die Mannschaften im Gemd 10 bis 15 mal aus den Betten und wieder herein-friechen, 10 bis 12 mal auf den Boden legen, auf die Spinde klattern. Als drei der Rekruten die Befehle nach des Unteroffiziers Meinung nicht richtig machten, teilte er ihnen Ohrfeigen aus. Wegen solcher vorschriftswidriger Behandlung und Mißhandlung von Untergebenen verurteilte das Kriegsgericht der 12. Division zu Reife den Unteroffizier am 28. November zur Degradation und vier Monaten Gefängnis, indem es ihn wegen seines rohen Charakters nicht mehr würdig hielt, Vorgesetzter zu sein. Neben dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. In der neuerlichen Verhandlung schlug der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Matzke, die durchaus ungerechtfertigte Vorname der Anschuldigungen des Angeklagten, nur daß sie in Trinksucht geschienen, sei Widerstandsgrund. Er beantragte vier Monate Gefängnis, wegen der Degradation stelle er Entlassung anheim. Das Oberkriegsgericht hob das Urteil der ersten Instanz auf, und verurteilte den Unteroffizier zu drei Monaten Gefängnis. Von der Degradation sei Abstand genommen worden, da in dem Verhalten des Angeklagten keine erbliche Gesinnung liege. Der Verurteilte ist seit Reizjahr 1900 Unteroffizier. Seine Führung ist schlecht, er ist vorbestraft u. a. wegen Geldborgens von Untergebenen. —

Zu Eiferfeld ist, wie die dortigen Blätter berichten, ein wohlhabender und angesehenes Bürger, Namens Alenka Myff durch Anordnung der Staatsanwaltschaft in Reu-Kruppin, infolge einer bloßen Namensähnlichkeit mit einem Mörder, der in Reu-Kruppin ein Vergehen begangen hat, verhaftet und in Untersuchungsgefängnis, in dem er nur wenige Stunden bis zur Klärung seiner Unschuld verbleiben mußte, unzulässig behandelt worden. Die bürgerlichen Blätter erregen sich über das Vorkommnis und fordern Verpöschung desselben in den Parlamenten.

So berechtigt der Wunsch dieser Blätter ist, so wenig vermag uns dieses Vorkommnis besonders zu erregen, ist es doch bekannt, daß Rubemittelle sehr häufig unter ähnlichen Unannehmlichkeiten leiden, ohne daß die bürgerliche Presse ihren Klagen Beachtung schenkt. —

Der frühere Reichstags-Abgeordnete Dr. Sigl, bekannt als Herausgeber des „Vahr Vaterland“, ist in München am Donnerstag gestorben. Vor einiger Zeit wurde seine Uebersiedelung in eine Herden-Heilanstalt gemeldet. Er hat ein Alter von 62 Jahren erreicht.

Aus Baden wird uns berichtet: Wie bereits früher mitgeteilt, besteht seitens der Regierung die Absicht, die diesjährige Tagung des Parlaments bereits vor dem anfangs April dieses Jahres stattfindenden Regierungs-Zusitzium des Großherzogs Friedrich zu schieben. Ob aber diese Absicht ohne nachtheiligen Einfluß auf die Grundsätzlichkeit der Verhandlungen der zweiten Kammer erreicht werden kann, ist sehr zweifelhaft. Auf alle Fälle werden sich die demokratischen Parteien dem Plan einer so späten hiesiger Festlichkeiten erfolgenden forcierten Durcharbeitung wichtiger legislativer Vorlagen energisch zu widersetzen wissen. Es wird sich schon deshalb wahrscheinlich, weil unter der Vollstreckung zur Verabschiedung vorliegender Gesetzentwürfen sich eine ganze Anzahl befindet, die für weite Kreise des badienischen Volkes von einschneidender Bedeutung sind. Es seien hier, abgesehen von der Beratung des Budgets, nur die Gesetzesvorlagen bezw. Initiativanträge erwähnt betr. die Ausbesserung der Beamten und Volkschullehrer, die Abänderung der Gemeinde- und Städte-Ordnung, der Vertrag mit der Rhein-Rederbahn, das Grundbuchrecht, die Unfallversicherung, die Errichtung von Landwirtschaftsanstalten, die Kündigung des Wahlrechts, die Zulassung der Männerkloster, die socialistische Interpellation über den Zolltarif, sowie zahlreiche Petitionen. —

Ausland.

Frankreich.

Die Freiheit der Wissenschaft. Am selben Tage, an dem der Rektor der Berliner Universität, Herr Reuß von Stradowitz, den Socialwissenschaftlichen Studentenverein auflöste, sprach in Paris ein „Verein der kollektivistischen Studenten“ der Genosse Vandervelde über ein streng socialistisches Thema. Dieser socialistische Studentenverein pflegt in jedem Jahre eine Reihe solcher Versammlungen zu arrangieren, in denen in der Regel hervorragende Socialisten des In- und Auslandes als Redner auftreten. So haben im Vorjahre außer Jaurès und vielen anderen französischen Socialisten unter andren auch Anferle von Gent, Vandervelde, Ferris usw. gesprochen. —

Italien.

Die Auswanderung. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes sind im ersten Halbjahr 1901 120.342 Personen aus Italien ausgewandert; hierzu kommen noch 208.279 Personen, welche ihr Vaterland auf längere oder kürzere Zeit verlassen haben, um im Ausland Arbeit zu finden. Die diesbezüglichen Zahlen für das erste Halbjahr 1900 waren 70.967 bezw. 144.388. Die Auswanderung von Arbeitermassen ist in diesem Jahre also bedeutend höher gewesen. —

Ungarn.

Reines Edikt gegen Tzungfuhung. „Reuter's Bureau“ meldet aus Peking vom 8. Januar: Mehrere hohe Beamte hatten heute im kaiserlichen Palast eine Audienz. Der Kaiser signierte nur als Dekorationsperson, während die Kaiserin-Witwe die Unterhaltung führte und

den Kaiser, der melancholisch und teilnahmslos darsah, völlig unbedacht ließ. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß beim Empfang die fremden Truppenabteilungen anwesend waren. Die Kaiserin-Witwe scheint von der Notwendigkeit einer verständigen Politik überzeugt zu sein. Sie erließ ein Edikt, in welchem befohlen wird, daß Tzungfuhung hingerichtet werden soll. Ein Zaturgeneral in Kansu hat das Urteil zu vollstrecken. Juanshilai, Lialunhi und Tschangsi-Situng haben gemeinsam eine Denkschrift an die Kaiserin-Witwe gerichtet, in welcher sie Tzungfuhung für die Ermordung der belgischen Missionare verantwortlich machen und dessen Hinrichtung empfehlen, bevor er einen Aufstand hervorruft oder die Regierung in Schwierigkeiten mit den Fremden verwickeln könne.

Die Kaiserin kann gut Willen gegen Tzungfuhung erlassen, sie weiß daß ihm kein Haar gekrümmt wird, während sie sich doch gegenüber den Mächten jeder Verantwortung entbindet.

Die internationalen Handel in Russischwang erschienen nach den neueren Berichten dem doch ziemlich ebensortiger Natur gewesen zu sein. Es liegen folgende weitere Telegramme vor:

An den Schlägerelien zwischen Matrosen des amerikanischen Kriegsschiffes „Vidsburg“ und russischen Soldaten in Russischwang haben Mannschaften der britischen Schaluppe „Algerine“ auf Seiten der Amerikaner teilgenommen.

Die Haltung der Russen in Russischwang ist einem Mißverständnis ihrerseits zuzuschreiben. Sie hatten die britischen und amerikanischen Kanonenboote in Verdacht, daß sie sich dort in unfreundlicher Absicht aufhielten, während die Konsula die Kanonenboote herbeigerufen hatten zum Schutze der dortigen europäischen Einwohner.

Den Zusammenstoß lag also politisches Mißtrauen, nicht bloße Aufrüstung der Matrosen zu Grunde! Auffallend ist übrigens, daß England und Amerika glauben, die Anwesenheit russischer Truppen biete keinen genügenden Schutz für nicht-russische Europäer! —

Der Boeren-Krieg.

Volka bedroht abermals Natal.

Privatfabel aus Lourenco Marquos konstatieren, daß Volka wiederum Natal bedroht. Er hat sich im äußersten Süden der Freie Natal im District Tzichid mit 1500 Mann und reichlichem Feldbedarf, das alles in tadelloser Verfassung ist, konzentriert und führt auch eine Anzahl leichter Feldgeschütze mit sich. Selb Uebertritt über die Grenze wird täglich erwartet.

Parlamentarisches.

In der Zolltarif-Kommission des Reichstags ist Donnerstagabend der angekündigte Antrag Spahn, welcher verlangt, daß der Reichstag zur Verankerung der Witwen und Waisen verwendet werden soll, offiziell eingebracht worden.

Zwei Polen-Interpellationen.

Die von national-liberaler Seite im Abgeordnetenhaus eingebrachte Interpellation über das Polenium lautet wörtlich:

„Welche Maßregeln beschließt die königliche Staatsregierung zu ergreifen, um den Wünschen der Thronrede gemäß in den östlichen Provinzen dem Deutschthum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen Führung der hochzuverdienenden Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat, das Deutschthum zu pflegen, staatsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und das Zurückdrängen beständiger Sprache und Sitten zu verhindern?“

Die Polen-Fraktion des Abgeordnetenhauses hat dagegen mit Hilfe des Centrums folgende Interpellation eingebracht:

„Wir richten an die königliche Staatsregierung die Frage, ob dieselbe in Anbetracht der bekanteten Schulvorschriften in Preußen und im östlichen Interesse überhaupt es nicht für geboten erachtet, die auf dem Gebiete des Religionsunterrichts in den Volksschulen der sprachlich gemischten Landestheile getroffenen Anordnungen einer Aenderung zu unterwerfen.“

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Januar 1902, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Laugerhaas eröffnet die Sitzung nach 1/4 Uhr. Vor derselben hat die Konstituierung der Abteilungen und die Wahl einer Anzahl von Ausschüssen stattgefunden. Dem Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse, zur Vorbereitung der Abordnung der Mitglieder in die Verwaltungsdeputationen und Kuratorien und zur Vorbereitung der Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder debens Gürtelung von Redneren u. a. gehören u. a. die Stadtv. Bruns und Singer an.

Außerdem haben Eröfnungswahlen zu verschiedenen Ausschüssen für die aus der Versammlung geschiedenen Mitglieder Lüben, Eiselt, Gerkensberg, Schwabe und Kaiser stattgefunden.

Von dem Kaiser ist auf den Wunsch der Versammlung zum neuen Jahre eine Antwort eingelaufen, in welcher nach dem Tonal für die Abgabe von Wunsch-Ausdruck gegeben wird, daß sie sich auch in Berlin gegenwärtig fühlbare moehenden Erscheinungen eines wirtschaftlichen Niederganges bald wieder verschwinden und einer erprobten Aufwärtsbewegung Platz machen mögen.

Fürsorge- und Erziehungsgesetz

erforderlichen städtischen Maßnahmen: 1. Feststellung eines Einheitspreises für die Verpflegung in Fürsorge- und Erziehungsbefähigter Winterjährliger und 2. Erlass von Reglements über die Ausführung der Fürsorge- und Erziehung und die Verwaltung der städtischen Erziehungs- und Besserungs-Anstalten, sind in einem Ausschusse an der Hand der bezüglichen Magistratsentscheidungen in drei Sitzungen näher erörtert worden. Den Einheitspreis von 60 Pf. hat der Ausschuss unverändert gelassen, dagegen in dem allgemeinen Ausführungsreglement einige Aenderungen empfohlen. In § 8 ist die Verpflegung des Familienhauptes der Pflegeheile, „der Zögling in ernst religiös-sittlichem Sinne zu erziehen“, festgelegt; hier sollen die Worte „ernst religiös“ gestrichen werden. Die Verwendung des schulpflichtigen Zögling soll nicht nur in der Fabrikarbeit, sondern auch in der Haus-Industrie unbedingt untersagt sein. Der Tarif für die Verpflegung soll das erste Mal nur für 2 Jahre, später immer für 3 Jahre festgesetzt werden. — Den weitergehenden Entwürfen unter Parteigenossen im Ausschusse gegenüber, betr. die Beschränkung der auf die Anstaltsleiter zu übertragenden erteilenden Gewalt, die Ausgestaltung der ärztlichen und hygienischen Prophylaxis und die Beseitigung der Gefahr einer Ausbreitung der Pöhlunge in landwirtschaftlichen Betrieben, hat sich die Ausschussmehrheit ablehnend verhalten.

Berichterstatter ist der Stadtv. Hugo Sachse.

Stadtv. Stadthagen (Soc.): In der Kostenfrage sind wir allerdings an das Gesetz gebunden; wir haben nur einen Vorschlag zu machen, der Minister des Innern hat festzusetzen. Die Vorkosten dürfen wir nicht anrechnen. Lehrmeister und Werkstätten gehören nicht zu den Vorkosten und allgemeinen Verwaltungs-

Kosten, sondern dienen direkt und unmittelbar dem Schul- und Erziehungsbedürfnis. Würden diese Kosten und die Ausgaben für Miete zugerechnet, so kämen mindestens 70 Pf. heraus. Aber da es sich zunächst um ein Provisorium handelt und die faktatorische Feststellung der betreffenden Beträge sehr schwierig sein würde, sehe ich für jetzt von der Stellung eines Antrages ab. Später aber, nach zwei Jahren, wird genau darauf zu sehen sein, daß wir dem Staate bzw. dem platten Lande nicht mehr schenken, als wir schenken müssen.

Der Einheitsatz wird darauf genehmigt und sodann zur Beratung des Reglements übergegangen, zu welchem eine große Zahl von Änderungsanträgen der socialdemokratischen Stadt-Verordneten Augustin u. Gen. vorliegt.

Zu § 1 Absatz 1 des Reglements für die Ausbildung der Fürsorge-Erziehung ist folgende anderweitige Fassung beantragt:

Die Bearbeitung sämtlicher Angelegenheiten, welche das Gesetz vom 2. Juli 1900 dem Gemeindevorstand und dem Stadtkreis Berlin übertragen hat, erfolgt bis zu anderweitiger, durch übereinstimmenden Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zu treffender Bestimmung durch die Armen-Direktion, Abteilung für die Waisenverwaltung, unter Aufsicht des Magistrats.

(Die gesperrt gedruckten Worte sind Zusätze nach dem Antrag Augustin.)

Der Referent spricht sich gegen den Antrag aus, da der Aufsatz keine Neigung gehabt habe, die Ausführung des Gesetzes durch Einführung unnötiger Erschwerungen zu verzögern, und andererseits keine Notwendigkeit gesehen habe, Grundsätze, welche längst Gemeingut der städtischen Verwaltung geworden, noch besonders in den Text der Reglements aufzunehmen.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Es handelt sich in diesem Gesetz um eine höchst wichtige Materie, um die Fürsorge-Erziehung fittlich verwaarloster Kinder oder der Kinder von Eltern, die selbst etwas pecciert haben. Das Reglement hat der Stadtkreis Berlin zu erlassen. Wir bitten Sie, den Wortlaut des bestehenden Reglements nach dem Gesetz von 1878 bestehen zu lassen, also die Magistratsaufsicht ausdrücklich wieder aufzunehmen. Sämtliche Verwaltungsdeputationen haben unter Aufsicht des Magistrats zu arbeiten; das folgt auch aus § 56 der Städte-Ordnung, wird aber durch den Wortlaut des neuen Gesetzes zweifelhaft insofern, als jetzt die Waisenverwaltung als selbständige Verwaltungsstelle ohne Aufsicht des Magistrats angesehen werden könnte. Daraus könnten sich erhebliche Unzulänglichkeiten zu Ungunsten der zu Erziehenden Kinder ergeben. Wir bitten auch die Möglichkeit nicht auszuschließen, später einmal diese Fürsorge-Erziehung einer eignen Deputation zu übertragen oder die Schuldeputation mit sprechen zu lassen.

Der Referent erklärt die beantragten Zusätze für selbstverständlich und deshalb überflüssig; ein Reglement sei kein Gesetz und kein Statut und könne durch die souveräne Versammlung jederzeit geändert werden.

Der Antrag Augustin wird darauf abgelehnt, § 1 unverändert angenommen.

Nach § 2 sollen die Prostituierten besonderen Anstalten überwiesen werden. Der Antrag Augustin will dafür sagen: „städtische Erziehungs- oder Besserungsanstalten“.

Stadtv. Stadthagen: Mit den Anstalten, denen die Prostituierten überwiesen werden sollen, sind auch solche gemeint, welche unter kirchlicher oder privater Leitung stehen. Wir sollten doch diejenigen, zu deren Schulung und Besserung wir verpflichtet sind, nur in städtischen Anstalten unterbringen. Mit dem anscheinenden Liebeswort jener anderen Anstalten vermengt sich eine Heuchelei, die geradezu zur Verderbnis führt, wie wir aus den Verhandlungen über die lex Heine und aus Zeitungsnachrichten erfahren haben. In solche Anstalten dürfen die Prostituierten nicht hinein. Eine Scheidung zwischen denen, welche erst im Anfange der Sittenverderbnis stehen, und denen, an welchen nichts mehr zu bessern ist, muß gemacht werden, wie auch unsere Erziehungsleiterin in Klein-Beeren ausgeführt hat. Zwei derartige Anstalten, Siloah und Magdalenum, können hier in Betracht. In Siloah sind ein gutes Drittel der Gefangenen erst durch den Anstaltsaufenthalt zur völligen fittlichen Verberbnis geführt worden. In einem besonderen mit dem genannten Fall aus Magdalenum ist aus rein religiösen Gründen die Fürsorge-Erziehung von einem solchen Institut veranlaßt worden; es handelte sich um das Kind eines freizwilligen Vaters. Dieser mütterliche, dem Sittlichen entfremdete Geist darf nicht von uns mit dem Verfügungsrecht über die elterliche Gewalt ausgestattet werden. Im Reichstage ist ausdrücklich gegen diese Möglichkeit der Proletenmacheri protestiert worden. Wir haben keinen Einfluß auf die Leitung dieser Anstalten; die Kinder in diesen Anstalten sind unserer Fürsorge entzogen. Im Ausschuss ist man augenscheinlich gar nicht dahinter gekommen, daß es sich hier nicht bloß um städtische Anstalten handelt, sondern auch um solche, welche bewußt oder unbewußt der Heuchelei vorarbeiten. Diesem entgegenzusetzen, müßte Ihnen doch eine Freude sein, wie sie es dem Liberalismus der 60er Jahre war.

Stadtrat v. Friedberg: Den Antrag auszuführen würde ganz unmöglich sein. Wir befinden uns noch im Versuchsstadium der Anschaffung. Es liegen schon 900 Anträge vor; die Verwaltung konnte diese Zahl selbst wenn sie etwa auf 700 fänke, nicht einsernt unterbringen. Die Stadt schließt mit solchen Anstalten Verträge ab. So lange ich die Verwaltung führen werde, wird Proletenmacheri nicht vorkommen.

Stadtv. Stadthagen: Der von mir erwähnte Fall ist im Magdalenum im Juli 1901 passiert. Der Stadtrat kam davon nichts wissen, denn er hat keinen Einfluß auf dieses Institut. Es handelt sich nur um Prostituierte, da kommen doch nicht alle 900 Anträge in Frage. Wir haben eine Hilfstation in Rummelsburg. Die Stadt ist i. J. von der Polizei zur Einrichtung einer Krankenstation im öffentlichen Interesse gezwungen worden. Wenn das für Geschlechtskranke geschehen konnte, da sollte es nicht möglich sein, auch für die gesunden Prostituierten eine städtische Zustucht zu schaffen? Wir kennen den Ruf von Siloah und Magdalenum; ich möchte meine Hand davon lassen, ein junges Mädchen von 14 oder 16 Jahren, daß durch die Schuld der Eltern eine fittliche Verberbnis begangen hat, in diesen „Rettungshäusern“ durch die Unterhaltung mit den alten abgelebten Gefangenen, vollends zu verderben. Wir müssen die Räume haben, wir sind dazu gesetzlich und moralisch verpflichtet.

Stadtrat v. Friedberg: Vordringend haben wir eine Ab- teilung für diese Kategorie in Rummelsburg geschaffen, die darf aber nach dem Gesetz nicht dauernd bestehen. Wir sind auf die Vereine angewiesen. Etwa 90 Vereine, die auf den verschiedensten ethischen und religiösen Standpunkten stehen, haben sich zum Zwecke der Ueber- nahme dieser Fürsorge zusammengesetzt. Der Vorstand setzt sich aus den verschiedensten Elementen zusammen. Die genannten beiden Anstalten verdienen nach den Erfahrungen der Waisenverwaltung die erhobenen Vorwürfe nicht.

§ 2 bleibt unverändert.

In § 3 will der Antrag Augustin einschalten:

a) Die Jünglinge dürfen nur in städtischen oder solchen Erziehungs- und Besserungsanstalten untergebracht werden, auf deren Leitung der Stadt Berlin ein bestimmender Einfluß eingeräumt ist; b) alsbald nach Kenntnisnahme des Beschlusses des Vormundschafsgerichts auf Unterbringung zur Fürsorge-Erziehung hat die Waisenverwaltung sich darüber schlüssig zu machen, ob von dem Recht der sofortigen Beschwerde gegen den Beschluß Gebrauch gemacht werden soll.

Stadtv. Stadthagen: Wenn die gesetzliche Fürsorge wirklich stattfinden soll, können Sie sich unserem Antrage nur anschließen, daß dem Magistrat ein bestimmender Einfluß auf die Anstalten eingeräumt sein soll. Es genügt nicht, daß ein Mitglied der Waisenverwaltung hinkommen und ... hinausgeworfen werden kann, denn weiter ist es doch nichts. Wie die Verträge mit den Anstalten lauten, darauf haben wir keinen Einfluß, darum müssen wir im Reglement ausdrücklich, daß ein bestimmender Einfluß gewährt sein muß. Das Erscheinen des Richterchens und das gelegentliche Auftreten des Erziehungsinspektors sind ja ganz gut und mögen bleiben, aber darin liegt noch keine

Kontrolle. Der zweite Antrag ist lediglich bestehendes Recht; wir wollen, daß in jedem Falle eine derartige Prüfung stattfinden muß. Das Kammergericht hat in wiederholten Fällen auf Beschwerde der Proletenmacheri einen Riegel vorgeschoben.

Gegen die Polemik, welche der Referent dem Stadtv. Stadthagen im Schlusswort angedeihen läßt, bezieht sich letzterer dem Vorsteher gegenüber in scharfster Form. Der Vorsteher sucht ihn zu beschwichtigen und verweist ihm die Schroffheit seiner Aussprüche: Rein lieber Herr Stadthagen, warum wollen wir uns denn hier zanken? (Stürmische Heiterkeit.)

Auch § 3 bleibt unverändert.

Nach § 4 sind die Minderjährigen, welche bereits eine strafbare Handlung begangen haben, ferner die zum Landstrafen, Verbrechen und geschlechtlichen Ausschweifungen neigenden oder in anderer Weise fittlich verwaerlosten Jünglinge in der Regel einer Aufsicht zu über- weisen.

Nach dem Antrag Augustin soll § 4 gekürzt werden, event. sind

a) die Worte: „die zum Landstrafen, Verbrechen und geschlechtlichen Ausschweifungen neigenden oder in anderer Weise fittlich verwaerlosten Jünglinge“ zu streichen durch die Worte:

„Die nach dem auf Fürsorge-Erziehung lautenden Gerichts- beschluß fittlich verwaerlosten oder fittlich verdochten Jünglinge“.

b) statt „Aufsicht“ zu setzen:

„städtischen oder einer solchen Erziehungs- oder Besserungs- Anstalt, auf deren Leitung der Stadt Berlin ein bestimmender Einfluß eingeräumt ist.“

Stadtv. Stadthagen: Der ganze § 4 ist vollkommen über- flüssig. Die Betroffenen können ja unter allen Umständen einer Aufsicht oder der Familienpflege überwiesen werden. Welche Minderjährigen sind es, die bereits eine strafbare Handlung begangen haben? Nicht die von 12 bis 18 Jahren, sondern die unter 12 Jahren, die nach dem Urteilen des Vormundschafs- richters geländigt haben. Hier kann es sich um einfache Polizeiz- uebertretungen handeln, es kann zum Beispiel ein Kind zum Betteln angehalten worden sein. Soll darin unter allen Umständen eine Verwaerlostung gefunden werden? Haben Sie wirklich so wenig Kenntnis von den tatsächlichen Verhältnissen? In solchen Fällen steht doch die Familienpflege an erster Stelle. Die neue Kategorie der Verbrechen usw. Neigenden ist geradezu eine Un- gerechtigkeit und muß auf jeden Fall aus dem Reglement heraus. Es fehlt dafür an jedem Kriterium, wir dürfen doch am allerleichten solche Mittel einschreiben lassen. Wollen Sie aber durch- aus eine solche Bestimmung treffen, so muß mindestens ein Gerichts- beschluß über die fittliche Verwaerlostung oder Verberbnis vor- handen sein.

Stadtrat v. Friedberg bittet auch diese Amendements ab- zulehnen. Die Verwaltung sei sich ihrer moralischen Verpflichtung und Verantwortung voll bewusst.

§ 4 wird unverändert angenommen, ebenso §§ 5-7.

Zu § 8, der besagt, daß bei der Auswahl der Pflegestellen Familien auf dem Lande bevorzugt werden, der den Abschluß eines Vertrages mit dem Familienhaupte vorschreibt und diesem u. a. auch die Verpflichtung auferlegt, „den Jüngling zu den für sein Alter und Geschlecht passenden häus- lichen und ländlichen Arbeiten anzuhalten, soweit dies ohne Schädigung der Gesundheit des Jünglings und des Schulunterrichts geschehen kann“, liegen zunächst die Anträge des Ausschusses vor, welche ohne Debatte angenommen werden. Die Stadtv. Augustin und Genossen beantragen:

a) folgenden Absatz einzuschalten:

„Bei der Auswahl der Pflegestellen für schulpflichtige Jünglinge dürfen nur solche Orte berücksichtigt werden, die mindestensklassige Schulen haben und bei denen die Schulverhältnisse so geregelt sind, daß einer Ueberfüllung vorgebeugt ist“;

b) Die Worte „werden bevorzugt“ zu ersetzen durch „können be- vorzugt werden“;

c) die gesperrt gedruckten Worte zu streichen;

d) dem § 8 zuzufügen:

„Bei der Auswahl der Pflegestellen darf auf die politische Ueberzeugung des Familienhauptes keine Rücksicht genommen werden.“

Stadtv. Stadthagen: Schulen, welche schon vor mehr als 100 Jahren antisch als ungenügende Landschulen berechnet wurden, kann doch Berlin unmöglich als geeignete Anstalten für die Für- sorge-Erziehung dieser Jünglinge ansehen. Die Verwaerlostung der Minderjährigen rührt nicht zum wenigsten daher, daß eine solche Un- masse von Kindern bereits im jugendlichsten Alter auf den Erwerb angewiesen sind. Nach der Statistik von 1896 waren über 200 000 Kinder unter vierzehn Jahren als erwerbthätig im Haupt- beruf nachgewiesen. Zur Abhilfe ist trotz der eifrigsten Arbeit des deutschen Lehrervereins wenig geschehen. Bis zu 70 Proz. rekrutieren sich die jugendlichen Verbrecher aus dieser Schicht. Wir haben noch einklassige Schulen mit 100 bis 150 Kindern, zweiklassige mit bis zu 120 Kindern in jeder Klasse. In der Nähe Berlins, in Gatow und Gladow, kommen auf einen Lehrer Lehrer 128 und 130 Schüler, in Steinlich hat ein Lehrer 246 Schüler. (Der Vorsteher erwidert den Redner, die Schul- verhältnisse nicht in dieser Allgemeinheit zu erörtern.) Herr Vor- steher, giebt es wohl ein wichtigeres Gebiet als dieses, auch für einen liberalen Mann? Wollen Sie die Ihrer Fürsorge Ueberwiesenen in die überfüllten Schulen schicken? Schon 1827 hat der Minister Altenstein 80 Schüler als die höchste Frequenz einer Klasse bezeichnet; in beinahe jedem Orte, wohin Sie jetzt die Kinder schicken, kommen mehr als 80 Schüler auf den Lehrer. Sech- sklassige Anstalten sind genügend vorhanden. Wenn Sie den Passus wegen des Anhaltens zu ländlichen Arbeiten nicht streichen, machen Sie sich mitschuldig an der agrarischen Politik, der zu Liebe dieses Gesetz gemacht wurde, und leisten der Aus- beutung Vorkand. Mit einer Berliner Pflegestelle läßt sich ja unter dieser Bedingung überhaupt kein Vertrag mehr abschließen. Die politische Ueberzeugung des Familienhauptes der Pflegestelle auszuwählen zu machen, ist ein unwürdiges Verfahren. So dachten auch die Liberalen in früherer Zeit und die Enttäuschung war in den 50er Jahren in Deutschland allgemein, als einmal in diesem Sinne vorgegangen wurde. Ich bin Sie, was Sie diesem unfremden Antrag gegenüber nach Ihrem Ge- wissen thun müssen.

Der Vorsteher verliest den Wortlaut der vorhin schon von ihm gerügten persönlichen Bemerkung des Stadtv. Stadthagen. Es heißt darin, daß der Referent das Schlusswort mißbraucht habe, um die Worte des Redners zu verbreiten. Stadtv. Stadthagen erhält hierfür nachträglich einen Ordnungsruf.

Stadtrat v. Friedberg bittet um Ablehnung der gestellten Amendements. § 8 entspreche der bewährten Praxis der Waisen- verwaltung. Es liege ihr durchaus fern, mit Hilfe dieses Gesetzes dem Lande etwa Arbeitskräfte zuführen zu wollen. Die Beschränkung auf sechsklassige Schulen ginge zu weit. Eine Rücksichtnahme auf die politische Ueberzeugung des Familienhauptes sei ausgeschlossen.

Stadtv. Cassel: Wir wünschen alle, daß die einklassige Schule verschwinde; wenn wir gegen den Antrag stimmen, so geschieht es, weil wir meinen, daß den verwaerlosten Kindern gerade auf dem Lande und in kleinen Städten eine sehr gute Er- ziehung gegeben werden kann. Auch in überfüllten Klassen sollen sie Kinder nicht können; auch möglichst in mehrklassigen Schulen sollen sie gebräut werden, aber wir wollen die Verwaltung nicht binden, weil wir zu ihr das Vertrauen haben, daß sie ohnehin möglichst für die beste Unterbringung sorgt. Den Antrag wegen der poli- tischen Ueberzeugung halte ich zwar für überflüssig, bin aber gern bereit, dafür zu stimmen.

Stadtv. Langerhans: Der Unterschied zwischen dem Antrag- stellenen und uns besteht in einer, aber freilich sehr bedeutenden Ab- weichung. Wir machen hier einen Versuch der Ausführung eines Gesetzes; wir haben keine genügende Erfahrung, wir setzen erst jetzt eine besondere Verwaltung dafür ein. Hätten Sie bei solchem Ver- such eine Deputation mit freierer Beweglichkeit für besser oder eine

solche, welche auf Schritt und Trieb durch Einzelvorschriften beschränkt ist? Das können wir ja doch nicht von vornherein wollen; geben wir ihnen also etwas mehr Freiheit!

Stadtv. Stadthagen: Ist Freiheit vorhanden, wenn im Reglement steht, es muß das Kind mit ländlichen Arbeiten be- schäftigt werden? Wir treten gerade für die Freiheit ein. Der Vorsteher hat unrecht, wenn er glaubt, wir können das Reglement nachher wieder ohne weiteres ändern; das können wir nicht. Der einmal gegenüber den Kindern gemachte Fehler, die durch eine derartige Fürsorge-Erziehung etwa gar verwahrt worden sind, kann nicht wieder gut gemacht werden. Der konservative Pastor Wagner hat in seinem bekannten Buche ausgesprochen, daß die ländlichen Orte unzulänglich sind. Sie wollen bewußt oder unbewußt dem Polizeiminister entgegenkommen, der arme verwaerloste Kinder zur Abhilfe der Leutenot den Agrariern zuführen will, während Sie dieses Anstalten entrichtet zurückweisen möchten. Nirgends ist in so scharfer Weise wie in diesem Reglement diesen Anstalten des Ministers entgegen worden. (Zu- rufe und Unterbrechungen.) Die Unbuddigkeit kann doch nicht so weit gehen, daß Sie sachliche Einwendungen nicht mehr hören wollen, sonst ist ja draußen auch noch ein Raum. (Vorsteher Langerhans: Es ist nicht postend, daß Sie die Herren noch draußen ver- weisen.) Es ist doch unerhört, hier behaupten zu wollen, daß in Berlin ein Familienvater, der das Kind zu ländlichen Arbeiten anhalten muß, existieren kann. Die Annahme eines solchen Zustandes würde es also möglich machen, die jungen Leute, welche bereits ein Handwerk gelernt haben, aus demselben herauszureißen und aufs Land zu schicken. Selbst die medienburgische Nitterschaft ist nicht soweit gegangen. Diesen agrarischen Pferdesch nehmen Sie nicht an, dazu steht Ihnen doch hoffentlich das Wohl und Wehe der Kinder viel zu hoch.

Stadtrat v. Friedberg wiederholt, daß der Verwaltung jede Ausbeutung fern liegt, und verweist auf einen Fall, wo die Ver- waltung sofort eingeschritten ist.

Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge, auch derjenige betr. die politische Ueberzeugung des Familienhauptes der Pflege- stelle, abgelehnt.

Zu § 13 befragt Stadtv. Stadthagen, dem Antrag Augustin folgende Zusatz zu machen:

„Die Anstalten und Familien, welche zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen benutzt werden, sind auch auf Grund einer mit Vergütung zu treffenden Vereinbarung von diesen ein- bis zweimal im Jahre zum Zwecke der Prüfung des Gesundheitszustandes der Jünglinge, sowie des Zustandes der Unterbringungsräume in sani- tärer Hinsicht zu besuchen und die Berichte über das Ergebnis dieser Besuche dem Vorstehenden der Waisenverwaltung einzureichen.“

Der Antragsteller bemerkt, daß der Antrag im Ausschuss nur mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt ist. Der Landesverband Cassel habe die Maßregel beschlossen; Berlin würde schimpflich da- stehen, wenn es nicht durchführen könnte, was der Landbezirk Kassel durchgeföhrt hat.

Der Antrag wird abgelehnt, das Reglement im Ganzen ge- nehmigt.

Zu den Reglements für die einzelnen Erziehungshäuser will der Antrag Augustin durchweg den Passus „Der Vorsteher der Anstalt läßt die Aufsicht über die Jünglinge als Vertreter der elterlichen Ge- walt“ ersetzen durch die Fassung: „Der Vorsteher (Vorsteherin, Leiter) hat die Rechte und Pflichten eines Vormundes.“

Stadtv. Stadthagen beginnt von seinem Platze aus den An- trag zu begründen und lehnt die Aufforderung, näher zum Vor- standstische in die Mitte des Saales zu treten, mit dem Hinweis darauf ab, daß er dort fortwährend durch die Geipräche der Kollegen, die der Vorsteher nicht störe, in unerträglich Weise gestört werde, und daß ihn der moralische Ekel vor solchem Gebahren zwingt, vom Platze zu sprechen.

Auch dieser Antrag wird abgelehnt, die Reglements bleiben un- verändert. Nur Annahme gelangt in der ganzen Verhandlung lediglich die Ausschussanträge.

Um 9 1/4 Uhr wird die Sitzung nach Erledigung einiger kleinerer Gegenstände abgebrochen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Englische Bestimmungen über die Rede Silow's.

Londen, 9. Januar. (W. L. W.) In Besprechung der gestrigen Rede des deutschen Reichsanwalters Grafen v. Silow bedauert die unionistische „Ball Wall Gazette“ den Ton dieser Rede.

Der konservative „Globe“ weist darauf hin, daß dies Blatt sich beständig bestrebt habe, ein freundschaftliches Einvernehmen der beiden Nationen zu ermutigen, daß aber die Rede des Reichs- anwalters es hieran vollständig verzweifeln lasse; seine Sprache sei a blichlich beleidigend für das ganze britische Reich.

Die konservative „St. James Gazette“ sagt, die Rede habe die wachsende Erregung zwischen beiden Ländern in eine ge- fährliche Sphäre gebracht.

Die gemäßig-liberale „Westminster Gazette“ meint, die allgemeinen Bemerkungen des Grafen Silow seien zeitgemäß, und sein Rat, fremde Länder ungehorsam zu lassen, sei aus- gezeichnet. In dem Artikel heißt es ferner: Wie dankbar wir auch für eine offizielle Zurückweisung der gegen die britische Armee gerichteten Vereinerungen gewesen wären, die solche Ent- rüstung hervorgerufen haben, so mißbilligen wir doch jeden Ver- such, die Unterlassung derselben zu einer weiteren Ursache des Aergernisses zwischen beiden Ländern zu machen.

Die radikalen „Halfpenny-Blätter“ zeigen herzliche Freude über die Zurückweisung, welche Graf Silow dem Minister Chamberlain erteilt habe.

(Graf Silow als Freund des „Radikalismus“, der „staatsfeind- lichen Elemente“.)

Ueber die Aufnahme der Silow'schen Rede in der französi- schen Presse teilt das Wollfische Telegraphenbureau mit Lodes- erhebungen mit.

Ueber den die italienisch-französische Annäherung betreffenden Passus sagt das „Journal des Debats“, die Frage war nur, ob Italien seine Rechnung bei Deutschland findet, oder ob es mit andern so viel tanzt, daß schließlich die glückliche Ehe, von der Graf v. Silow sprach, gestört werden könnte.

Revolution in Paraguay.

Buenos Aires, 9. Januar. (Weldung der „Agence Havas“.) Gerächtweise verlautet, in Paraguay sei eine Revolution aus- gebrochen und Präsident Cerrol von den Anführern gefangen genommen.

Agam, 9. Januar. (W. G.) Die englische Regierung hat der kroatischen 158 000 Kronen als Entschädigung für die seiner Zeit aus Transvaal ausgewiesenen Kroaaten übermittelt.

Paris, 9. Januar. (W. L. W.) Der „Figaro“ veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über die durch den Hamburger Dampfer „Habe“ vollzogene Rettung der Mannschaft des französischen Schiffes „La France“ und spricht den Wunsch aus, daß die französische Regierung die heldemütigen Retter in würdiger Weise belohnen möge. — Aus Rizza wird Wlätten gemeldet, der Mörder der Schweizerin Prossermer, Vidal, habe ein- gestanden, daß er von 7 Jahren in Marseille ein Mädchen erwordet und ins Meer geworfen habe; anherdem habe er noch zwei Mord- versuche auf junge Mädchen gemacht.

Antwerpen, 9. Januar. (W. G.) Zwei Kinder, welche, allein gelassen in der Wohnung, mit dem Petroleum- apparat spielten, waren demselben um. Das Petroleum explodierte und setzte die Kleider der Kleinen in Brand. Als die Eltern in die Wohnung zurückkehrten, fanden sie die Kinder vollständig verbrannt.

Reichstag.

118. Sitzung vom Donnerstag, 9. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Herr v. Thielenmann, Graf Potosky.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Baehem (C.):

Das Vklb. das der Herr Reichskassenschreiber gestern gezeichnet hat, war jedenfalls das trübste, das wir je kennen gelernt haben. Dabei hat er noch nicht einmal alle Schattenseiten erwähnt. Noch 1899 aber schilderte Herr v. Thielenmann die Finanzlage überaus rosig (Sehr richtig!) und war für die Vorschläge des Reichstags auf Schaffung neuer Steuern nicht zu haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Genau so wie Herr Tirpitz hier vor der neuen Flottenvorlage neue Ausgaben für die Flotte energisch im Abrede stellte, so leugnete auch Herr v. Thielenmann gegenüber den Mahnungen des Reichstags die Notwendigkeit neuer Einnahmequellen zu erschließen. Was ist denn die eigentliche Ursache der jetzigen unangünstigen Finanzlage? Zunächst ist aus den vorigen Jahren kein Uebererschuss mehr vorhanden. Dazu kommen die Mindereinnahmen infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage, und die großen Mehrausgaben z. B. bei dem China-Unternehmen. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind erheblich zurückgegangen. Das liegt zum Teil an der Abnahme des Verkehrs, zum großen Teil aber auch an dem Gebaren der großen Kohlen- und Eisenschuldafabrikate. Diese Schuldafabrikate haben außerordentlich verschärfend auf die Krisis eingewirkt. Wir müssen daher dem Gedanken näher treten, wie dieser Tätigkeit der Schuldafabrikate, soweit sie mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar ist, entgegengetreten werden kann. Am meisten würde sich wohl eine wirksame Staatsaufsicht empfehlen. — Ihre Verschuldung ist in einem Maße gestiegen, wie man es vor Jahren noch für unmöglich gehalten hätte. Meine politischen Freunde haben bei jeder Gelegenheit versucht zu warnen, um die Höhe der Ausgaben einzuschränken. (Hört! links.) Leider haben wir speziell bei den Rationalisten nicht die genügende Unterstützung gefunden. Die Hauptschuld an der Steigerung der Ausgaben liegt aber nicht bei den Mehrheitsparteien des Reichstags (Hört! bei den Sozialdemokraten), sondern vor allem bei der Regierung. (Sehr richtig! im Centrum.) — Ganz neu ist die Thatsache, daß auch die Post nun einen ganz minimalen Uebererschuss zu verzeichnen hat. Ihr Etat hat sich um 28 Millionen seit 1900 verschlechtert. Davon kommen nur 8 Millionen auf die Entschädigung der Privatposten und ich glaube nicht, daß das Defizit von 20 Millionen nur auf den wirtschaftlichen Rückgang zurückzuführen ist, wie Herr v. Thielenmann meint. Das Reichspostamt hat doch wohl gegenüber den erheblichen Entlastungen der Post zu wenig seinen Einfluß geltend gemacht. Wir sind der Meinung, daß das allgemeine Gebaren der Post in den letzten Jahren doch etwas zu laßig gewesen ist. Man darf nicht mit der Tarifserhöhung soweit vorgehen, daß auf der andern Seite die Steuern erhöht werden müssen. Die ermäßigten Tarife kommen nur den Handelsgüter- und Gewerbetreibenden zu Gute, während durch die neuen Steuern die Gesamtheit belastet wird. Die Post muß unbedingt dafür sorgen, daß sie zu ihren früheren Einnahmen zurückkehrt.

Der Festungsbau-Fonds, der bereits auf 9 Millionen zusammengekommen war, die wir in diesem Jahre hätten ausgeben sollen, ist nunmehr zu einem Hohe ohne Boden gemacht worden, indem „bis auf weiteres“ jährlich 14 Millionen für die Festungsbauten gefordert werden. Ich glaube nicht, daß der Reichstag sich in einer Zeit, die wie die heutige zur Sparfamkeit mahnt, auf einen derartigen Vorschlag einlassen wird. — Ich komme zu den Ausgaben der China-Expedition. Nach den gestrigen Ausführungen des Herrn Tirpitz wird die zu zahlende Entschädigung unsere Anlagen im wesentlichen decken. Herr Seidelum hat gestern mehrmals von einem chinesischen Abenteuer gesprochen und gemeint, diese Expedition wäre für uns eine große Blamage gewesen. Nach seinen Äußerungen mühte man glauben, der Sozialdemokratie wäre es ganz recht gewesen, wenn von unserer Seite auf die Ermordung unseres Gesandten hin absolut nichts geschehen wäre. Von Seiten der Sozialdemokratie haben wir noch wie ein Wort der Anerkennung für die Notwendigkeit der Sühneexpedition gehört, sondern nur immer eine scharfe Kritik der Vegetationsstimmungen. Ich halte diese aber für weniger wichtig mit Ausnahme allerdings einer Erscheinung, die besser unterblieben wäre. Ich meine die Fortnahme der astronomischen Instrumente der Sternwarte in Peking. Die Kriegsverwaltung hat ja später der chinesischen Regierung angeboten, die Instrumente wieder zurückzugeben, hat also damit schon das Unberechtigte der Wegnahme zugegeben. Nach Zeitungsberichten soll dann die chinesische Regierung mit Rücksicht auf die hohen Transportkosten die Zurücknahme abgelehnt haben, aber es wäre doch natürlich unsere Pflicht gewesen, uns auch zu erheben, die Kosten für den Rücktransport selbst zu übernehmen, nachdem die Instrumente einmal unredlichsternweise nach Deutschland geschafft waren. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Geschähe das nicht, so würde ich darin allerdings eine Schädigung des Ansehens des deutschen Volkes gegenüber der chinesischen Regierung erblicken.

Der Herr Reichskassenschreiber hat nun gestern von einer Zusatzaufleihe von 35 Millionen Mark gesprochen. Damit soll ein Defizit in dem Ordinarium gedeckt werden. Die Reichsverfassung steht aber lediglich vor, daß in dem Falle eines „außerordentlichen Bedürfnisses“ Anleihen erhoben werden können. Die Wohl dieses Wortes scheint mir zu beweisen, daß man es ausdrücklich hat ansprechen wollen, ein Defizit in den ordentlichen Bedürfnissen des Reichs, wie sie im Ordinarium enthalten sind, durch Anleihen zu decken. Der Herr Reichskassenschreiber scheint ja anderer Meinung zu sein, bis ich aber eines Besseren belehrt werde, bleibe ich dabei, daß die hier geforderte Zusatzaufleihe verfassungswidrig nicht zulässig ist. — Der Bundesrat hätte die Verpflichtung seinerseits auf die Bescheidung der Ausgaben zu bringen und dürfte sich dabei nicht immer auf den Reichstag verlassen. — Entschieden müssen wir uns gegen die Ausführungen des Professors Laband wenden, der die Aufhebung der Lex Brandenstein fordert. Herr Laband ist es in dieser Frage ebenso gegangen wie anderen Professoren, die aus der gelehrten Kunde hinaus in das öffentliche Leben treten, er urteilt ohne genügende Kenntnis der Dinge vom grauen Tisch aus. Die gewünschte Reichs-Finanzreform würde eine ganz falsche Richtung einschlagen, wenn sie mit einer Befreiung der Clansula Brandenstein begänne. Reichskassenzler Graf Witlow betritt den Saal. Eine reinliche Scheidung zwischen der Finanzwirtschaft des Reichs und der Einzelstaaten ist ganz undurchführbar. Damit würde der Einfluß der einzelnen Bundesstaaten im Bundesrat erheblich sinken. Jetzt haben sie einen guten Grund, auf eine vernünftige Beschränkung der Ausgaben des Reichs hinzuwirken. — Der Herr Reichskassenschreiber hat das Schreckgespenst neuer Steuern an die Wand gemalt. Ich bin im Gegenstoß zu ihm der Meinung, daß wir bei einiger Sparfamkeit auch ohne solche Steuern vorläufig ganz gut auskommen können.

Was nun die allgemeine Lage betrifft, so habe ich mich zunächst gefreut, daß gestern nunmehr auch von Seiten der Regierung jene Äußerung des englischen Ministers Chamberlain, die eine so allgemeine Erregung im deutschen Volke hervorgerufen hatte, eine Zurückweisung erfahren hat. Graf Witlow hat auch über den Dreibund gesprochen. Wenn auch der Dreibund die Verzögerung der nationalen Gegensätze der Meer- und 70er Jahre darstellte, wie er ausführte, so wird doch dadurch die Wegnahme des patrimonialver-

nicht berührt, dessen Wiederherstellung im Interesse aller Katholiken des Reichs liegt. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär des Reichspostamts Kraske:

Der Herr Vorredner hat von großen Staatsüberschreitungen seitens der Postverwaltung gesprochen. Daß diese vorgekommen sind, ist nicht zu leugnen. Einen ziemlich großen Verlust haben wir durch die Verringerung der Zeitungsgelühren, sowie auch der Fernsprechgelühren gehabt. Mit der Ausdehnung des Fernsprechnetzes über das Land ist Deutschland besonders unter meinem Vorgänger epochemachend vorgegangen; die Einnahmen aus den Remonstrationen können sich natürlich erst allmählich bemerkbar machen. Große Ausgaben haben auch die erhöhten Beamtengehälter verursacht. Also ich glaube nicht, daß man mich leichtfertig lungehen mit dem uns zur Verfügung stehenden Gelde vorwerfen kann.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Mit den gestrigen Äußerungen des Reichskassenzlers Grafen Witlow über den englischen Minister Chamberlain können wir uns vollständig einverstanden erklären. Es wird in dieser Frage sich die Wichtigkeit des Anspruchs des Grafen Caprivi erwiesen, daß im nationalen Fragen alle Deutschen einig sind. Damit aber meine ich, wäre nun in der Sache genug gesprochen. Wir wissen, was wir an unsrer Heere haben und wir wissen auch, was es mit jenem englischen Minister für eine Bewandnis hat. (Sehr gut!) Wir haben Wichtiges zu thun, als uns noch weiter mit den rechnerischen Entgegnungen dieses auswärtigen Ministers zu beschäftigen. (Sehr gut! links.)

Der Reichskassenzler hat weiter in längeren Betrachtungen über den Dreibund gesprochen. Die bellastigen Bemerkungen des Grafen Stolberg schienen ihm eine willkommene Gelegenheit zu bieten, um diese, wie ich anerkenne, sorgfältig vorbereiteten Äußerungen über den Dreibund zu thun. Bekanntlich ist ja die parlamentarische Rednertribüne für Minister des Auswärtigen ein beliebiger Ort, um das zu sagen, was sich in diplomatischen Noten nicht ablassen läßt. Ich stimme ganz dem bei, was der Reichskassenzler über die Bedeutung und Wichtigkeit des Dreibunds gesagt hat. Nur der letzte Teil seiner Ausführungen ist mir nicht ganz klar. Er sagte, daß der Dreibund heute, wenn er auch immer noch sehr schätzenswert sei, doch nicht mehr die hohe Bedeutung habe, wie in früherer Zeit. Das scheint zu sagen: der Dreibund ist ja recht schon, aber wenn er nicht mehr ist, dann geht es auch so. Was bezwecken diese Äußerungen in diesem Augenblick? Vielleicht sind sie weniger an unsre als an andre Adressen gerichtet, vielleicht an die Dreibund-Regierungen oder an die Volksvertretungen dieser Länder, um die Erneuerung von Verträgen zu erleichtern. In den heutigen Morgenblättern sind allerlei Kombinationen zu lesen, wonach zwischen Italien und Frankreich eine Erwerbgenossenschaft vorbereitet ist, die einerseits auf Tripolis, andererseits auf Albanien hingiebt. Was weiß ich davon? Die Zukunft wird lehren, was daran wahr ist. Qui vivra, verra. Der Reichskassenzler meinte, die Ausdehnung unsrer Politik auf überseeische Länder, die Welt-politik erhöhe die Garantien für den Frieden. Dieser höheren Metaphysik ist mein beschränkter Unterthanenverstand nicht gewachsen. (Sehr richtig! links.) Ich habe in der Schule immer gelernt, daß je größer die Neigungslinie ist, um so leichter Revolutionen entstehen, daß also mit der Ausdehnung unsrer Politik auf überseeische Länder die Gefahr von Revolutionen sich steigert. Der Reichskassenzler hat auch den Gegensatz zwischen der Wikonardischen und der jetzigen Politik nicht ganz richtig geschildert. Auch Wikonard hatte mit überseeischen Fragen zu thun, unter seiner Initiative ist ja sogar die Kolonialpolitik entstanden, aber er hatte immer das richtige Augenmaß für die Bedeutung überseeischer Fragen im Verhältnis zu den europäischen Dingen. Ob dasselbe Augenmaß jetzt noch vorhanden ist, ist mir mitunter zweifelhaft, zumal angelehnt der Äußerung, daß jetzt auf dem ganzen Erdball keine richtige Entscheidung getroffen werden könne ohne die Mitwirkung des deutschen Kaisers.

Der Kassenschreiber hat nicht ganz recht, wenn er den unangünstigen Etat dieses Jahres auf die Depression der Erwerbsverhältnisse zurückführt. Er hat nur die Einnahmen des Reichs in den verschiedenen Jahren verglichen, nicht aber über die steigenden Ausgaben gesprochen. (Sehr gut! links.) Der Kassenschreiber mühte selbst zugeben, daß bei den Post-Einnahmen ein Abfall nicht zu merken sei. Die 600 Millionen Hölle sind also durch die Depression nicht tangiert, auch die Umsatzsteuer, Brantwein- und Zucksteuer werden durch die finanzielle Lage nur in geringfügiger Weise berührt. Der Kassenschreiber sprach bei dieser Gelegenheit von der Präfektur Zuckerkonferenz. Er plante noch am Orbe die Hoffnung auf. Man sollte die Ausfuhrprämien selbständig aufheben, dann würden wir mit einem Schlags 93 Millionen ersparen. Bezüglich der Vorrentener meinte der Kassenschreiber, die Ingenieure hätten sich vergeblich bemüht, diese Maschinen in Gang zu bringen; nun, er selbst ist doch der leitende Ingenieur dabei. (Sehr gut! links und Heiterkeit.) Warum ist er nicht vorher so lang gewesen und hat auf unsre Mahnungen gehört, die Steuer-sätze niedriger zu bemessen. (Sehr richtig! links.) Auch die Zustände bezüglich des Differenzierungswahns können nicht so bleiben, wie sie sich jetzt herausgestellt haben. Der Kassenschreiber sprach von den tieferen Verhältnissen der Post. Ich stimme hier der Kritik des Abgeordneten Dr. Baehem in vielen Dingen zu. Auch ohne die unglückliche Konjunktur wäre das Postdefizit für 1900 nahezu ebenso groß gewesen, wie jetzt. (Laut des Abg. v. Kardorff: gerade so, wie bei der Börse.) Man hat die Entschädigungen für die Privatposten und die Remonstrationen für Fernsprechanlagen unrichtig statifiziert. Die Tarife für den Ortsverkehr sind nur deshalb herabgesetzt, weil man mit der Uebernahme der Privatposten gerungen war, ihre billigeren Tarife einzuführen. Auch beim Postverkehrs sind einige Ermäßigungen eingetreten. Was sind das aber für Kleinigkeiten gegenüber dem Milliardenetat. Die Ausgaben für Meer und Marine haben sich aber fortgesetzt gesteigert und in dem Augenblick, wo die Einnahmen nicht in gleichem Maße steigen, ist die unglückliche Finanzlage vorhanden. In den letzten fünf Jahren sind die fortbauenden Ausgaben für Meer und Marine und die Kolonien um 143 Millionen gestiegen, abgesehen von den einmaligen Ausgaben. Wo hat denn der Reichstag auf neue Ausgaben gebrungen? Herr Baehem hatte ganz recht, nur in zwei Fällen, bei den Kriegsinvaliden, die den Etat nichts angehen und dann das Milidank für die selbständige Verantwortung für das Kriegsbudget trägt, aber er ist doch Finanzminister und da muß ich ihm den entgegengelegten Vorwurf wie Herrn v. Miquel machen. Miquel war der Schwarsfächer, er ist der Schwarsfächer. (Heiterkeit.) Bei allen Militäraufwendungen hat Herr v. Thielenmann die Finanzlage im rosigsten Licht gemalt. Nach 1899 befinden wir uns nach dem Kassenschreiber auf dem aufsteigenden Pf. 1900 berechnete der Kassenschreiber das Steigen der laufenden Einnahmen auf jährlich 31 Millionen, und sagte er hinzu, wenn es nur die Hälfte ist, so liegt auch noch kein Grund zur Besorgnis vor. Als ihm nach dem Notengesetz die neuen Steuern präsentiert wurden, sagte er, er wisse gar nicht, was er in der ersten Zeit mit dem Gelde anfangen solle. Noch im vorigen Jahre war der Kassenschreiber heiter und guter Dinge. (Heiterkeit.) Es sei ja ein Umschwung eingetreten, aber es sei doch mit Freunden zu befragen, wörtlich mit Freunden zu befragen. (Große Heiterkeit.) Wörtlich mit Freunden im stillen vollzogen habe, nicht mit einem Staat wie im Jahre 1873. Der Herr Kassenschreiber weiß auch den unangenehmsten Dingen eine erfreuliche Seite abzugewinnen. (Heiterkeit.) Er hat wirklich ein heiteres Temperament. Das Reichspostamt in seiner gegenwärtigen Organisation hat sich nicht bewährt.

Es hat fast immer daneben geschätzt. Es fehlt das wirklich selbständige Reichs-Finanzministerium, das nicht nur wir, sondern auch andre Parteien, wie die Nationalliberalen und die Reichspartei, gefordert haben. Der Kassenschreiber hat nur davon gesprochen, daß der Bundesrat den Etat schon angefaßt. Ich möchte wissen, ob darüber hinaus auch starke Abstriche gemacht worden sind, wo gepart worden ist. Das ganze Dichten und Trachten des Kassenschreibers scheint mir darauf gerichtet gewesen zu sein, daß die Einzelstaaten möglichst wenig an das Reich zu zahlen haben und möglichst viel vom Reich bekommen. (Sehr richtig!) Der Herr Kassenschreiber warnte vor der Erhöhung der Militärausgaben mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Einzelstaaten. Er sagte, er hätte eben die Thronrede gelesen und daraus gingen hervor, daß der preussische Etat nur mit energischen Abstrichen zur Bilanzierung hätte gebracht werden können. Ich habe aber aus der Thronrede genau das Gegenteil herausgehört (Heiterkeit), daß nämlich auf den verschiedenen Gebieten der Staatsverwaltung neue Ausgaben möglich gewesen wären. Herr v. Thielenmann sprach von den kleinen thüringischen Staaten, die eine Erhöhung der Militärausgaben nicht ertragen. Nun dann ermähige man doch diesen kleinen Staaten die Verträge. Wegen der paar hunderttausend Mark, die hier in Betracht kommen, können wir doch nicht die ganze Reichs-Finanzpolitik zum Scheitern bringen. Es freut mich, daß das Centrum festhält an der Lex Brandenstein und von der Parole „Los vom Reich“ seitens der Einzelstaaten nichts wissen will. Wenn die Herren im Bundesrat mitraten wollten, müßten sie auch mitfahren. Für dieses Jahr hat man es so fertig gebracht, die Militärausgaben noch gegen das Vorjahr um 2 1/2 Millionen Mark zu verringern. Dem gegenüber steht ja ein Plus von Ueberweisungen, aber ich bin überzeugt, daß dieses Plus sich noch in ein Plus verwandeln wird, da die Post-Einnahmen und auch die Einnahmen aus den Stempelsteuern wesentlich höher sein werden als sie geschätzt sind. Wie der Etat jetzt aussieht, sucht man seine Hilfe in einer Ausdehnung der Pumpschwärze, anders kann man das gar nicht nehmen. Dieser müssen wir auf das entschiedenste entgegengetreten durch Steigerung der Militärausgaben und auch durch Ersparnisse. Ich wende mich zunächst zum Militäretat. Da neue Formationen durch Gesetz aufgeschossen sind, sucht man jetzt diese Bestimmungen zu umgehen; es werden 800 Oekonomielandwirker in Zivilhandwerker verwandelt. Wie sieht es weiter mit den 7000 Mann, die der Reichstag abgestrichen hat und auf deren Forderung man sich vorberecht, zurückzuziehen, hat man das jetzt aufgegeben? In diesem Sommer hier es, die 3 Regimenter mit 2 Bataillonen schreien nach ihrem 3. Bataillon. Man hätte uns das Präsenzverhältnis über-sichtlich darstellen müssen, jetzt wissen wir gar nicht: ist mit den vorgenommenen Veränderungen ein Abschlus erzielt, oder soll es weitergehen? Die Regierung müßte endlich dahin gelangen, von einer weiteren Postenerhöhung in der Armee abzusehen. Das Duinquennalsgesetz suchte man seiner Zeit zu begründen durch die Verhältnisse in Frankreich. Was hören wir aber jetzt von dort? Anstatt der Verneinung des Rekrutenkontingents kann man nicht einmal das bisherige Kontingent aufrecht erhalten. Der Kassenschreiber warnte davor, den Bauten etwas abzukürzen und hat auf die Arbeitslosen hingewiesen. Vor allem aber kommt es darauf an, die Bauten zu beschleunigen, für die die Gelder längst bewilligt sind. Was den Sammelfonds für Festungsbauten anlangt, kann ich mich ganz den Ausführungen meines Vorredners anschließen.

Bei den Bewilligungen für Festungsbauten müßte mindestens zwischen den Erfordernissen für den Bau und die antiseptische Rest-lage vollständig auf. Es können dabei ja nicht nur militärische Interessen, sondern auch diejenigen der beteiligten Städte in Frage. In Marine-Etat werden abgesehen von den Anleihen, in diesem Jahre 15 Millionen Mark mehr erfordert als im Vorjahre. Das Notengesetz verlangt nun nicht für das einzelne Jahr bestimmte Raten, sondern gestatet, den wechselnden Finanzverhältnissen der einzelnen Jahre Rechnung zu tragen. Wird man aber in dem jetzigen unangünstigen Finanzjahre die 15 Millionen betragenden ersten Raten der Schiffe, die nicht erst gebaut sind, zurückstellen? Bei den Ganzerplatten-Lieferungen steht der neue Etat gegenüber den früheren Bauten Ersparnisse vor. Diese Ersparnisse hat die Regierung der Unterstützung zu verbaufen, die ihr die parlamentarischen Verhandlungen gegenüber den einzelnen Firmen gewährten. Allein hätte sie diese Ersparnisse nicht zu stande gebracht. (Sehr richtig! links.) Schwer ins Gewicht fällt weiterhin, daß jetzt jeder Kleine Kreuzer 800000 Mark mehr kosten soll, was einer Veresterung um 20 Proz. gleichkommt. Klautschon, daß ja auch der Marineverwaltung untersteht, kostet 1/2 Millionen Mehrzulage jetzt demnach 12 Millionen. Klautschon hat bei jetzt im ganzen 47 Millionen gelistet. (Hört! hört! links.) Wer hätte das gedacht, als damals sich die Bandung so glatt vollzog. Die Versuche mit chinesischen Truppen sind nicht gelungen. Es ist höchst zweifelhaft, ob irgend einmal ein Äquivalent aus den Bergwerks- und Eisenbahnunternehmungen der Provinz Schantung und zunächst nach den Äußerungen des Abg. Dr. Baehem hoffe ich, daß auch das Centrum nunmehr an Streichungen in Kolonialetat herangeht. (Sehr richtig! links.) Wenn Prinz Alexander sich daran beteiligt, wird mich das besonders freuen. (Heiterkeit.) Auch die Dampfer-Subventionen für die Kolonien verlangen steigende Ausgaben. Für den Gouverneur von Kamerun verlangte man von uns zunächst nur ein bißchen Geld zu einem Dampfer. (Heiterkeit.) man nannte es damals Dampf-Sparflasse. (Große Heiterkeit.) Bei der Eisenbahn-Eisenschmelz- und Schmelz-Industrie hat man uns schlauerweise die Schlüsselrate wieder in zwei Raten zerlegt. Inzwischen ist ohne weiteres Zutun der Kostenanschlag für die Usambarabahn, die jetzt von Tanga bis Korogwe führt, gestiegen. Im vorigen Jahre wurde der Abg. Dr. Arendt Stimmung zu wachen für die Verlängerung der Strecke bis Rombo, indem er von einem Missionar erzählte, der jetzt ohne Bahnverbindung einen meilen-langen Weg durch einen Sumpf zurücklegen müsse, um zu seiner Station zu gelangen. Dr. Arendt erklärte damals, er wisse, daß die Eisenbahn den Sumpf umgehe. Nun, ste geht mitten durch den Sumpf! (Hört! hört! links.) Was für Kosten in Afrika in einem Sumpf verschwinden, kann man sich ja denken. Jetzt lese ich, daß Korogwe ein belanntes Malaria-Neft ist. (Hört! hört! links.) Der Endpunkt unsrer Eisenbahnverbindung also ist ein belanntes Malariast. (Munne rechts.) Nun sagt man: Von diesem Malaria-Neft müssen wir wieder freikommen, also die Eisenbahn weiterführen. Es wird uns mitgeteilt, daß wer die Strecke bis Rombo zu Fuß passiert, ohne Gnade der Malaria verfallt; deshalb müßte man mit der Eisenbahn rascher hindurchzukommen suchen. Das sind die arisanischen Eisenbahn-Projekte. (Heiterkeit.) Früher nannten wir die Usambarabahn die Kaffeebahn. Nun beschließt sich diese Bezeichnung aber nicht. Das runder um umjomehr, als uns damals in der Budgetkommission in gerichtlichen Tritten Usambaralasse freduzt wurde. (Heiterkeit.) Es war dort sogar ein lebendiger Kaffee-Plantagenbesitzer zu sehen (Heute Heiterkeit.) Dieser Herr wollte uns außerdem noch Kaffas aus Kamerun und Gaboron aus Neu-Guinea spendieren. Sie wissen gar nicht, wie freigebig man den Mitgliedern der Budgetkommission gegenüber ist. Es sind uns sogar schon Goldproben vorgezeigt worden. Die Anlage dieser Bahn hat uns schon 6-7 Millionen gekostet und auf 100000 Mark Ausgaben auch schon etwa 1/2 Pf. Reinertrag geliefert. (Heiterkeit.) Weiterhin steht immer noch die Eisenbahn Dar-es-Salaam-Magro im Hintergrund. Jeden Augenblick kann von der Budgetkommission ein Verzicht an das Westin kommen, der bei den diese Bahn empfindet. Mit den vorgeschlagenen 3 1/2 Proz. Obligationen, deren Einlösung das Reich zu 120 garantieren wollte, würde das Kon-fortium längere Gehälte machen. In diesem Breile könnte das Reich Geld bekommen, auch wenn die Weltpolitik sich dahin ver-richten sollte, den Mond oder den Mars zu kolonisieren. (Heiterkeit.)

Der Schatzsekretär hat uns ermahnt, in diesen schlechten Zeiten doch von Verkehrserleichterungen abzugehen. Darum denn Verkehrserleichterungen für Afrika? (Sehr gut! links.) Was gehen und schließlich die Afrikaer mehr an uns unserer Verkehr? Das Nachfolgende bleibt unerfüllt, so die Reform des Wohnungsgeldzuschusses für Reichsbeamte. Die nächste Fürsorge für die Beamten bleibt zurück im Vergleich mit der phantastischen Weltpolitik in anderen Weltteilen. (Sehr gut! links.) Statt der natürlichen Heimatpolitik die Phantasie der Weltpolitik. (Weiß! links.) Wie wollen wir auch China unsere Millionen und Regionen zurück bekommen? Die Millionen sollen ja allmählich die letzte nach 40 Jahren, zurückgezahlt werden. Die Verfassung, die nach in China ist, kostet uns jährlich 20 Mill. Mark, das macht für jeden Mann durchschnittlich 5000 Mark. Dazu kommen die Kosten für Klauhschon, für die ostasiatische Station, die Dampfer-Subvention etc. Hier ist wieder einmal die Elite größer als der Rest. (Sehr richtig! links.) Man müßte die Besatzungstruppen in China erheblich vermindern, nur wir, die Engländer und die Franzosen halten die Provinz Fochin noch besetzt. Die Größe unseres Kontingents steht in keinem Verhältnis zu unserem Interesse. Ob sich bei einer erneuten China-Expedition wieder Freiwillige finden, ist zweifelhaft. Es hat schon Mühe genug gekostet, die Leute für ein weiteres Jahr dort zu halten. Aber wenigstens ist eine gewisse Erweiterung weiter für die Weltpolitik inflationärer Volksteile erzielt, während der Weltmarschall, der mit tausend Masken in den Ozean geschifft war, froh sein kann, von seiner undenklichen Aufgabe erlöst zu sein.

Inzwischen erschwert die Weltpolitik unsere politischen und Handelsbeziehungen zu den fremden Mächten und dabei kündigte der Schatzsekretär eine neue Bier- und Tabaksteuer an! Diese Industriezweige sind doch keine toten Körper, an denen man Experimente machen könnte. Die Tabakindustrie ernährt Hunderttausende. Wir haben doch Agitationsstoff genug gegen Sie. Wir brauchen es gar nicht mehr, daß Sie noch neue Steuerprojekte machen. (Lebhafte Zustimmung links.) Um 500 Millionen sind die Steuereinnahmen seit der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers schon gesunken. Nun kommen Sie noch mit weiteren Projekten.

Die Reichsschuld hat sich seit der Thronbesteigung 1888 mehr als verdreifacht. An die dritte Milliarde in Ägypten bald die vierte an. So lange wir nicht zu den alten preussischen Traditionen einer sparsamen Finanzwirtschaft zurückkehren (Oh! Auf und Lachen rechts), so lange wird es nicht besser im Reich. Neue Traditionen müssen wieder zu Ehren kommen, die es ermöglicht haben, daß der preussische Staat die Grundlage für den deutschen Einheitsbau ward. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Herr Richter hat eine große Lobrede auf den Fürsten Bismarck gehalten. In seinen Reden hat er das nie gethan. (Sehr richtig! rechts.) Was die Mehrausgaben für Flotte, Heer usw. in diesem Etat anlangt, so wird ja die Budgetkommission dieselben etwas scharf prüfen müssen, denn ich gebe zu, daß die gegenwärtige Zeit uns zwingt, den Quamen auf den Beutel zu halten. Die 7000 Mann wird die Regierung hoffentlich in diesem unglücklichen Jahre nicht fordern, eine Verschleierung der Marinebauten halte ich dagegen für sehr wünschenswert. — Die Kolonien müßten wir, wenn es nach dem Rezept des Herrn Richter ginge, heute gleich meistbietend verkaufen. Behalten wir sie aber, dann müssen wir vor allem gute Verkehrswege in den Kolonien schaffen. Das große deutsche Volk hängt an seinen Kolonien, ich habe das überall beobachtet. (Lachen links.) — Bei unserer jetzigen wirtschaftlichen Krisis ist es interessant, einen Vergleich mit dem Auslande zu ziehen. In den Vereinigten Staaten hat die industrielle Entwicklung in den letzten zehn Jahren eine geradezu phänomenale Entwicklung genommen. Die Vereinigten Staaten haben sich eine große Kriegsschiffe geschaffen, haben Kriege geführt, treiben eine Weltpolitik, von der man doch immer behauptet, sie könne nur in einem Freiheitsstaat betrieben werden, und dabei herrscht in den Vereinigten Staaten das schärfste Schutzzollsystem. Frankreich, dessen Zolltarif viel höher ist als der, welchen jetzt die Regierung bei uns vorlegt, treibt ebenfalls Weltpolitik, hat seine Handelsbilanz in den letzten 10 Jahren stetig verbessert, sein Metallbestand ist doppelt so groß als der unsrige. Und das alles bei einem Schutzzollsystem, das doch ein Land ins Elend und in die Verarmung bringen soll. Freilich lassen diese beiden Länder auch ihr Gold nicht spazieren gehen, wie das bei uns geschieht. — Interessant ist die Stellung der französischen Sozialisten zur Landwirtschaft im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie. Die Parteien sind sich in Frankreich darüber einig, daß es die Hauptaufgabe ist, die Republik dauernd zu erhalten, und daß dies nur möglich ist, wenn man die Sympathien der schaffenden ländlichen Bevölkerung gewinnt. Daher unterstützt die französische Sozialdemokratie ihre Regierung in allen Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft. Bei uns aber verfolgt die Sozialdemokratie das erste Ziel, die Grundlagen des Staates und der Monarchie zu erschüttern und die schaffende Landwirtschaft als die festeste Stütze der Monarchie zur Beelenbung zu bringen. Leider ist ihr das auch bereits in einem Maße gelungen, wie sie es wohl selbst kaum glaubt. — Sehr wünschenswert wäre es gewesen, wenn die Regierung von der Bestimmung des Zolltarifs Gebrauch gemacht hätte, in Zeiten der Not die Zölle zu verändern. Daß heute eine Notlage der Landwirtschaft besteht, ist doch nicht zu bestreiten. Viele Hunderttausend kleine ländliche Besitzer sind in den letzten Jahren bankrott geworden. Für sehr bedenklich halte ich alle langfristige Handelsverträge, die Periode von zehn Jahren halte ich noch den bisherigen Erfahrungen bereits für zu lang. Wenn ich die Periode seit dem Abgange des Fürsten Bismarck überblicke, so muß ich ja anerkennen, daß sie manche große Leistung aufzuweisen hat. Dazu gehört die Gründung der deutschen Flotte, die Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, und wovon ich den höchsten Wert lege, wir haben unsre Arme nicht auf ihren Lorbeeren einschlagen lassen. Im übrigen aber hat diese Periode eine verhängnisvolle Wehnlichkeit gehabt mit der Zeit nach dem Tode Friedrich des Großen, wo man auch bemerkt war, so schnell wie möglich alle segensreichen Einrichtungen anzurufen, die der große König geschaffen hatte. — In der auswärtigen Politik haben wir das größte Vertrauen zu dem Herrn Reichskanzler, auch in der Wirtschaftspolitik muß ich anerkennen, daß die jegliche Tarifvorlage der landwirtschaftlichen Notlage wenigstens einigermaßen gerecht wird. Anders sieht es allerdings bezüglich der Sozialpolitik. Ich habe es nie begriffen, daß das Verbandsverbot für Vereine aufgehoben wurde, und ebenso wenig habe ich es verstanden, daß man eine Partei, die sich den Ansturz der bestehenden Rechtsordnung zum Ziel setzt, vor allem auch den Ansturz der Monarchie, als gleichberechtigter anerkennt. Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung, ist gesagt worden, aber die französische Revolution war auch eine vorübergehende Erscheinung. Wir müssen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu den Wahren zurückkehren, die man niemals hätte verlassen sollen. — Nachdem Herr Bebel neulich gegen die agrarische Begehrlichkeit gewettert hatte, sagte er: wenn dieser Tarif Gesetz werden sollte, dann kommt der Aufruf. Er schien zu glauben, daß, wenn er so was gesagt, er damit an irgend welchen Stellen Eindruck macht. Ich hoffe, daß das ein Wahn ist. Mir stehen unsre gegenwärtigen Staatsverhältnisse doch zu hoch, als daß ich glauben könnte, sie ließen sich durch solche Drohungen einschüchtern. Ich glaube mit Herrn Richter, daß aus der Budgetkonferenz so wenig herauskommen wird, wie aus der bekannten Haager Friedenskonferenz, aber es war doch bezeichnend, daß Herr Richter sich in seiner Feindschaft gegen die Landwirtschaft gegen einen Erwerbszweig wandte, durch den sich wenigstens ein Teil der Landwirtschaft über Wasser hält. — Wenn man die jegliche Arbeitslosigkeit ansetzt und das Hinflutenden jugendlicher Elemente von dem Lande in die großen Industriezentren, so ist es klar, daß da eine Veränderung eintreten muß, selbst wenn man dabei dem heiligen Freizügigkeits-

gesetz zu nahe treten sollte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben jetzt den Zustand, daß 14jährige Knaben und Mädchen ihren Eltern auf dem Lande weglassen und in die großen Städte gehen. Was aus den Mädchen wird, können Sie sich denken, ein großer Teil der Jungens findet wohl eine bequeme sogenannte freie Arbeit. Ist etwas Geld verdient, so wird es verjubelt und irgend eine ordentliche Arbeit lernt die Jungens dabei nicht. Sobald sie einmal leant oder arbeitslos werden, rekrutiert sich aus ihnen das Verbrechen der Großstädte. Mein Freund Stamm beklagte es noch kurz vor seinem Tode, daß die Bestimmung, wonach die Eltern verlangen können, daß ihnen der Lohn ihrer minderjährigen Kinder zugesandt wird, ein toter Buchstabe sei, von der niemals Gebrauch gemacht werde. Daß in diesem Sinne für die Bewahrung der Jugend vor dem sittlichen Verfall etwas Durchgreifendes geschehe, halte ich für viel wichtiger, als wenn einmal ein Bürgermeister in Berlin nicht bestätigt wird. (Heiterkeit.) Wenn Sie (nach links) Ihre Hand nicht dazwischen legen, daß die erwähnte Bestimmung wirklich gehandhabt wird, trifft Sie die Verantwortung für die Verwahrlosung unsrer Jugend. (Bravo! rechts.)

Abg. Schrader (fr. Sag.):

Der Abg. v. Kardorff hat eben für eine Beschränkung der Freizügigkeit plädiert, besonders für die jungen Leute, die vom Lande nach der Stadt gehen. Ich glaube, die Grundbesitzer könnten mit andern Mitteln diese jungen Leute auf dem Lande halten, als mit solchen reaktionären Gesesmitteln. Der Vorredner hat wieder die Not der Landwirtschaft in den schwärzesten Farben gemalt. Die Statistik namentlich der Substationen beweist aber, daß die Not geringer geworden ist. (Sehr richtig! links.) Die Exemplifikation auf Frankreich stimmt nicht, Frankreich hat viel mehr kleinen Grundbesitz als wir. Wir streben nach dieser Richtung französische Zustände an. Die Ankündigung des Herrn Chamberlain ist hier mit vollem Recht zurückgewiesen worden. Darüber sind auch die verständigen Leute in England einig. Der frühere Ministerpräsident Rosebery hat Chamberlain's Ankündigungen auch getadelt. Auch ich meine, Chamberlain führt England nicht glücklich. Deshalb müssen wir aber doch Wert auf gute Beziehungen zu England legen. Der Reichskanzler hat gestern den Dreieck für wertvoll aber nicht für eine absolute Notwendigkeit erklärt. Er meinte auch, wegen einer kleinen Extraktoren brauchen wir keinen roten Kopf zu bekommen. Ich möchte sagen, solche Extraktoren können dann unbedenklich werden, wenn wir unsre Fremden durch unser Verhalten berechtigten Grund zur Mißstimmung geben.

Ueber den Etat ist schon sehr eingehend gesprochen worden. Heer und Marine erfordern immer größere Ausgaben, sie sind technische Institute geworden, die fortwährend Erneuerungen erheischen. Es muß Deckung auf andre Weise geschaffen werden. Die Kolonien verschlingen viel Geld. Wir besitzen sie nun einmal und können sie nicht aufgeben. Wir müssen sie so nutzbringend wie möglich gestalten. Das wird Geld kosten. Immerhin stehen die Kolonien in zweiter Linie und Sparbarkeit ist auch hier am Platze. Die Finanzlage ist unglücklich; für das Jahr 1903 haben wir mit einem Defizit von 62 Millionen zu rechnen. Wir werden uns darin finden müssen, nicht das ganze Defizit auf die Materialerträge zu übernehmen, sondern einen Teil derselben durch Anleihen zu decken. Man wird schließlich auf den Gedanken direkter Reichsteuern kommen müssen in der Form von Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuern. Solche Steuern, die wir jährlich zu bewilligen hätten, lägen im Interesse des Reiches, der verbandelten Regierungen und der Einzelstaaten, die in ihrem Finanzwesen von dem Einfluß des Reiches entlastet würden.

Die Postverträge sind infolge der Beringerung des Verkehrs wesentlich zurückgegangen. Der Schatzsekretär hat darauf auf die Gefährlichkeit der Tarifermäßigungen hingewiesen. Solche Gefahren bestehen allerdings, wenn die Erleichterungen in der Weise erfolgen, wie in letzter Zeit bei der Postverwaltung. Man soll Tarifermäßigungen möglichst regelmäßig in kleinerem Maßstabe bewilligen, anstatt, wie es bei der Post der Fall war, alle bis dahin verweigerten Erleichterungen auf einmal eintreten zu lassen. Gerade bei den Verkehrsmaßnahmen vermögen kleine Einnahmefälle schon recht unangenehme Folgen zu haben, da die Ausgaben der Kapitalverzinsung stets die gleichen bleiben.

Die industrielle Lage ist vom Abg. Dr. Erdelmann in den schwärzesten Farben gemalt worden. Unsr Industrie wäre aber sehr wohl in der Lage, die augenblickliche Depression — ich möchte sie nicht Krise nennen — zu überwinden, wenn nicht die Ungewißheit unsrer handelspolitischen Zukunft dahinter stünde. Ich fürchte, daß wie auf dem Gebiete der Zölle und Steuern weiteren Rückschlüssen entgegenzusetzen müssen. Aus dieser schwierigen Situation ist nur dann ein Ausweg zu finden, wenn die verbandelten Regierungen sich entschließen, möglichst bald oder sofort über neue Handelsverträge zu verhandeln und sie bis 1902 fertigzustellen. Wenn das — wie ich fürchte — nicht geschieht, so wird der Staatssekretär im nächsten Jahre mit noch viel betrüblicherem Gesicht vor uns stehen als diesmal. Auch ich hoffe, daß der nächste Etat besser sein möge als der jetzige, aber ich fürchte, daß diese Hoffnung sich nicht erfüllt. (Beifall links.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 9. Januar 1902, vormittags 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Frhr. v. Rheinbaben, Müller. Der Präsident der vorigen Session von Kröcher eröffnet die Sitzung und beudet zunächst der seit dem Schluß der letzten Tagung verstorbenen Abgeordneten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten, der beiden Vicepräsidenten und der Schriftführer. Auf Vorschlag des Abg. von Müller (L.) werden die Abgeordneten von Kröcher (L.) zum Präsidenten, Frhr. von Steeremann (G.) zum ersten Vicepräsidenten und Dr. Krause-Förstberg (nat.) zum zweiten Vicepräsidenten durch Applaus und nach Wiederholung der Namen gewählt. Ebenso werden die Schriftführer der vorigen Session durch Applaus wiedergewählt.

Es folgt die Entgegennahme des Etats.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Das Jahr 1900 hat im allgemeinen in Preußen noch nicht unter ungünstigen Zeichen gestanden, wenngleich sich die Depression bereits bemerkbar machte. Infolgedessen hat das Jahr 1900 mit dem neuemwertem Ueberschuß von 71 1/2 Mill. M. abgeschlossen. Man konnte in größerem Maßstabe zum Ankauf von Domänen und Forsten schreiten. Das laufende Jahr 1901 brachte dann die starke wirtschaftliche Depression, und diese ungünstige wirtschaftliche Entwicklung hat sich in verschiedenen Beziehungen auch in unserm Finanzwesen geäußert, besonders in den Etats der Eisenbahn- und Bergverwaltung. Das Minderergebnis der Eisenbahnverwaltung schägen wir für 1901 auf 46 Millionen Mark und das Gesamtergebnis für das laufende Jahr 1901 auf annähernd dieselbe Summe, nämlich 40 Millionen Mark. Natürlich kam eine solche Schätzung nur annäherungsweise erfolgen. Im Verhältnis zum Reich hat sich eine Verschlechterung für Preußen im laufenden Jahre von rund 11 Millionen ergeben. Eine der hervorragendsten Aufgaben des Etats wird die Herstellung einer Wasserversorgung für den ober-schlesischen Fabrikbezirk sein. Finanziell große Anforderungen werden ferner erforderlich die Maßnahmen gegen den landwirtschaftlichen Notstand in Westpreußen. Die Gesamtleistungen für Westpreußen, die bisher 8 Millionen betragen, sollen ab dem 1. März vermehrt werden. Der neue Etat giebt trotz der unglücklichen Finanzlage keinen Grund zum Besorgnis. Wir haben sechs fette Jahre gehabt; ich glaube aber nicht, daß ihnen jetzt volle sechs magere Jahre folgen werden. Ich hoffe, daß die in Deutschland und

Preußen angefallene Fälle von Intelligenz und Kapital schließlich die großen Schwierigkeiten überwinden wird. Freilich ist im neuen Etat angesichts der industriellen Krisis und der Vorkaufsstimmungen usw. große Vorsicht und möglicste Sparsamkeit geboten. Deshalb möchte ich auch das hohe Haus bitten, in seiner löblichen Bescheidenheit, wie das Mädchen aus der Fremde besonders den Beamten allen eine Gabe, eine Gehaltsverhöhung zuzulassen zu lassen. In diesem Jahre eine gewisse Beschränkung eintreten zu lassen. Für den kommenden Etat sind die Ausgaben um 35 Millionen höher, die Einnahmen um 35 Millionen geringer veranschlagt worden.

Wenn wir diesen Ausfall von 70 Millionen tragen können, ohne erhöhten Kredit in Anspruch zu nehmen, so verdanken wir dies der Fürsorge und den unvergänglichen Verdiensten des verstorbenen Finanzministers v. Miquel. (Lebhafte Beifall rechts.) Seine Finanzpolitik hat dafür gesorgt, daß wir auch für magere Jahre finanziell gesichert sind. Der neue Etat wird deshalb auch reichliche Mittel bieten, um der bestehenden Not der Landwirtschaft zu steuern. (Bravo! rechts.)

Die direkten Steuern weisen für 1902 keinen Mehrertrag auf; wir können nach dem unglücklichen Jahre 1901 keine Mehrerträge erwarten. Der Etat der Bergverwaltung weist gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme auf; das beruht im wesentlichen auf der Steigerung der Löhne der Bergverwaltung um 1 400 000 M. Der Etat der Eisenbahnverwaltung zeigt einen Einnahme-Ausfall von 24 400 000 M. Trotz dieses erheblichen Ausfalls sieht der Eisenbahnetat in seinen Ausgaben eine Vermehrung von 18 Millionen Mark vor. Das Extra-Ordinarium der Eisenbahnverwaltung ist mit 91.6 Millionen dotiert, das ist gegenüber dem vorherigen glänzenden Etat noch eine Steigerung von etwa 9 Millionen. Wir haben für diese Anwendungen so gewaltige Summen eingesetzt, weil wir überzeugt sind, durch dieselben zur Beseitigung der wirtschaftlichen Not zahlreicher Landesteile beizutragen. (Bravo!)

Das Verhältnis zum Reich stellt sich für 1902 noch unglücklicher als für 1901, indem die Materialerträge die Ueberschweisungen um 15 Millionen Mark übersteigen. Die großen Schwankungen in dem finanziellen Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich legen besonders den mittleren und kleineren Staaten, wie den thüringischen Staaten, schwere Opfer auf. Infolge dessen sind gerade in diesen Staaten die direkten Steuern im allgemeinen höher als in Preußen. Wir alle müssen wünschen, daß das hierin liegende Moment der Unzufriedenheit und der Demurrirung möglichst bald eliminiert werde, zum Segen der Einzelstaaten und des Reiches. Eine Etatsposition von 5 Millionen ist zur Erhöhung der Provinzialdotationen eingesetzt. Der staatliche Fürsorge bedürftige zahlreiche Teile des Westens (Oh! rechts), z. B. der Eifel und des Westerwaldes. Am meisten jedoch sind auf staatliche Fürsorge angewiesen die östlichen Landesstelle, und zwar soll diese Unterstützung nicht nur den Provinzen im allgemeinen, sondern gerade dem einzelnen Steuerzahler, dem kleinen Mann zu gute kommen. Für das Finanzjahr 1902 ist, um möglichst baldige Hilfe bringen zu können, somit die eine Hälfte der auf 10 Millionen berechneten Provinzialdotationen mit 5 Millionen vorgezogen.

Da die Geschäfte der Regierung sich sehr vermehrt haben, sind im neuen Etat 40 neue Regierungsdienststellen vorgezogen. Für Düsseldorf ist ein Wohnungsinsektor vorgezogen, der erste, der überhaupt in den Etat eingestellt ist. Ich halte die Lösung der Wohnungsfrage für eine sehr bedeutsame Aufgabe; nur darf man dabei nicht schablonisieren, sondern muß die verschiedenartigen Verhältnisse in Stadt und Land wohl berücksichtigen. Ein Gesetzentwurf betreffend die Wohnungsfürsorge ist in Aussicht genommen. Erhöhte Mittel gelten ferner der Förderung des nationalen Deutschtums in den gemischtpraxigen Landesstellen.

Auf die Polenfrage einzugehen, wird sich bei der Etatsberatung Gelegenheit bieten, nur möchte ich heute schon betonen, daß mit den Friedensschlußem, die hier seit Jahren von den politischen Vertretern geblasen werden, sehr im Widerspruch steht der scharfe Ton der politischen Presse, aus der der leidenschaftliche Haß und die grundsätzliche Abschließung gegen alles Deutsche erkennbar war. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man Wind hat, wird man Sturm erwarten; wir sind jetzt dabei, den Sturm zu erten, wie die Vorgänge der letzten Wochen und Monate ergeben haben. Aber diese Vorgänge haben nur die Wichtigkeit der jetzigen Politik der Staatsregierung bewiesen und sie werden die Staatsregierung in dieser Politik nur festigen. Hoffentlich wird die Bewegung der Bevölkerung klar machen, wohin die Bewegung treibt und welche Agitatoren hier hinter der Bühne thätig sind. Mögen die Vorgänge mehr als bisher die deutsche Bevölkerung auf die Schanze rufen, um jeden Zuhrt deutschen Landes zu verteidigen.

Zur Unterstützung dieser Verteidigung dient der Dispositionsfonds für Polen. Aus diesem Fonds sollen auch die Mittel entnommen werden zur Errichtung deutscher Vereinskäuser, zur Ermöglichung des Zusammenflusses deutscher Handwerker usw. Auch auf Ostpreußen soll der Fonds ausgedehnt werden und besonders soll der Bau deutscher Kirchen gefördert werden, gleichviel, ob es sich um katholische oder evangelische Kirchen handelt. Gerade die deutschen Kirchen sind besonders vom Polonusus bedroht. Es liegen in dieser Hinsicht bereits eine große Anzahl von Anträgen vor. Die deutschen Katholiken sind noch mehr gefährdet als die evangelischen.

Im Extraordinarium der Finanzverwaltung findet sich als erste Rate einer Gesamterforderung von 17 Millionen die Summe von vier Millionen Mark zur Durchführung der Entfestigung der Stadt Posen. Will man dieser Stadt die Möglichkeit geben, sich auszubehnen und sich wirtschaftlich zu stärken, so muß man ihr zuerst Luft und Licht verschaffen.

Das Extraordinarium der Verwaltung erfordert 10 Millionen Mark. Das Justizministerium weist eine Mehrausgabe von 1 240 000 M. auf, die besonders durch die Schaffung neuer Richter- und anderer Beamtenstellen bedingt ist. Redner verbreitet sich im weiteren unter steigender Unruhe über des Hauses über eine große Anzahl von Einzelheiten aus den verschiedenen Specialetat. In Antisublet ist in das Ordinarium eine Mehrausgabe von 4 Millionen Mark eingestellt worden; ich betone das besonders gegenüber den vielfach gegen den preussischen Staat und besonders gegen den verstorbenen Finanzminister v. Miquel gerichteten Angriffen, Preußen habe für Kulturaufgaben nichts übrig.

Ich überreide hiermit dem Etat dem hohen Hause zur Beratung und hoffe, daß er eine bewährte Grundlage für die Finanzpolitik des Staates bildet und geeignet ist, den Bedürfnissen der Verwaltung und den Fortschritten auf den verschiedenen Gebieten des Staatslebens gerecht zu werden. (Beifall rechts.)

Präsident von Kröcher beraumt die nächste Sitzung an auf Montag 11 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Interpellation der Abg. H. H. Brecht (nat.) und Genossen: Welche Maßregeln beabsichtigt die königl. Staatsregierung zu ergreifen, um den Worten der Abrede gemäß in den östlichen Provinzen dem Deutschtum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen Führung des Hohenzollernschen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat, das Deutschtum zu pflegen, staatsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und das Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte zu verhindern? 2. Interpellation des Abg. Dr. v. Jagdzewski (Pole) betreffend die Polenpolitik der preussischen Regierung. Schluß 1 Uhr.

Herrenhaus.

2. Sitzung vom Donnerstag, 9. Januar, 1 1/4 Uhr.

Das Haus konstituiert sich. Letzter Punkt der Tagesordnung ist folgende Interpellation v. Schlieben: Ist der Regierung bekannt, daß ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiterfamilien, die im letzten Dezenium aus den östlichen Provinzen der Monarchie nach dem Westen verzogen sind, den dringenden Wunsch hegen, in ihre früheren Heimatsteile zurückzukehren, aus Mangel an Mitteln hierzu jedoch nicht im

stunde sind? Ist die Regierung bereit, solchen Familien behufs Rückwanderung beihilflich zu sein?

Ministerialdirektor im Eisenbahnministerium Wöllhausen erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, die Interpellation sofort zu beantworten.

Graf von Schlieben betrachtet es als eine Thatsache, daß eine Menge Arbeiterfamilien, die in der Zeit der Blüte der Industrie nach Westfalen gezogen seien, sich jetzt an die Ostseite gewendet hätten, die denen sie früher gewesen, mit der Bitte: Geht mit! Wir wollen wieder zurück. Wer aber soll die Kosten tragen? Die Landwirtschaftlichen haben bereits versucht, hier einzugreifen, aber ihre Maßnahmen reichen nicht aus. Daher ist es Sache der Regierung, die geeigneten Schritte zu thun.

Ministerialdirektor Wöllhausen: Unstreitig ist im rheinisch-westfälischen Industriebezirk eine Arbeitsverminderung eingetreten, wenn auch nicht in so großem Umfang, wie manche Kreise annehmen. Im Kohlenbergbau hat eine Arbeitsverminderung überhaupt nicht stattgefunden. Der Arbeiterstand ist vielmehr um 34 788 Arbeiter seit 1900 im Steinkohlenbergbau gestiegen, im Braunkohlenbergbau um 7051. Anders liegt es bei den andern Industrien, besonders bei der Eisenindustrie. Hier ist die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen. Ein Teil der Arbeiter hat die Arbeit erhalten müssen, zunächst die Ausländer, dann aber auch deutsche Arbeiter. Der Regierung ist bekannt, daß ein Rückstrom deutscher Arbeiter aus dem Westen nach dem Osten thatsächlich stattfindet. Dagegen ist es ihr nicht bekannt, daß der Mangel an Mitteln diesem Rückstrom entgegenwirkt. Es ist nun schwer zu sagen, wie viele der aus dem Westen fortziehenden Arbeiter sind, die aus dem Osten stammen und bereit sind, dort wieder dauernde Arbeit zu nehmen. Wir können nicht wissen, wie viele davon Sachsengänger sind. Der Transport der Arbeiter, die jetzt aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk fortzuziehen, ist so organisiert, daß mindestens 30 zusammenfahren müssen gegen einen Tarif von 1 1/2 Pfennig pro Kilometer. Der Eisenbahnminister wird es mit Freude begrüßen, wenn Landarbeiter nach dem Osten zurückkehren, aber bis jetzt hat er sich nicht entschließen können, diesem Rückstrom durch Eingriffe in den Tarif besonderen Nachdruck zu verleihen. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat eine Herabsetzung des Pachtgeldes für diese Arbeiter auf 1 Pfennig pro Kilometer beantragt. Der Minister trägt Bedenken, diesen Wunsch zu erfüllen. Außerordentliche Tarife sind nie nützlich und außerdem würde die Maßregel unübersehbare Konsequenzen haben. Die Eisenbahnverwaltung würde ganz außer Stande sein, eine Kontrolle darüber auszuüben, ob denn auch wirklich die Arbeiter, die den billigen Tarif benutzen, im Osten wieder Landarbeit verrichten. Zudem könnte, was Ost- und Westpreußen, Pomern, Brandenburg, Schlesien und schließlich auch den Rheinlanden nicht verweigert werden. Die Konsequenz wäre also die, daß man für die Arbeiter einen allgemeinen Tarif mit ermäßigten Sätzen einführen möchte. Für die Selbstständigkeit der ländlichen Arbeiter wäre es aber nicht dienlich, wenn wir die Arbeitsbedingungen für Arbeiter ermäßigen wollten. Diese Ansicht entspricht der bisher hervorgetretenen Meinung des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, wie der Antrag Camp über die Lentenot gezeigt hat. Der Schaden könnte also leicht den Nutzen überwiegen, wenn der Interpellation nachgegeben wird.

Graf v. Helldorn-Schwarze: In der Interpellation möchte die Regierung aufgefordert werden, auch für Mittel zu sorgen, daß die aus dem Westen heimkehrenden Arbeiter nicht wieder aus dem Osten abfließen. Denn was würde es den Herren Interpellanten helfen, wenn die Arbeiter ihnen nun auf Staatskosten hingeschafft werden und wenn die Konjunktur in der Industrie im Westen wieder günstiger wird, dann gehen sie fort. Mit dieser Interpellation kommen wir nicht weiter. Wir und mit uns die Regierung muß nach Mitteln und Wegen suchen, um die Freizügigkeit in der Weise, wie sie sich nicht bewährt hat, etwas einzuschränken.

H. Gordon: Wir in Westpreußen betrachten die Arbeiter, die aus dem Westen wieder zurückkehren, nicht gerade als die wertvollsten und wir sind gar nicht dafür, daß sie wieder zurückkommen. Denn diese Leute sind im Westen mit der Sozialdemokratie in Verbindung gekommen und könnten nun auf unsre alten Leute einen schädlichen Einfluß ausüben.

H. Graf: Wenn der Heimweg billiger gemacht wird, dann besteht die Gefahr, daß der Zug nach dem Westen noch größer wird. Die Leute wagen dann eher fortzugehen. Wir leiden aber so sehr an der Arbeiternot, daß wir alles versuchen müssen, um unsre Arbeiter, ob sie nun die besten oder die schlechtesten sind, lasse ich dahingestellt, wieder zurückzuführen. Selbst ein unvollkommenes Mittel ist uns da willkommen. Die Maßregel brauchte ja auch nur für eine bestimmte kurze Zeit getroffen werden.

Graf v. Schlieben glaubt, daß sich zwischen Sachsengängern und heimkehrenden Arbeiterfamilien leicht unterscheiden lasse, und behauptet, daß der Landwirtschaftsminister sich nicht äußert.

Minister v. Gumboldt: Der Vorredner hat in ein falsches Robinet meines Herzens geschaut. Schon vor Wochen habe ich ähnliche Maßnahmen, wie die Interpellanten sie wollen, beim Eisenbahnminister empfohlen. Dabei sind aber die Schwierigkeiten der Sache nicht zu

verkennen. Der Schalterbeamte auf der Station kann doch unmöglich feststellen, ob der Mann, der zurückfahren will, Sachsengänger ist oder nicht, ob er verheiratet ist, oder wie seine Beziehungen zu den Mädchen sind, die sich in seiner Begleitung befinden. (Heiterkeit.) Man darf doch auch nicht vergessen, daß die Arbeiter, die in der Industrie thätig waren, für unsre einfachen ländlichen Verhältnisse und unsre Arbeit nicht mehr passen.

H. Wedell-Piesdorf: Wir werden doch bald wieder Zeiten bekommen, wo es im Westen lohnende Arbeit giebt, und der Anreiz, dort Arbeit zu suchen, wird nur noch größer sein, wenn die Leute wissen, daß sie wenigstens teilweise zurückbefördert werden. Das Mittel ist also sehr bedenklich.

Damit schließt die Besprechung. Die Tagesordnung ist damit erledigt. Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr.

Nichtigstellung.

Im eben erschienenen Januarheft „Socialistischer Monatshefte“ bespricht Georg Bernhard, Handelsredacteur der „Berliner Morgenpost“, die beiden vom Genossen Calver im vorigen Jahr veröffentlichten Broschüren über „Arbeitsmarkt und Handelsverträge“ und „Die Arbeitsbeschäftigung der Vereinigten Staaten von Nordamerika“ und benutzte diese Gelegenheit, um in der Rolle eines väterlichen Vormundes Calvers erscheinende Schrift gegen meine Kritik in den Nummern 177 und 179 des „Vorwärts“ vom 1. und 3. August v. J. in Schuß zu nehmen und mit allerlei Ausfällen zu antworten. Soweit Bernhard sich darauf beschränkt, meine Kritik für verfehlt zu erklären und meiner Auffassung keine eigene entgegenzusetzen, fühle ich absolut nicht das Bedürfnis, ihm zu antworten, denn das selbe Recht der Kritik, das ich für mich in Anspruch nehme, gestehe ich selbstverständlich auch jedem andern zu, und zudem ist es mir ganz gleich, ob Bernhard meine Ausführungen für zutreffend oder unzutreffend, für gut oder miserabel hält. Nur seine Unterstellung, daß ich in der Absicht, Calver zu diskreditieren, diesem Auslassungen unterworfen habe, die bei ihm nicht zu finden sind, zwingt mich zur Nichtigstellung. Zum Glück sind die betreffenden Sätze Calvers so klar und ungleichbedeutend, daß ich nicht nötig habe, den Leser mit langen Auseinandersetzungen kommen zu lassen; es genügt, wenn ich den Bernhardschen Behauptungen einfach die in Betracht kommenden Ausführungen Calvers gegenüberstelle:

I. Seite 70 schreibt Bernhard: Calver ist der Ansicht, daß bei Industriefabrikaten in der Regel der Exporteur den Zoll trägt und daß dadurch der Lohn der Arbeiter in dem exportierenden Staat gedrückt wird. Selbstverständlich nicht in der vollen Höhe des Zolles. Denn der Fabrikant kann die billiger abzuhende Exportware nicht von der höher zu verwertenden Inlandware trennen. Er kalkuliert den Prozentsatz der Produktionskosten, den er für Löhne ausgiebt, nach dem Verkaufspreis des Gesamterzeugnisses. Was zunächst den ersten Teil dieses Gedankenanges betrifft, so glaubt Calver selbstverständlich nicht, daß stets jeder Zoll vom Ausland getragen wird. Er hat nicht annehmen können, daß irgend ein Kritiker ihn für solchen Ignoranten halten will — ich sage absichtlich nicht: kann. Nachdem er jedoch aus der Unvorsichtigkeit eines Lesers belehrt worden ist, hat er in seinem zweiten Buch über die Arbeitsbeschäftigung die doch ganz selbstverständliche Erklärung abgegeben, daß der Exporteur einen um so größeren Prozentsatz des Zolles trägt, in je höherem Maße der importierende Staat die Waren selbst herstellt.

Danach muß jeder annehmen, daß ich geschrieben habe, nach Calvers Ansicht würde „stets“ der Zoll vom Ausland getragen. Thatsächlich aber hat Bernhard dieses „stets“ einfach erfunden; deutlich heißt es in meiner Kritik, Nr. 179, 1. Spalte, Zeile 58 von unten:

Calver versichert, daß der exportierende Staat — soll wohl heißen die exportierende Fabrik oder der Exporteur — in der Regel den Zoll trägt.

Wieweit ich aber berechtigt war, den Ausdruck „in der Regel“ zu gebrauchen, mögen folgende Ausführungen Calvers zeigen:

Man muß sich gegenwärtig halten, daß heute so ziemlich alle größeren Staaten industriell demselben entwickelt sind, daß ein Teil ihrer Produktion auf den Export angewiesen ist. Dadurch entsteht in industriellen Waren auf dem Weltmarkt ein fast dauerndes Ueberangebot, dessen Folge ist, daß die Preise für Exportwaren regelmäßig niedriger bemessen werden, als die Preise, zu denen sie im Inland verkauft werden. Bei dieser Gestaltung der Weltlage trägt auch der exportierende Staat beim Eintritt seiner Waren in ein andres Land in der Regel den dort erhobenen Zoll fast in seiner ganzen Höhe.

Calver gebrauchte hier selbst den Ausdruck „in der Regel“. Doch es kommt noch besser. Seite 82 seiner Schrift sagt er:

Wie aus dem früher Belegten hervorgeht, zählt aber bei industriellen Waren den Zoll heutzutage das einführende Ausland, es muß deswegen der Warenpreis für das Ausland um so viel niedriger, als vielfach der Zoll beträgt, kalkuliert werden.

Ich kann getrost jedem, der lesen kann, überlassen zu entscheiden, ob ich dem Genossen Calver auch nur ein unrichtiges Wort unterworfen habe.

II. Seite 80 erlaubt sich Bernhard den folgenden weiteren Angriff:

„Davon, daß nur mit Verlust exportiert wird und daß die Verluste gar die Höhe der Zölle, d. h. in manchen Fällen 50 bis 60 Proz. des Wertes erreichen, steht bei Calver kein Wort, das nicht vielmehr nur in Emous lebhafter Phantasie.“

Auch dieses „nur mit Verlust“ ist freie Erfindung Bernhards, ich lasse nirgends Calver sagen, daß nur mit Verlust exportiert wird. Was aber die Verluste von 50—60 Proz. anbetrifft, so genügt der Hinweis auf nachstehende Calversche Sätze:

„Mit welchen Verlusten der deutsche Export aber zum Teil zu arbeiten gezwungen ist, davon mache man sich eine Vorstellung, indem man erwäge, daß Länder, mit denen wir überaus rege Handelsbeziehungen unterhalten, Zölle bis zu 50—60 Proz. des Warenwertes von unsrem Export erheben.“ Und jedes Missverständnis ausschließend, heißt es S. 82: „Von den circa 600 Millionen Mark Zollnahmen, die in den Vereinigten Staaten im Jahre 1898 auf 1899 eingingen, wurden aus der deutschen Einfuhr circa 200—250 Millionen, also annähernd 25 Prozent derselben, aufgebracht. Wie aus dem früher Belegten hervorgeht, zählt aber bei industriellen Waren den Zoll heutzutage das einführende Ausland.“

Nach der deutschen Statistik betrug die Einfuhr in die Union 1898 = 335, 1899 = 378 Millionen Mark. Ob der angeblich von deutscher Seite bezahlte Zoll von 200—250 Millionen Mark 50 bis 60 Proz. der obigen Einfuhrsummen ausmacht, kann ich ebenfalls der Beurteilung jedes Lesers überlassen.

III. Während aber Bernhard die entscheidenden Calverschen Auslassungen nicht findet, entdeckt er bei mir Sätze, die ich gar nicht geschrieben habe. So erzählt er z. B. den Lesern der „Monatshefte“:

„Calver predigt hier à la longue die Errichtung eines großen gemeinsamen Binnenmarktes durch eine mitteleuropäische Zollunion. Camou spottet über diese Idee, ganz wie die „Freihandels-hausierburden“ einst über die Utopie des Zollvereins gespottet haben. Ich nehme gar keinen Kustand, zu bekennen, daß ich in diesem Punkte den Calverschen „Glauben“ teile.“ Es fällt mir gar nicht ein zu spotten; ich erkläre vielmehr in meiner Kritik:

„Denn bin ich ganz einverstanden, sofern nicht gemeint ist, daß sich nun dieser Zollverein gegen andre Länder desto schärfer abgrenzen soll; ich möchte sogar außer den genannten Ländern noch Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Frankreich usw. hineingezogen sehen. Die Frage ist nur, ob eine solche Vereinigung unter den gegenwärtigen oder in nächster Zeit zu erwartenden Verhältnissen möglich ist. Vorkünftig ist die Sache jedenfalls nichts als ein schöner Traum.“

Ich habe, wie ich hier nochmals hervorheben will, durchaus nichts gegen die mitteleuropäische Zollunion einzuwenden; nur bin ich der Ansicht, daß unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen vorläufig an eine Verwirklichung des Planes nicht zu denken ist und vor allem, daß die von Calver empfohlenen Zoll-Represivmaßnahmen kein geeignetes Mittel sind, diese Zollvereinigung vorzubereiten. Wenn Bernhard das Gegenteil „glaubt“, nun gut, das ist seine Sache — gegen seinen „Glauben“ polemisieren zu wollen, halte ich für Zeitverschwendung, zumal ja die nächsten Jahre mitteleuropäischer Zollpolitik entscheiden werden, war die Sachlage richtiger beurteilt. Ich habe durchaus nicht den Ehrgeiz, Bernhard zu meinen handelspolitischen Ansichten belehren zu wollen.

Heinrich Canow.

Eingegangene Druckschriften.

Das vierte Heft der von Ed. Bernstein herausgegebenen „Dokumente des Sozialismus“ — Januar 1902 — ist hauptsächlich der Beschreibung neuer Erscheinungen auf dem Gebiet der Literatur des Sozialismus gewidmet. In der Rubrik „Bibliographie des Sozialismus“ werden u. a. das Werk von W. Braun über die Frauenfrage und der Kommentar, den der französische Gelehrte, Dr. Ch. Kautler zum „Kommunistischen Manifest“ geschrieben hat, gewürdigt. Ein längerer Artikel Ed. Bernsteins behandelt im Anschluß an die „Reinholdische“ Ausgabe der Briefe Ferdinand Lassalles an Marx und Engels die Frage des persönlichen und geistigen Verhältnisses von Lassalle und Marx. Eine interessante Urkunde des Sozialismus ist der mitgeteilte Arbeiterkampf-Geleichenwurf — der erste sozialdemokratische gelehrte Versuch dieser Art —, den J. B. von Schweitzer 1867 im Norddeutschen Reichstag einzubringen versuchte, ohne daß es ihm gelang, die dazu erforderlichen 15 Unterschriften zusammenzubringen. Die Rubrik: „Der Sozialismus in den Zeitstrahlen“ bringt nun auch die Inhalte sozialistischer Zeitschriften englischer Sprache, und die Rubriken „Anfrage und Antwort“ und „Reizgen“ enthalten Angaben für Freunde der Geschichte der sozialistischen Literatur und Ideenwelt.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 10. Januar.

- Opernhaus, Pöhlisch: La Traviata. (Bisetta) Anfang 7 1/2 Uhr.
- Schauspielhaus: Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Neues Oper-Theater (Kroll): Geschlossen.
- Schiller: Der Revisor. Anfang 8 Uhr.
- Deutsches: Rara. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Verliner: Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Puffing: Die Wohlthäter. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Reichens: Sein Doppeltgänger. Vorher: English spoken. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Neues: Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Welfen: Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Secessionstheater: Der Ostend-Bundes-Breitl. Anfang 8 Uhr.
- G. v. Wolzogen: Bunte Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.
- Schall und Rauch: Vorstellung vor Saronissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
- Trianon: Geschlossen.
- Central: Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Thalia: Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Luise: Die Waife von Sonood. Anfang 8 Uhr.
- Carl Weisk.: Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Friedrich-Wilhelm-Abtheilung: Der rote Kolof. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Belle-Alliance: Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
- Deppen: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.

Central-Theater.

Heute Freitag Anfang 7 1/2 Uhr:

Das süße Mädel.

Operette in 3 Akten v. Heinrich Reinhardt. Morgen und folgende Tage: „Das süße Mädel.“ — Sonnabend, den 11. Januar, nachm. 4 Uhr: halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei. Schlußveranstaltungen bei den 3 Wergen.

Thalia-Theater.

Bredenerstr. 72/73.

7 1/2 Uhr. Heute u. folg. Tage. 7 1/2 Uhr:

Die Badepuppe.

Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm a. G., Guido Thielacher, Gelsenberg, Jansenmann, Bauwässer, Mannovius, Jansen-Schlag. Sonntag, nachm. 3 Uhr (keine Preise): Die Waife von Sonood.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.

Gastspiel von Minna Michetti. Größter Oper-Erfolg der Saison!

Das Jungfernstift.

Operette in 4 Akten von Erenj Gaimor. Musik von Jean Gilbert. Anfang 8 Uhr.

Morgen: Das Jungfernstift. — Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Die Waife von Sonood.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.

Schwank in 5 Akten u. Tanz in 3 Akten. Emil Sandermann a. G., Käthe Bierner, Rosa Merten, Ferd. Worms, Bertmeißler, Rettner, Oßers, Köpplmeier. Hierauf: Dantes Lebensbild in einem Akt. Rdele Hartwig, Leopold Thurner als Gäste. Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Thomas, Bender, Josephi.

Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:

„ne fine Nummer!“

Barleske Ausstattungsspossa mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Im 4. Bilde:

Frauchens Weihnachtstisch.

Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Cirkus A. Schumann.

Freitag, den 10. Januar 1902, abends 7 1/2 Uhr:

Gr. ausserord. Vorstellung 11. a.: Sensationelle Novität: **Mirza Golem-Truppe.**

Neu! Jeux scarios auf Saucie. Neu! Persisch-kaukasische Karawane (5 Personen). Neu! Die vorzüglichsten musikalischen Clowns **Bim-Bom.** Neu! Die mask. Scherenschiefer Neu! Die phänomenale Original-**Bicycle-Rennfahrer.** Höchst innonendes Kunst- und Wettfahren auf einer Latex-Rennbahn von 60 Fuß Steigung. Die neuesten Original-Dressuren des Dr. Alb. Schumann. Feiner Clown Kotsch, der Unverwundliche. Troupe Engen. Wwe. Wabel O'Brien. Orig.-Clown Bajanoddt, der urförmige Berliner u. — Zum Schluß zum 95. Male der Schläger der Saison:

Quer durch Paris.

Sonntag: 2 große Vorstellungen. In beiden Vorstellungen die großart. Januar-Specialitäten. In beiden Vorstellungen **Quer durch Paris.** Nachmittags 1 Kind frei.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.

Im Theater um 8 Uhr: **Frühlingsgäste an der Riviera**

Invalidentheater. 57/62.

Dr. K. Graff: Die Himmelskünde und ihre historische Entwicklung.

Castans Panoptikum.

Friedrich-Strasse 165.

Grosso **Weihnachts-Ausstellung**

Eine Reise **ins Schlaraffenland**

Marionetten-Theater für die Kinderwelt.

Palast-Theater.

(früher Frenu-Palast)

Burgstr. 22.

Direction: Winkler u. Fröbel.

Das phänomenale **Januar-Programm.**

Durchweg neu engagierte **Kunst-Specialitäten.** Nur noch kurze Zeit! Die erfolgreichste große Ausstattungs-Gesang-Burleske **Großstadtzauber.**

Duogo Buffig: Dr. H. Winkler. Anfang 8 Uhr. Gaitree 50 Pf. In Vorbereitung: Die süßen Mädel. — Mitwirkung des Directors Wilhelm Fröbel.

E. von Wolzogens.

Bunte Theater (Ueberbrett) Köpplickerstr. 68.

Täglich wechselndes Programm.

Lina Abarbanell.

Die beiden Pierrots, Pantomime. — Satirisches Schatten-Ballet. — Drei Striche, Grotteske. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Die neueste Sensation!

Damen-Lufringkampf

ausgeführt von 12 jungen Damen.

Michel Mayer,

der stärkste Mann der Welt, zählt **1000 Mark** dem, der seine Hanteln nachhebt.

Gifford. — Barsikow-Truppe. — Jim u. Jam. 16 erstkl. Nummern.

W. Noacks Theater.

Bismarckstr. 16.

Die Chre

eines armen Mädchens. Drama in 5 Akten von G. Gieselt. Sonntag: keine Vorstellung.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer

Apollo-Theater.

Ganz Berlin spricht von **Willi Walden** der modernen Dichtung! Granto u. Maud Stack u. Milton sowie die vorzüglichsten Spezialitäten fernar:

König Aqua.

Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Lehringstr. 37. **Durchschlagender Erfolg!** Concordia-Trio & Hedwig Günther. **Weihnachten.** Anfang Wochen. 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntagnachmittag: Muttersegen.

Cirkus Busch

Freitag, 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr **Klondike.** Original-Pantomime des Cirkus Busch. Musik der Jones-Hilliard-Troupe.

Grosse Indische Menagerie

im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor) **Lehringstr. 1-7.** Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und **Fütterung** um 4 u. 8 1/2 Uhr. **Entrée:** I. Platz 1 Mk., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf 1. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf. Die Direktion: Froese.

Charivari Brett!

(Albert Kühne) **Sonnabend, 11. Januar** **Eröffnung** **Billet-Vorverkauf** täglich von 10-3 Uhr im Theater-Bureau **Alte Jakobstr. 37.**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Säng.** Anfang Wochen. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsalokal Berlins **Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung** **Ausschank:** **Berliner Bock-Brauerei.** Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tgl. **Matinée** von 12-2 Uhr. Oekonom: Gustav Prellinger.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a **Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Säng.** **Neu! Die Zillerthaler.** **Neu! Die Pollakshüh.** Nach jeder Vorstellung: **TANZ.** Entrée 50 und 75 Pf. **Wochentags** Anfang 8 Uhr, **Entrée 30 u. 50 Pf.** **Wochentags** Vereinsbillet gültig und **Tanz** frei. Alle andern Tage bleiben die Orte zu Besichtigungen und **Besammlungen** frei.

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57. **Andruski bis abends neun.** (33342)

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.

Spezialarzt für **3/18 Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Charlottenburg.

M. Scherberg (3109) **Wilmersdorfer-Strasse 127.** **Hörmacher und Goldarbeiter.** **Großes Lager von Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen. **Optische Artikel.** **Chrysolide** werden schmerzlos gefasst

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. **Sonnabend, den 11. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr:** **Konferenz der Vertrauensleute des Nordens** bei Diele, Adlerstr. 123. 110/4 **Schreiben Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Vertrauensleute!

Die Listen, die den Vertrauensleuten am 8. d. M. in der Konferenz anshändig sind, müssen am **Sonnabend, den 11. d. M., abends, in folgenden Lokalen** abgegeben werden:

- Für den Osten bei Bartel, Gr. Frankfurterstr. 18.
- Für den Norden bei Diele, Ackerstr. 123.
- Für Moabit bei Fischer, Waldstr. 8.
- Für Westen u. Schöneberg bei Kumke, Bülowstr. 59.
- Für Rixdorf bei Pressler, Zietzenstr. 69.
- Für Süden u. Südosten im Bureau, Engel-Ufer 15.

Central-Verband der Maurer zc.

Bezirk Schöneberg. **Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr,** im Klubhaus, Hauptstr. 5-6: **Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Konstituierung der Kandidaten zur Gewerkschafts-Wahl, 3. Verschiedenes. - Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. **Der Obmann.**

Achtung, Einseher!

Sonntag, den 12. Januar, vormittags von 10-12 Uhr, finden in den bekennt Lokalen die **Bezirks-Sitzungen** statt. - Wegen Ausgabe der neuen Karten und der Arbeitslofen-Bestellung ist es notwendig, daß die Kollegen sämtlich erscheinen. **Die Kommission.**

Centralverband der Maurer zc.

Bezirk Südwest. **Sonnabend, 11. Januar, bei Sitzstock, Guelienaustr. 67:** **Großer Wiener Maskenball.**

Anfang 8 Uhr. 130/5 **Billet 50 Pf.** Wozu freundlich einladet **Das Komitee.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. **Wochentags 7 Uhr.** **Sonntags 5 Uhr.** **Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung**

Berlins grösste Fischhandlung

empfehlen von täglich frischem Fange und täglich frischer Zufuhr in Kühlwassergond frische, geräucherter und marinierte **Seefische** zu bekannt billigen Preisen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee

Dampffischerei Berlin O. 22, **Bahnhof Börse, Bogen 9-10.** **II. Filiale: Lüneburgerstr., Ecke Paulst.** **III. Filiale: Prinzenstrasse No. 30.** **IV. Filiale: Madalstr. 22, 1. Schics. Bahnhr.**

Diese Woche: **Schellfische** in allen Größen **25-30 Pf. pro Pfd.** **Cablau ohne Kopf . . . 30-35 Pf. . .** **Seelachs 25 Pf. . . 30-35 Pf. . .** **Bratfunder 2 Pfd. 55 Pfg. Notzungen, Schollen, Seehecht, Auerhahn, Auserfisch, Goldbars, Heilbutt, Terebut, Steinbutt, Seezungen zc. gleichfalls billig.** **Lebende Hummer 2,50 Mk. pro Pfd.** **Johs. Skorezyk, Generalvertreter für Berlin.**

Herren-Kragen,

rein leinen, garantiert 4 fach, sämtliche neue Fasern in allen Weiten Stück **15 Pf.**, **Worast reich.** **Geöffnete Kragen** per Dutzend **3 M. u. 3 M. 50 Pf.** **Manchetten, prima, garantiert 4 fach, 1/2 Dubend 2,25 Mark,** **Oberhemden, Serviteurs, Krawatten** in größter Auswahl. **Tricotagen, Strümpfe, Detailverkauf zu Engros-Preisen.** **32409** **Ernst Marcuse, Münzstr. 23.**

Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft **Berlin O. 24** **Frankfurter Allee 53** **Teleph. Amt VII 2645** **empfehlen für 1,50 frei Haus** **18 Fl. 1/10 Lagerbier (31412)** **15 Fl. 1/10 Lagerbier** **15 Fl. 1/10 Pilsener Art** **15 Fl. 1/10 Münchener Art** **15 Fl. 00 Weissbier** **20 Fl. Doppel-Weissbier.**

Achtung! Neu eröffnet!

Empfehle allen Freunden und Bekannten sowie meiner geehrten Nachbarnschaft mein **Weiß- u. Bayerischbier-Lokal.** **2 große Vereinszimmer.** Für gut gepflegte Getränke und preiswürdige Speisen ist bestens gesorgt. **119006** **Carl Kaiser, Goldsteinstr. 7.**

Achtung, Vereine!

Hierdurch mache bekannt, daß ich am **Montag, Donnerstag, Freitag** und **Sonnabend** ein Zimmer bis **45 Personen** zu vergeben habe, auch zur **Nachkette.** **29375** **Hugo Bergemann, Gerichtstr. 74.**

Große Betten 12 M.

(Obereil, Unarbeit, zwei Kissen mit gereinigtem neuen Federn bei **Großes Bett, Berlin O., Prinzenstr. 46.** **Verlässliche Lieferanten. Viele Anerkennungsbriefe.**

Socialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Den Mitgliedern, welche in der **Schönhauser Vorstadt** wohnen, zur Nachricht, daß am **Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr,** bei **Wernau, Schwedterstraße 23/24,** die Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher erfolgt. **Um zahlreiches Erscheinen ersucht** **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute **Freitag, abends 8 1/4 Uhr,** im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:** **Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.**

Tagesordnung: **Ein Aussperrungsbeschluss der Tischlermeister-Vereinigungen.** **Wertstattstreits und Differenzen.** **Jede Wertstatt muß vertreten sein.** **Mitgliedsbuch** nebst **Vertrauensmännerkarte** legitimiert. **Die Verwaltungsmitglieder** werden ersucht, sich um **8 Uhr** auf dem **Verbandsbureau** einzufinden. **Die Ortsverwaltung.**

Bezirk Moabit.

Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 1/4 Uhr, im **Lokal von Schöler, Stromstr. 28:** **Bezirks-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Kallack** über: **Das soziale Verhältnis des Unternehmerrates.** 2. Diskussion. 3. Wahl der **Kontrollkommission.** 4. **Verbandsangelegenheiten** und **Verschiedenes.** **Die Kontrollkommission** möge sich eine Stunde früher einfinden. **Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht** **Die Ortsverwaltung.**

Öffentliche Versammlung der Isolierer.

Sonntag, den 12. d. Mo., nachmittags 2 Uhr, im **Lokal des Herrn Schütz, Grenadierstr. 33:**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: **„Die Arbeiter, wie sie den Bauern helfen.“** Referent: **Fr. Kotske.** 2. Bericht der **Delegierten** von Hannover. 3. Wahl des **Vertrauensmannes** und dessen Stellvertreter. 4. Wahl des **Delegierten** zum **Gewerkschaftsrat** und dessen Stellvertreter. **Es ist Pflicht** eines jeden Kollegen, zu erscheinen und seine **Stimm** auszubringen. **295/4**

Verband der Sattler und verw. Gewerbe.

Mitglieder-Versammlungen. **Filiale 1: Montag, den 13. Januar er., abends 8 1/2 Uhr,** im **Englischen Hof, Neue Poststraße 3:** **General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht des **Vorstandes** und **Renewal** desselben. 2. **Anträge** zur **Brandenburger Konferenz.** 3. **Verschiedenes.**

Filiale 2: Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Duse, Grenadierstraße 33.**

Filiale 3: Dienstag, den 14. Januar er., abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.**

Filiale 4: Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.** **Tages-Ordnung:** 1. **Anträge** und **Wahl** der **Delegierten** zur **Konferenz.** 2. **Bibliothekfrage.** 3. **Verschiedenes.** **Es ist unbedingt Pflicht** eines jeden Kollegen, in den **Versammlungen** zu erscheinen.

Filiale Charlottenburg.

Dienstag, den 14. Januar 1902, abends 9 Uhr, bei **Dörre, Wallstraße Nr. 90.** **Bericht des Vorstandes** und **Renewal** desselben. **Die Vorstände.** **156/2**

Sonnabend, den 8. Februar 1902: Grosser Wiener Masken-Ball

mit **Ueberraschungen** in den **Gesamträumen** des **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.** **Anfang 8 Uhr. - Entrée 50 Pf.** **Um rege Beteiligung ersucht** **Das Vergnügungskomitee.** **NB.** Die **Kollegen** werden ersucht, sich **beizeiten** mit **Billetts** zu versehen, da nur eine **beschränkte Anzahl** ausgegeben wird. **Abendkasse** findet nicht statt.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im **Lokal des Herrn Lipke, Weichselstraße Nr. 15:** **General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. **Abrechnung** vom 4. Vierteljahr 1901. 2. **Jahresbericht.** 3. **Wahl** von **drei Aufsichtsratsmitgliedern.** 4. **Bestätigung** der **Entschädigung** für den **Verband.** 5. **Bericht** über die **Bibliothek.** 6. **Wahl** eines **Bibliothekars.** 7. **Sonstige Vereins-Angelegenheiten.** **198/1** **Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass.** **Der Vorstand.**

Konditoren! Konditoren! Central-Verband der Konditoren.

Zahlstelle Berlin. **Sonntag, den 12. Januar 1902, von nachmittags 4 1/2 Uhr ab,** in **Louis Kellers Festlokal, Koppenstr. 29:**

X. STIFTUNGSFEST.

Festrede, gehalten vom **Genossen August Bebel.** **Auftreten** des **beliebtesten Berliner Uk-Trios.** - **Gefangensvorträge** vom **Bäder-Gesangverein „Morgengrauen.“** **Grosse Ueberraschungen.** **Tanz.**

Herren, die am **Tanz** teilnehmen, zahlen **50 Pf.** nach. **Die Musik** wird von der **freien** **Vereinigung** der **Civil-Berufsmusiker** ausgeführt. **Billetts** a **30 Pf.** sind im **Arbeitsnachweis, Vorkaufstr. 28,** in den **Jahresstellen** sowie für **Nachzügler** bei den **Kollegen** **Weidner** u. **Blusch** zu haben. **Um zahlreiches Besuch** bittet **Der Vorstand.**

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die Musik wird von der freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker ausgeführt. Billetts a 30 Pf. sind im Arbeitsnachweis, Vorkaufstr. 28, in den Jahresstellen sowie für Nachzügler bei den Kollegen Weidner u. Blusch zu haben. Um zahlreiches Besuch bittet Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den **Parteigenossen** zur **Nachricht,** daß unser **Mitglied, der Arbeiter** **Bruno Süssenbach** am **6. d. M. verstorben** ist. **Ehre seinem Andenken!** **Die Beerdigung** findet **Sonnabend** den **10. d. M., nachmittags 2 Uhr** vom **Trauerhause, Kochmeisterstr. 19,** nach dem **Getraideamt-Kirchhof** in **Nieder-Schönhausen** statt. **298/3** **Zahlreiche Beteiligung** erwünscht. **Der Vorstand.**

Codes-Anzeige.

Hierdurch die **traurige** **Nachricht,** daß mein **lieber Vater, unser guter Bruder,** der **Schleifer** **19785** **Carl Hardix,** am **Dienstag, den 7. d. M., verstorben** ist. **Die Beerdigung** findet am **Sonntag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr,** vom **Krankenhaus am Linden** aus nach dem **Neuen Jakob-Kirchhof** statt. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin. **Am 7. d. M. starb** unser **Mitglied,** der **Schleifer** **19785** **Carl Hardix** im **Alter** von **38 Jahren.** **Ehre seinem Andenken.** **Die Beerdigung** findet **Sonntag** am **12. d. M., mittags 12 Uhr** vom **Krankenhaus** am **Linden** aus nach dem **Jakob-Kirchhof, Oerunamstraße.** **110/5** **Zahlreiche Beteiligung** erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Statt besonderer Anzeige.

Bringe **hierdurch** allen **Freunden** und **Bekanntem** die **traurige** **Nachricht,** daß am **7. d. M. meine** **liebe Frau** **Olga Ebrt geb. Schöpe** gestorben ist. **Um stille Teilnahme** bitten die **Hinterbliebenen** **Bernhard Ebrt.** **Ww. Pauline Schöpe** nebst **Kindern.** **Die Beerdigung** findet **Sonntag,** **3 Uhr,** von der **Halle** des **neuen Jakob-Kirchhofes** aus statt. **19826**

Daufgabung.

Für die **viele Beweise** der **herzlichen** **Teilnahme** bei der **Beerdigung** meines **unvergesslichen Bruders, Onkels** und **Schwagers, des Rauters** **Heinrich Doil** sagen wir allen **Verwandten, Freunden** und **Bekanntem** sowie dem **Central-Verband** der **Maurer (Bezirksteil Berlin II)** unsern **herzlichen Dank.** **Für die trauernden Hinterbliebenen:** **19796** **Ernst Doil.**

Arbeiter-Nachfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag u. Spandau **1 Uhr.** **Brandenburger Thor.** **Besuch** des **Brudervereins** **Spandau.** **111/2**

Empfehle Freunden und Bekannten mein neu errichtetes Bierlokal Oberbaumstr. 6.

19785 **Max Böhm.**

Stuttische Hagen

Wildfleisch **25, 30, 40 Pf.** **Blatt 50 Pf.** **und Zwickerleuten.** **Rüden und Blätter** **Gläse, Puten Pfd. 70, Enten.** **A. Ritschl, Trebbenerstr. 61.**

Unserm neuesten Kurs.

- Dezember. 2. Grabow. 8 Vergolder je 15 M. Geldstrafe wegen Verleumdung von Streikbrechern, nachträglich vom November; ebenso... 11. Ingesamt wurde erkannt auf 3 Jahre Zuchthaus, 7 Jahre 11 Monate 12 Wochen und 6 Tage Gefängnis und 4947 Mark Geldstrafe.

Der Parteivorstand.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. In der „Erfurter Tribüne“ lesen wir: In gestrigen „Vorwärts“ wird durch eine Annonce zum 1. April d. J. für die „Tribüne“ ein erster Redacteur gesucht. Dadurch ist ein Fall in die weitere Öffentlichkeit gebracht, der zwar formell zunächst endgültig erledigt ist, aber materiell doch noch von vielen und nicht den unmaßgeblichsten Genossen für in der Schwebe gehalten wurde.

Im Interesse im besonderen der Leser der „Tribüne“ und der thüringischen Genossen halte ich es deshalb jetzt für notwendig, hier zu konstataren, daß mir meine Stelle lediglich aus dem Grunde von der Majorität der Preßkommission der „Tribüne“ gekündigt wurde, weil ich die mir angetragene Reichstags-Kandidatur für Mühlhausen-Langenfalta angenommen habe.

Sozialdemokraten im Schulvorstande. Nach preussischem Muster verfuhrte vor zwei Jahren der weimariische Minister des Inneren, Herr v. Wurmb, gegen die Wahl von Sozialdemokraten in den Schulvorstand der einzelnen Gemeinden vorzugehen, und erließ eine dementsprechende Verfügung. Das Resultat jenes Vorgehens hat nun aber die entgegengesetzten Erfolge gezeigt.

Was kosten und die Junker. Wegen öffentlicher Verbreitung des also betitelten Flugblattes sollten mehrere Genossen in Höhe bei Dortmund je 10 Mark Polizeistrafe bezahlen. Sie beantragten gerichtliche Aufhebung und wurden freigesprochen, da ihnen die öffentliche Verbreitung nicht nachgewiesen wurde.

Aus Industrie und Handel. Eine vage Spekulation macht sich in den letzten Tagen an der Berliner Börse in Gelsenkirchener Bergwerksaktien geltend. Den Anlaß dazu gab das Gerücht, die Regierung beabsichtige, das Bergwerk anzukaufen, und da nun in solchen Fällen immer eine ausständige Kaufsumme erwartet wurde, so gingen die Kurse rapid in die Höhe.

werden die Gerichte seitens der maßgebenden Persönlichkeiten der Gelsenkirchener Gesellschaft rückhaltlos demontiert: der Staat sei an die Verwaltung der Gesellschaft in der fraglichen Angelegenheit in keiner Weise herangetreten; indessen hindert das nicht an der Annahme, daß potente Finanziers durch starke Aktienkäufe und Zusammenschluß von Großaktionären sich der Majorität des Aktienkapitals oder wenigstens eines respektablen Beitrages desselben zu sichern bestrebt sind, um daraufhin dem Staat, der ja zweifellos den Erwerb von Zechen beabsichtigt, ein Gebot für diesen Teil des Aktienkapitals zu machen und ihm eventuell auch die Verschaffung der übrigen Aktienbeträge in Aussicht zu stellen.

Lohnherabsetzungen im Kohlenbergbau. Die üble Lage des Kohlenmarktes und die starke Betriebseinschränkung hat im Bergbau die Einführung zahlreicher Feierschichten zur Folge gehabt. Der „Köln. Volksztg.“ wird von einem Betriebsleiter einer großen Zeche des Essener Bezirkes berichtet, daß unter seiner Velegenschaft Leute sich befinden, die früher 35 bis 40 Schichten, ja sogar bis 42 Schichten im Monat verfahren hätten, jetzt aber nur bis höchstens 24 erreichten; dieser Fall wird aber wohl nicht vereinzelt dastehen; die Klage wegen der vielen Feierschichten ist ja allgemein. Wie groß der Lohnausfall für solche Leute ist, läßt sich leicht beurteilen. Die Mitteilung erklärt zugleich, daß in der Zeit des guten Geschäftsganges die erhöhten Löhne der Bergarbeiter durch übermäßige Anstrengung erreicht wurden. Denn 40 bis 42 Schichten in einem Monat stellen eine Leistung dar, die nur auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters gefordert werden kann.

Den letzten Schritt thun die Vergleichen aber nur in sehr vereinzelt Fällen, und auch dann nur unverheiratete Leute, die nicht an die Scholle gebunden sind und versuchen können, anderweitig Arbeit zu erlangen. Anders liegen die Verhältnisse bei den verheirateten Vergleichen, namentlich bei solchen, die ein kleines Anwesen haben, und deren gibt es sehr viele. Diese Leute müssen eben in den sauren Apfel beißen und mit der Hoffnung auf bessere Tage sich trösten.

Heber die Lage auf dem Coaksmarkt schreibt man der „Köln. Volksztg.“ aus dem Ruhrgebiet: „Von dem Coakshyndikat nachstehender Seite ist das Gerücht verbreitet worden, ein großer Teil der Coakshyndikats habe seine bisherige ablehnende Haltung gegenüber den neuen Coakspreisen aufgegeben und seinen Bedarf für das erste Halbjahr 1902 beim Westfälischen Coakshyndikat zum Preise von 15 Mark die Tonne nummehr gededt. Wie ich nun zuverlässig erfahre, handelt es sich hierbei meistens um solche Coakshyndikats, die zwar eigene Coakshyndikats und Coakereien besitzen, aber bis zum Ablauf des Hyndikatsvertrages über die Erzeugung derselben noch nicht freihändig verfügen können. Der Coakbedarf dieser Werke macht übrigens noch nicht den dritten Teil der Gesamtzeugung der im westfälischen Coakshyndikat vereinigten Zechen bzw. Coakereien aus. Sehr ablehnend verhalten sich den Forderungen des Coakshyndikats gegenüber mehrere Zugendburg-Lothringische Eisenwerke, da diese ein weiteres Sinken der Coakpreise im Laufe des Frühjahrs für unannehmlich halten. Andre große Eisenwerke glauben einwilligen noch mit ihrer eignen Coakserzeugung, beziehungsweise mit ihren Coaksvorräten auskommen zu können. Die Ausfuhr in Gewerbeports bleibt, trotz der niedrigen Preisfäße für das Ausland, hinter den gehegten Erwartungen immer mehr zurück. Eine Erzeugungseinschränkung von 40-45 Proz. dürfte also unter diesen Verhältnissen im Monat Januar doch immer noch zu erwarten sein.“

Die Arbeitslosigkeit in der Schiffs- und Metallindustrie zu Rotterdam. Der Rotterdammer Korrespondent von „Het Volk“ hat über die gegenwärtig in der Schiffs- und Metallindustrie Rotterdam herrschende Arbeitslosigkeit Erhebungen angestellt und ist zu folgenden Ergebnissen gekommen, die auch nach Ansicht des Sekretärs der Metallarbeiter-Gewerkschaft den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen: In der Metallindustrie Rotterdam gibt es zur Zeit ca. 1500 Arbeitslose, wovon 600-700 im Schiffsbau thätig waren. Beschäftigt werden gegenwärtig ca. 3000 Metallarbeiter in den Fabriken und auf den Schiffswerften, so daß die Gesamtzahl der in diesen Industriezweigen vorhandenen Arbeiter 4500 beträgt, wovon also 1/3 arbeitslos ist. Heber die Zustände in den drei größten Fabriken und Werften werden folgende Angaben gemacht: In der Fabrik „De Maas“ arbeiteten Anfang 1901: 350 Mann, jetzt aber nur 100; in dem Establishement „Reynoord“ arbeiteten bei gutem Geschäftsgang 2000 Mann, gewöhnlich aber 1800, jetzt nur 1500; bei der Aktiengesellschaft „B. Wilton“ war während des Sommers noch gut zu thun, vor 4 Wochen wurden aber 100 Arbeiter entlassen. Früher betrug die durchschnittliche tägliche Arbeitsdauer 11 Stunden, jetzt beträgt sie nur 10 Stunden.

Gewerkschaftliches. Berlin und Umgegend. Achtung, Holzarbeiter! Die Firma Hülsenbeck u. Kroll, Warschauerstraße, sucht in der „Volkszeitung“ Tischler. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß bei der obigen Firma Differenzen bestehen, deren Beilegung trotz großen Entgegenkommens sowohl der dabeifst beschäftigten Kollegen als auch der hiesigen Verbandsleitung an der ganz undgreiflichen Haltung der Firmeninhaber scheiterte. Zugug ist selbstverständlich fernzuhalten. Die Ortsverwaltung. Deutsches Reich. Achtung, Holzarbeiter! In der Tischfabrik von Dinkler in Finsterwalde sind Lohn Differenzen ausgebrochen. Der Zugug von Tischlern, Drechselern und Polierern nach Finsterwalde ist fernzuhalten.

Ein Streik von Bantischlern ist, wie der Königsberger „Volk-Zeitung“ telegraphisch mitgeteilt wird, in Danzig ausgebrochen. Es haben zwanzig Mann die Arbeit niedergelegt. — Wir ersuchen dringend, den Streikenden den Kampf durch Zugug nicht zu vereiteln oder doch zu erschweren. Heber die Stärke der Leipziger Gewerkschaften am Ende des Jahres 1901 hat der Vorstand des dortigen Gewerkschaftsverbandes nach der „Leipziger Volksztg.“ eine Zusammenstellung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß die Gewerkschaften in der Zahl ihrer Mitglieder gegenüber dem Vorjahre einen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen haben. Während Ende des Jahres 1900 25 718 Mitglieder vorhanden waren, ist Ende des letzten Jahres diese Zahl auf 23 913 gesunken, das sind 1805 Mitglieder weniger. 26 Gewerkschaften haben einen Verlust, 19 Gewerkschaften eine Zunahme an Mitgliedern aufzuweisen. Von den 68 Gewerkschaften Leipzigs sind 54 dem Gewerkschaftsverbande angeschlossen, während die Verbände Buchdrucker, Lithographen und Stein drucker, Metallarbeiter und die Rotenfecher mit zusammen 7000 Mitgliedern dem Kartell nicht angeschlossen. Weibliche Mitglieder wurden 1272 ermittelt.

Die Bauarbeiter Leipzigs haben an die Bauarbeitgeber ein Schreiben gerichtet, in dem sie um gemeinsame Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ersuchten. Der Verband der Bauarbeitgeber antwortete darauf ablehnend. In der Begründung dieses ablehnenden Standpunktes heißt es: „Sie sind keine gelernten Arbeiter wie die Maurer und Zimmerer, die lediglich im Verkauf thätig sind, sondern Sie sind unter Umständen in allen andern Geschäftszweigen auch thätig, unter andern auch in solchen, deren Konkurrenz wir unterworfen sind, bei denen wir aber auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse keinerlei Einfluß haben. Schon dieser Umstand verbietet uns ein für allemal, Ihren an sich gewiß berechtigten Wünsche, auch Ihre Arbeitsverhältnisse geregelt zu sehen und deshalb Verhandlungen anzuknüpfen, nachzukommen. — Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Arbeitszeit für Sie, soweit Sie auf Bauten beschäftigt sind, ohne weiteres durch die Arbeitszeit der Maurer und Zimmerer geregelt ist; dieserhalb bedarf es an sich schon keiner Verhandlung; ferner noch darauf, daß der bisher auf Bauten für Handarbeiter bezahlte Lohn wohl das höchste ist, was überhaupt für ungelernete Handarbeiter in Leipzig gezahlt wird, so daß es unfern Erachtens auch nach dieser Richtung hin kaum nötig erscheint, Verhandlungen zu führen.“ Die Hauptursache, warum die Arbeitgeber dem „an sich gewiß berechtigten“ Wünsche nicht nachkommen wollen, dürfte wohl die sein, daß sie beim erhöhten Nachströmen von ungelerneten Arbeitern in die Baubranche nicht so strapellos die Löhne kürzen können, wenn ein Vertrag ihnen gewisse moralische Schranken auferlegt.

Der Rekord auf dem Gebiete der Lohnreduktionen. Im September v. J. wurde den Arbeitern der Bierbrauerei des Herrn Reservelieutenants Karl Pöhr in Wiesbad (Bayeren) angekündigt, daß nach Reijjahr die Löhne „in et was“ reduziert werden müßten. Nach Ausweis des letzten Zahltages (4. Januar) beträgt nun diese Reduktion nicht mehr und nicht weniger als die Bagatelle von 50 Proz., sage und schreibe: Fünfundzig Prozent.

Ein schöner Erfolg haben die organisierten Schneider in der Schweiz erzielt und zwar bezüglich der Arbeitslöhne für Post-Uniformen. Die Schneider-Gewerkschaften in Jürich und Bern hatten einen Lohnarif, an den sich die Unternehmer zu halten haben, aufgestellt. Die Ober-Postdirektion in Bern hat nun diesen Tarif, mit dem auch die Unternehmer einverstanden sind, acceptiert und sie hat ferner dem schweizerischen Schneider- und Schneiderinnen-Verband sämtliche Adressen der Post-Uniformen anfertigernden Schneidermeister mitgeteilt, so daß die organisierten Schneider in der Lage sind, die Beobachtung des Tarifs in der ganzen Schweiz zu kontrollieren. Was dieser noch mehrjährigen Kämpfen von den organisierten Schneidern der Schweiz errungene Erfolg bedeutet, zeigt folgendes Beispiel. In Bern weigerte sich bisher die Firma Dogenauer, nach dem Tarif, der zwischen der dortigen Gewerkschaft und den übrigen Schneidermeistern aufgestellt wurde, zu zahlen, und zwar mit der merkwürdigen Begründung, sie zahle ihren Arbeitern schon seit etlichen Jahren „was recht sei“. Diese „rechten Löhne“ betragen aber nur 5,50 bis 6 Fr. für Mäntel der Tramangestellten, während hierfür der Tarif 10,25 Franc bestimmt. Für Mäntel der Eisenbahnangestellten nur 4 gegen 9 Franc usw. Nach dem errungenen ersten Erfolge werden wohl die organisierten Schneider auf dem einmal betretenen Wege energisch weiterstreiten, um überall die „rechten Löhne“ durch Tariflöhne zu erzeugen.

Ein Schlächterstreik ist in Esbjerg (Dänemark) ausgebrochen, weil der Direktor der dort bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaftsschlächtereit verschiedene Neuerungen zur Einführung bringen wollte, die eine Verschlechterung der Lage der Gesellen bedeuten. Da aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Branche und Fleischwaren-Fabrik ohnedies schon nicht die besten sind, so wehren sich die Gesellen die beschriebte Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen durch den Streik ab. Das Streikbrechermaterial suchen sich die Vertreter der Firmen natürlich in den Großstädten, vor allem aber in Berlin. Die Berliner Schlächtergesellen seien deshalb besonders vor Zugug nach Esbjerg gewarnt.

Der schwedische Buchdrucker-Tarif. Von den Vertretern der Prinzipals und der Gehilfenorganisation im Buchdruckergerwerbe Schwedens ist ein neuer Tarif ausgehandelt worden, der in den verschiedenen Städten des Landes in Kraft treten soll, nachdem die alten Verträge abgelassen sind. Der Zeitpunkt war für die Zeitungsdrucker in Stockholm, sowie für alle Druckereien an mehreren andern Orten bereits am 1. Januar gekommen. Der neue Tarif enthält mehrere wesentliche Änderungen zu gunsten der Gehilfen. Der Minimallohn für Seher wurde in Stockholm auf 22 Kronen pro Woche festgesetzt (in den zwei ersten Jahren nach der Lehrzeit 20 Kronen; in den übrigen Städten soll der Wochenlohn 20-21 Kronen betragen. Jedoch sind die Minimal-löhne in Zeitungsdruckereien, je nachdem Tag- oder Nachtarbeit notwendig ist, um 1-14 Kr. pro Woche höher. Der Grundpreis für 1000 Buchstaben wurde in Stockholm auf 35 Öere, in den übrigen Städten auf 32 Öere resp. 30 Öere erhöht, mit Teilbezahlung der üblichen Sozialzuschläge. Die Arbeitszeit wurde für neun Monate des Jahres auf 58 Stunden wöchentlich festgesetzt, für die Monate Juni bis August aber auf 54 Stunden. Für Zeitungsdruckereien beträgt die tägliche Arbeitszeit aber höchstens neun Stunden; wie bis 11 Uhr abends gearbeitet nur 3/4 Stunden, wenn bis 3/4 Uhr morgens gearbeitet wird, nur acht Stunden. Heberarbeit wird mit 50 Proz. Zuschlag in den ersten drei Stunden, dann, und Sonntags, mit 100 Proz. Für Maschinenseher beträgt die tägliche Arbeitszeit nur 8 Stunden. Sie sollen in den verschiedenen Orten, je nachdem es sich um Tag- oder Nachtarbeit handelt, 32-40 Kr. Wochenlohn erhalten. Der Lohn der Maschinenmeister entspricht mit einigen Modifikationen dem der Handseher. Notationsdrucker und Stereoskopre erhalten 28-33 Kr. pro Woche. — Die Gehilfenvertreter halten auch die Forderung auf 14 Tage Sommerferien bei Weiterzahlung des Lohnes gestellt. Hierauf sind die Prinzipalsvertreter nicht eingegangen, haben es aber den Prinzipalen anheimgegeben, ihre Arbeitsverhältnisse so zu regeln, daß sie ihrem ganzen Personal diese oder eine längere Ferienzeit gewähren können. Der Seher des 1. Ranges wollen die Prinzipals von mittags 1 Uhr ab nichts in den Weg legen, vorausgesetzt, daß nicht ganz besonders dringende Arbeiten vorliegen. — Der Streik der Diamantarbeiter in Amsterdam hat bereits dahin geführt, daß sich viele der Organisation fernstehende oder von ihr abgefallene Arbeiter derselben wieder angeschlossen haben. Seit

der Besatz gefasst wurde, den Forderungen der Jutweller nicht nachgegeben, sind 681 Unorganisierte wieder Mitglieder des Verbandes geworden, davon haben sich 355 seit der Aussperrung angemeldet. —

Die Bevölkerung Amsterdams sympathisiert mit den Arbeitenden und selbst die bürgerliche Presse tritt teilweise für sie ein. So brachte das „Handelsblad“ am Mittwoch einen Artikel, worin aus der ganz selbstverständlichen Pflicht, daß unter Gleichberechtigten sich die Minderheit der Rechte zu fügen habe, auch die Berechtigung der Forderung der organisierten, nicht mit unorganisierten Diamantarbeitern zusammen arbeiten zu müssen, erwiesen wird. — Es ist von großer Bedeutung für unsere Stadt, heißt es in dem Artikel, „für den sittlichen, intellektuellen und wirtschaftlichen Fortschritt und die von dem Besehen unserer größten Gewerkschaft abhängen, hier auszusprechen, daß die Nichtmitglieder des Diamantarbeiter-Verbandes sich, um ihr Aufleben zu rechtfertigen, nicht auf ihre „Freiheit“ berufen können, die nichts anderes ist, als dumm-egoistische Jägellostigkeit, die einzig ihr Augenmerk auf vorübergehende Vorteile richtet. Wer zu einem Fach gehört, für den gehört es sich auch, daß er Mitglied der Fachorganisation ist. Das ist einfach ein Gebot der guten Sitte, des gesunden Menschenverstandes und des sozialen Interesses.“ —

Der Berühmte-Konflikt. Die Unruhen in Vethesda, wo sich die großen Steinbrüche des Lord Berühmte befinden, und von denen der Telegraph kürzlich in übertriebener Weise berichtete, sind beendet. Sie waren entstanden durch die Reibungen zwischen dem ehemaligen Steinbrucharbeiter und den jetzigen, die als Streikführer ihre Kameraden betrogen haben. Die Streikenden, die fast alle auswärts, in den Kohlenküchen von Süd-Wales usw. Arbeit suchen mußten, waren zur Weihnachtstfeier nach Hause gekommen. Der Anwalt dieser Leute, die von Weib und Kind getrennt in der Ferne ihr Brot suchen müssen, gegen die „Blaslegs“ ist sehr begrifflich. Jetzt sind sie wieder nach ihren Arbeitsplätzen abgegangen, und es herrscht vollkommen Ruhe. — Die Geschichte dieses Streiks, der nun bereits 18 Monate dauert, dürfte seinen Lesern bekannt sein. Die Streikenden ringen um Anerkennung ihrer Organisation, die der feudale Lord vernichten möchte. Sie haben lieber ihre Scholle verlassen und andere Beschäftigung gesucht, als sich dem Lord zu fügen.

Politische Aktion der Gewerkschaften. Die Nationalföderation der englischen Bergleute hat beschlossen, bei den nächsten Parlamentswahlen energisch in die politische Bewegung einzugreifen. In allen Wahlkreisen, wo für den Arbeiterkandidaten Aussicht auf Erfolg besteht, sollen solche aufgestellt werden. Wie „Reynolds“ News paper mittelt, will die Bergarbeiter-Föderation in 35 Wahlkreisen eigne Kandidaten aufstellen.

Ein Streik der Hirten in Gravina (Italien) ausgebrochen. Die Hirten haben eine Loggia di resistenza (Widerstandsvereinigung) gebildet und fordern eine Erhöhung ihres Lohnes. Die Besitzer verweigerten dieselbe, und so kam es zum Ausbruch. Es kommen 200 Familien in Betracht.

Verlängerung des Vertrages der Maurer.

Am Mittwoch tagte — wie wir schon kurz mitgeteilt haben — in Kellers Saal die Generalversammlung des Centralverbandes der Maurer für das Berliner Lohngelände. Ueber die Verhandlungen, welche wegen der Verlängerung des am 31. März ablaufenden Tarifvertrages in der Arbeitgeber-Kommission stattgefunden haben, erstattete Silbermann ein ausführliches Bericht, aus dem folgendes hervorgerufen sei: Am 15. November hat eine Generalversammlung des Verbandes die Vertreter der Maurer in der Arbeitgeber-Kommission beauftragt, mit den Unternehmern wegen Verlängerung des Vertrages in Unterhandlung zu treten. Das ist geschehen. Bei Beginn der Verhandlungen stellten die Vertreter der Unternehmer eine Anzahl von Währungsänderungen, die zwar nicht einschneidend sind, aber doch Verschlechterungen in einigen Punkten bedeuten. So wollten die Unternehmer die Vertragsbestimmungen über Neubauten und Aborte ersetzt wissen durch die Bestimmung, welche jetzt durch Polizeiverordnung in dieser Hinsicht aufgestellt sind. Die Vertreter der Arbeiter haben dagegen durchgesetzt, daß die Bestimmungen des Vertrages, soweit sie günstiger sind als die Polizeiverordnung, bestehen bleiben, und die Vorschriften der Verordnung, soweit sie günstiger sind als der jetzige Vertrag, in den neuen Vertrag aufgenommen werden. — Ferner hatten die Unternehmer beantragt, daß auf dem Passus, welcher bestimmt, daß Maurer im ersten Gelehenjahre „so weit sie bei ihrem Lehrmeister beschäftigt sind“, billiger arbeiten dürfen, die gesperrten Worte gestrichen werden. Dieser Antrag ist auf Veranlassung der Arbeitervertreter zurückgezogen worden. — Zu dem Passus, wonach die Lohnzahlung auf der Arbeitsstätte zu erfolgen hat, beantragten die Unternehmer, daß bei kleineren Arbeiten (Schweren) die Lohnzahlung im Bureau des Arbeitgeberers erfolgt. Dieser Antrag wurde angenommen mit dem von den Arbeitern beantragten Zusatz, daß in solchen Fällen um die Zeit, welche der Weg von der Arbeitsstätte zum Bureau erfordert, früher Feierabend gemacht wird. — Weiter hatten die Unternehmer beantragt, daß Heberarbeit, wenn sie notwendig ist, um das Verarbeiten von Material (Cement- und Gipsarbeiten) zu verbieten, nicht als Ueberstunden bezahlt wird. Die Arbeiter stimmten dem zu, daß derartige Ueberarbeiten der Arbeitszeit bis zu einer halben Stunde zulässig sind, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß, wenn in solchen Fällen durch Anordnungen die Ueberarbeitung der Arbeitszeit beabsichtigt wird, diese Bestimmung nicht zutrifft. Am Mißstände zu verhüten, soll diese Bestimmung nicht in den Vertrag, sondern in das Verhandlungsprotokoll aufgenommen werden. — In dem Passus, wonach Ueberstunden zu vermeiden sind, wollten die Unternehmer das Wort „thunlichst“ einschlagen, sowie eine Bestimmung, daß bei Inzestationsarbeiten in Theatern und Fabriken Ueberstunden stets zulässig sind. Nach dem Widerspruch der Arbeiter wurde die beantragte Änderung zurückgezogen und beschlossen, daß derartige Arbeiten wie bisher von Fall zu Fall entschieden werden. Bei dem Passus, welcher die Einteilung der Arbeitszeit festsetzt, wollten sich die Unternehmer das Recht sichern, in gewissen Fällen selbst die Einteilung zu bestimmen. Dem ist jedoch nicht stattgegeben und der Antrag zurückgezogen worden. Die Arbeitszeit soll nach dem neuen Vertrage wie folgt festgesetzt werden:

Wom	Anfang	Frühst.	Mittag	Vesper	Feierab.	Zagl.	Arbeitsz.
1. März bis 30. Sept.	7 1/2	9—9 1/2	12—1 4	4—4 1/2	6	9	8 1/2
1. Okt. bis 31. Okt.	7 1/2	9—9 1/2	12—1	nicht	5 1/2	8 1/2	
1. Nov. bis 30. Nov.	7 1/2	9—9 1/2	12—1	nicht	5	8	
1. Dez. bis 31. Dez.	8	9—9 1/2	12 1/2—2 1/2	nicht	4	7	
1. Jan. bis 31. Jan.	7 1/2	9—9 1/2	12—1	nicht	5	8	
1. Febr. bis Ende Febr.	7 1/2	9—9 1/2	12—1	nicht	5 1/2	8 1/2	

Der Referent sah das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen: Es ist den Arbeitern gelungen, in neun Punkten beabsichtigte Verschlechterungen des Vertrages zu verhindern, und in drei Punkten Verbesserungen durchzusetzen, so daß also der Vertrag im ganzen genommen eine Verbesserung erfahren hat. Die Klausel, welche die tägliche Arbeitsleistung festsetzt, habe sich als eine Fehlgeburt erwiesen, was schon daraus hervorgeht, daß sie während des ganzen Jahres nicht einmal in Anwendung gekommen ist. Sie werde auch ferner bedeutungslos bleiben, und wohl später aus dem Vertrage verschwinden. Die Verschlechterungen, welche man in den Streifen der Arbeiter auf diese Klausel knüpfte, hätten sich als grundlos herausgestellt. — Während in verschiedenen anderen Punkten bestehende Verträge seitens der Unternehmer nicht erneuert, ja sogar gebrochen worden sind, sei es dem Verbands der Maurer gelungen, einen Vertrag im wesentlichen auf der alten Grundlage, ohne Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erneuern. Es sei das eine

Folge der guten Organisation, die sich den Unternehmern gegenüber als vollkommen vertragsfähig erwiesen und gezeigt habe, daß sie die eingegangenen Verpflichtungen auch halten können. Unter solchen Umständen hätten es die Gegner des Vertrages unter der Führung von Felsch nicht gewagt, das Vertragsverhältnis zu verschlechtern und sich dadurch als Friedensstörer hinzustellen. — Während sonst die Zeiten der Krise stets Lohnherabsetzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen brachten, habe der Verband der Maurer jetzt ein Jahr der Stabilität im Arbeitsverhältnis vor sich, und er werde, wenn die Mitglieder der Organisation treu bleiben, auch ohne Verschlechterung über die gegenwärtige Krisis hinwegkommen.

Dem Bericht Silbermanns folgte eine längere Aussprache, an der sich eine Reihe von Rednern beteiligten. Gegen den erneuten Abschluß des Vertrages selbst wurden keine Einwendungen gemacht. Soweit die Redner Ausstellungen an den Vertragsbedingungen machten, bezogen sich dieselben nur darauf, daß während zwei Wintermonaten durch den neuen Vertrag die 8 1/2 stündige Arbeitszeit festgelegt und in derselben Zeit die Vesperpause abgeklärt wird. Schließlich gelangte mit allen gegen sechs Stimmen eine Resolution zur Annahme, in der sich die Generalversammlung mit der Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr unter den von der Arbeitgeber-Kommission vereinbarten Bedingungen einverstanden erklärt. — Ferner beschloß die Versammlung, einen Wunsch der Unternehmern, wonach die Einteilung der Arbeitszeit schon am 15. Januar in Kraft treten soll, stattzugeben unter der Voraussetzung, daß in den Monaten, wo um 1/2 8 Uhr Feierabend ist, eine Vesperpause gewährt wird.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 26. Januar. Wir ersuchen daher, Änderungen und Renaufnahmen bis spätestens Freitag, den 17. Januar, einbringen zu wollen, für „Zeltow-Weeslow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Britz, Fahstr. 2; für „Nieder-Varnim“ an den Genossen Otto Riehe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Havelland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstr. 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein, Wiegen a. O., Franzfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einbringungen umgehend zu machen.

Nachträge können in Zukunft nicht mehr veröffentlicht werden. Alle Zuladungen und Anfragen sind nicht an die Redaktion des „Vorwärts“ zu senden, sondern nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66. Die Parteiblätter der obigen Kreise werden um Abdruck ersucht. Die Lokalkommission.

Zur Lokal-Liste. Am Sonnabend, den 18. Januar, veranstaltet der Vergnügungsverein „Hoher Rat“ in den Residenz-Festalen, Landsbergerstraße 31, eine Festlicheit, zu welcher versucht wird, in Arbeiterkreisen, namentlich im Osten, Wilhelmsabzug. Da dieses Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, so sollte man das Vergnügen meiden und die angebotenen Biletts zurückweisen.

Achtung, 6. Wahlkreis. Sonntagabend 8 Uhr findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 29, eine Versammlung statt, in welcher Genosse Walde Manasse einen Vortrag über: „Kirchen und Reformen“ halten wird. Der Vortrag schließt sich ein gefälliges Beisammensein an; die Genossinnen und Genossen werden um zahlreiches Besuchen gebeten.

Der Wahlverein hält am heutigen Freitag bei Bartolina, Britz, Götterstr. 4, eine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Bibliothekars. 2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Fragen. Wegen der bevorstehenden Gemeindevertreter-Wahl ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

Tokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer gestrigen Sitzung über zwei sozialpolitisch wichtige Vorlagen Beschluß zu fassen. Die Ausführung des Gesetzes über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 erfordert für die Verpflegung der Höglinge die Festsetzung eines Kosten-Einheitspreises und für die Erziehung sowie für die Verwaltung der zu benutzenden städtischen Anstalten den Erlaß eines Reglements. Die bezüglichen Entwürfe des Magistrats waren im November einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen worden, der nach längeren Verhandlungen zu dem Ergebnis gelangt war, der Versammlung die Annahme der Magistrats-entwürfe mit etlichen Änderungen zu empfehlen. Der Entwurf des Reglements giebt indes auch in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung zu vielfachen Bedenken Anlaß und läßt befürchten, daß das Interesse der der Fürsorge-Erziehung zu überweisenden Minderjährigen nicht ausreichend gewahrt werden wird. Die sozialdemokratische Fraktion hatte für die zweite Beratung im Plenum eine Reihe von Änderungen und Zusätzen beantragt, die zum Teil auch schon dem Ausschuss vorgelegen hatten, aber von ihm abgelehnt worden waren. Die Anträge zielten darauf ab, die Fürsorge-Erziehung möglichst fruchtbringend zu gestalten und nach Kräften die Schädigungen zu vermindern, die sich für die der Fürsorge-Erziehung überweisenden Jugendlichen aus den zahlreichen Mängeln und Lücken des vom Ausschuss empfohlenen Reglements ergeben können. Für diese Anträge wurden in der gestrigen Sitzung in dreistündiger Debatte von unserem Genossen Stadthagen mit ausdauernder Energie, aber leider ohne Erfolg gekämpft. Nicht ein einziger der Verbesserungsvorschläge fand Gnade vor den Augen der sich freistimmig nennenden Mehrheit der Versammlung. Der Vorsitzende Langehaus glaubte die durchweg ablehnende Haltung seiner Fraktionsgenossen damit begründen zu können, daß man in dieser noch ganz neuen Sache nicht gleich von Anfang an so strenge Bestimmungen treffen dürfe. Das Ergebnis der Verhandlungen war auf freistimmiger Seite eine vollständige Verleugnung der Grundsätze, die man in gutem Sinne als freistimmig zu bezeichnen pflegt und deren sich sonst der Freistimm mit Vorliebe rühmt. Selbst über die Sicherung der Gewissensfreiheit und die Gewährleistung eines möglichst guten Schulunterrichts wollte die Mehrheit der Versammlung keine verbindenden Bestimmungen in das Reglement aufgenommen wissen. Die Debatte, die trotz ihrer Länge fest, und in einem Nebenamt zwischen unserem Genossen Stadthagen und dem Magistratsvertreter Stadtrat von Friedberg bezw. dem Ausschussvertreter Stadtrat von Ziegler stand, nahm in ihrem letzten Teile zeitweise einen sehr erregten Charakter an, weil die Mehrheit nicht Lust hatte, das umfangreiche Material anzuhören, das Stadthagen zusammengetragen hatte und zur Begründung vorbrachte.

Berlin im Staatshaushalts-Etat.

Im Etat der Forstverwaltung ist bei den einmaligen Ausgaben der Fonds zum Ankauf von Grundstücken zu Forsten um 1 Million gekürzt worden, er hat eine Erweiterung in seiner Zweckbestimmung erfahren, um auf den Forstgrundstücken in der Nähe Berlins, und zwar zunächst an der Oberspree Straßen auf Kosten

der Forstverwaltung anzulegen, welche eine vorteilhafte Verwendung der Grundstücke für Bebauungszwecke ermöglichen sollen. — Im Etat der Justizverwaltung finden wir eine neue Stelle für einen Senatspräsidenten beim Kammergericht, zwei Stellen für Landgerichtsdirektoren beim Landgericht I, 7 Stellen für Amtsrichter. Bei dem Strafgefängnis in Zehlitz und dem Untersuchungsgefängnis in der Alexanderstraße, das seitdem den Namen „Stadtwingel-Gefängnis in Berlin“ führt, soll je ein neuer Inspektor angefügt werden. Zum Neubau eines Geschäftsgebäudes für die Civilabteilungen des Landgerichts I und des Amtsgerichts I wird eine siebente Rate von 650 000 M. gefordert, zum Erweiterungsbau des Strafgerichtsgebäudes in Moabit und für das Untersuchungsgefängnis daselbst eine erste Rate von 800 000 M. (Die Gesamtsumme beträgt 6 1/2 Millionen.) Im Etat des Ministeriums des Innern werden verlangt für die Polizeiverwaltung in Berlin, Charlottenburg, Edlitz, Berg und Hixdorf 17 1/2 Millionen. Das Beamtenspersonal der Polizeiverwaltung in Berlin, Charlottenburg, Edlitz, Berg und Hixdorf soll um 3 Polizeileutenants, 5 Wachmeister, 255 Schutzmänner usw. vermehrt werden. Im Extraordinarium werden gefordert 188 000 M. als zweite und letzte Rate für den Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Hixdorf, und 74 800 M. für die Einrichtung einer Telegraphenleitung zwischen der Polizeidirektion und den Polizeirevier in Charlottenburg unter Anschluß an das Berliner Telegraphennetz. Aus dem Etat des Finanzministeriums ist zu erwahnen, daß die Auslichtungen des Tiergartens nach in diesem Jahre ihr Ende erreichen. Diese Kengestaltung der Tiergartenfläche mit ihren umfangreichen Anlagen erfordert einen bedeutend höheren Aufwand an Unterhaltungskosten, und hat deshalb bereits in den letzten Jahren mehrmals eine Ueberforderung des für diesen Zweck angelegten Fonds notwendig gemacht. Um diese in Zukunft zu vermeiden, ist eine den endgültigen Verhältnissen entsprechende Neubemessung des Unterhaltungsfonds angezogen. Dieser ist ermittelt auf 240 000 M. (gegen das Vorjahr + 66 470 M.). Als Zuschuß hierzu sind 50 000 M. zur Aufstellung niedriger eiserner Gitter zum Schutze der Rasenflächen im Tiergarten unter den außerordentlichen Ausgaben angesetzt worden. Ebenfalls sind zur Umgestaltung der Gartenanlagen auf dem Königsplatz 18 000 M. in Anschlag gebracht.

Aus dem Kultus-Etat ist zu erwahnen die Schaffung eines Ordinariats für pharmaceutische Chemie und für osteuropäische Geschichte sowie eines Erlaß-Ordinariats in der juristischen Fakultät an der Berliner Universität; ferner soll an der technischen Hochschule die Professur für Kunstgeschichte in eine voll dotierte verwandelt und entsprechende Professuren für Baukonstruktionstheorie, für praktischen Schiffbau, für den konstruktiven Unterricht in der Abteilung für Chemie und Hilfswissenschaften geschaffen werden. Dem Komitee für Erforschung der Krebskrankheit sollen 10 000 M. überwiesen werden. Daneben erscheint es, wie der Etat hervorhebt, in hohem Grade wünschenswert, daß durch Tierexperimente (Gewebe durch botanische, mikroskopische und bakteriologische Untersuchungen geprüft wird, ob die Krebskrankheit durch belebte Streptokokken hervorgerufen wird, ob sie übertragbar ist, ob sie bei gewissen Tieren oder Pflanzen vorkommt und ob es möglich ist, sie auch auf nicht thierischen Wege zu behandeln und zu heilen. Diese Untersuchungen setzen voraus, daß eine längere Zeit hindurch eine größere Anzahl von frischen Krankheitsfällen zur Beobachtung und Behandlung zur Verfügung steht. Zweckmäßig geschieht dies in Anlehnung an die erste Medizinische Klinik der Charité, deren Leiter schon seit Jahren der Erforschung der Krankheit sein besonderes Interesse zugewendet hat. Da es in der Charité an Räumen für diesen Zweck fehlt, so ist die Herstellung von drei Baracken in Aussicht genommen. Davon ist eine für die genannten wissenschaftlichen Untersuchungen bestimmt, in den beiden anderen sollen je zwölf Kranken untergebracht werden. Die Untersuchungen werden voraussichtlich einen Zeitraum von fünf Jahren in Anspruch nehmen. Im Jahre 1902 sind 53 000 M. für diese Zwecke bereitgestellt.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß von der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuerjahre von 4 M., umfassend ein Einkommen von mehr als 600—900 M. einschließlich, vom 1. April 1902 ab bis auf weiteres Abstand genommen wird.

Von der Betriebseröffnung der elektrischen Hochbahn, die nach Zeitungsberichten zu Weihnachten, spätestens aber zu Neujahr erfolgen sollte, ist es wieder ganz still geworden. Dafür wird an dem Bau lustig weiter repariert. Wären bei der Ausführung besondere konstruktive Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, dann würde der Vorgang immerhin noch verständlich sein. Die Konstruktion der Hochbahn die Stalitzer- und Gieselerstraße entlang ist aber von simplifizierter Einfachheit, und es dürfte wohl einzig dastehen, daß an einem solchen Bau noch vor seiner Inanspruchnahme bereits Reparaturen nötig sind. Was über die Ursachen der letzteren in einige bürgerliche Blätter lanciert wurde, ist natürlich eitel Unsinns und nur dazu bestimmt, die wahren Gründe zu vertuschen. Die Durchbiegungen, so hieß es, seien bei der Belastung durch die Probefahrten noch hinter den erwarteten und zulässigen Maßen zurückgeblieben. Aber warum dann das Emporwinden dieser so bedeutungslosen und zulässigen Durchbiegungen? Die Verstärkungen, so hieß es weiter, sollten nur zu dem Zwecke angebracht werden, um für eine spätere Zeit die Vermehrung schwereren rollenden Materials, als vorläufig in Aussicht genommen ist, zu ermöglichen.

Durch diese eventuelle größere Belastung würde aber doch die gesamte Konstruktion gleichmäßig in erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden und es könnte sich dabei nur um die Frage handeln, ob der Eisenbau überhaupt stark genug ist, größere Lasten als ursprünglich geplant wurden, zu tragen.

Rummernoch aber brachte man wegen schwererer Wagen, die vielleicht in zehn Jahren fahren werden, jetzt überall Pfützen und Pöden anzulegen nach der Art, wie der Schuster ein Paar alte Stiefeln zusammenfüßt.

Nach der Meinung von Fachleuten, denen man ein Urteil in der Sache wohl zutrauen kann, sind die Durchbiegungen und Durchdrückungen darauf zurückzuführen, daß die Verbindung der Trägerpartien an den Stellen, an welchen Vortreibungen zum Ausgleich der durch Temperaturänderungen eintretenden Spannungen angeordnet sind, in der Konstruktion völlig verfehlt sind.

Trifft diese Annahme zu, und eine Reihe gewichtiger Gründe sprechen für sie, dann dürften auch die jetzigen Ausführungen wenig oder gar nichts nützen. Viel eher ist anzunehmen, daß der Eisenbau dauernd sehr unangenehme Veränderungen und Durchbiegungen erleiden wird.

Die Pflichtstunden der Berliner Gemeindefullehrer. Der Berliner Lehrerverein hat an die städtische Schuldeputation eine Eingabe betreffend die Pflichtstunden der Gemeindefullehrer gerichtet. Heute giebt es in Berlin Gemeindefullehrer mit 28, mit 26 und mit 24 Pflichtstunden, aber vielfach haben Lehrer mit langer Dienstzeit mehr Pflichtstunden als Lehrer mit kürzerer Dienstzeit. Von 1875 ab war es Regel gewesen, daß die Höchstzahl der wöchentlichen Stunden, die damals für die meisten Lehrer — unbekannt ihrer volutionsmäßigen Verpflichtung zu 32 Stunden — 24 betrug, mit dem Eintritt in die höheren Gehaltsstufen auf 26 und später auf 22 vermindert wurde. Auch nach 1879 fand trotz der Erhöhung der Mindestzahl der Stunden, immer noch für die

Lehrer der beiden obersten Gehaltsstufen eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl von 26 auf 24 statt. Von 1888 ab wurden für die neu eintretenden Lehrer die wöchentlichen Lehrstunden auf 28 vermehrt. Vom 1. April 1887 an fand eine Herabsetzung auf 24 Stunden für die in die zweitöchste Gehaltsstufe einrückenden Lehrer nicht mehr statt. Mit dem 1. Oktober 1888 wurde die Pflichtstundenzahl für alle Lehrer der drei untersten Gehaltsstufen, also auch für die vor dem 1. April 1888 angestellten, auf 28 erhöht. Seit dem 1. Oktober 1889 ist auch eine Herabsetzung der Stundenanzahl von 28 auf 26 beim Eintritt in die vierte Gehaltsstufe nicht mehr erfolgt. Die seitdem in diese Stufe eingetretenen Lehrer und sämtliche später angestellten haben bis an das Ende ihrer Dienstzeit 28 Stunden zu geben. Da nun seit dem 1. April 1894 die Beförderung der Gemeindefchul-Lehrer nach dem Gesamt-Dienstalter geregelt ist, so finden sich auf jeder der oberen Gehaltsstufen Lehrer mit ganz verschiedener Pflichtstundenzahl. — Die Eingabe weist darauf hin, daß diese Ungleichheiten von den mehr belasteten Lehrern leicht als Härte und Ungerechtigkeit empfunden werden, besonders aber von den über 300 Lehrern, die schon vor dem 1. Oktober 1888 nur 26 Stunden gehabt hatten, aber seitdem 28 Stunden geben müssen. Der Lehrerverein bittet, zu Gunsten der älteren Lehrer eine gleichmäßige Verminderung der Pflichtstunden nach dem Dienstalter einzutreten zu lassen, was das früher üblich war. Die Verminderung sei notwendig, da das Alter eine Verringerung der Arbeitskraft bringt, die bei gleich bleibender Stundenzahl zu einer schweren Schädigung für Lehrer und Schüler führen könne. Den Lehrern der höheren Schulen werde hauptsächlich bei zunehmendem Alter die Stundenzahl vermindert; in den Gemeindefschulen sei aber die Arbeitsleistung nicht geringer, da hier die Beförderung der Lehrer erheblich stärker, zum Teil doppelt so stark sei. Die Verminderung der Pflichtstunden für die älteren Gemeindefschullehrer erfordere jetzt auch keine erheblichen Mehrkosten, da mit der Einführung der achtstufigen Klassenorganisation und des neuen Lehrplans zugleich eine Verminderung der Lehrstunden für die unteren und mittleren Schuljahre beabsichtigt sei.

Gewerbe- Hygienisches. Eine beachtenswerte Untersuchung zur Berliner Gewerbehygiene liefert Dr. med. Edmund Hall in seiner in den „Therap. Monatsh.“ erschienenen Studie „Mehrmaschinenarbeit und Platten“, ihr Einfluß auf den weiblichen Organismus“. Dr. Hall faßt die Ergebnisse seiner ausgedehnten Untersuchungen dahin zusammen: Das Maschinenmahlen kann, wenn die Maschine durch die Hitze der Arbeiterin bewegt wird, bei gebundenen Frauen in einer, wenn auch geringen Zahl von Fällen einen schädigenden Einfluß auf die Unterleibsorgane ausüben. Dieser schädigende Einfluß zeigt sich hingegen bei unterleibstransportierenden Frauen in viel größerem Maße, so daß für diese die Beschäftigung an der Nähmaschine als gesundheitsgefährlich angesehen werden muß. Von geringerem Einfluß ist die Zahl der Arbeitsjahre und bei fabrikmäßigem Betriebe (8—11 Stunden Arbeitszeit) auch die tägliche Arbeitsdauer. In viel höherem Maße als die Nähmaschinenarbeit übt eine anhaltende stehende Beschäftigung bei gleichzeitig schwerer körperlicher Arbeit einen schädigenden Einfluß auf die Unterleibsorgane aus. Die Schädigung, welche die Nähmaschinenarbeit als solche hervorruft, läßt sich fast vollständig bei fabrikmäßigem Betriebe vermeiden, wenn die Maschinen durch Dampf oder Elektrizität getrieben werden und die Arbeiterin nur mit den Füßen den Gang der Maschine reguliert. Dieser Art des Betriebes ist, wenn auch schon lange bekannt, bis jetzt nur wenig eingeführt und, wie wir hinzufügen wollen, durch die leidige Handarbeit auch fast unmöglich gemacht. Dr. med. Max Radziejewski stellt auf Grund seiner langjährigen Beobachtungen an Berliner Schulkinder und Lehrlingen und Lehrmädchen in seiner Arbeit „Augen und Berufswahl“ die folgenden Ratschläge auf: 1. Jedes Schulkind soll vor dem Eintritt in die Schule ein genaues Zeugnis über seine Schädigungsbereitschaft zugewiesen werden; 2. Jedes Kind soll beim Austritt aus der Schule sich zunächst den ärztlichen Rat ein, ob es sich für den Beruf, den es sich gewählt hat, eignet oder nicht; es wird auch daraufhin geprüft, welcher andre Beruf ihm zu empfehlen ist; 3. während der Schulzeit der Kinder ist auf deren Klagen, die sich auf die Augen beziehen, auf die Auffassung, die Aufmerksamkeit, besonders auf Kopfschmerz zu achten.

Stadtverordnetenwahl in der zweiten Abteilung. Für die am 22. d. M. stattfindende Stadtverordneten-Ergänzungs Wahl in der 2. Abteilung des 5. Gemeindevwahlbezirks, wo durch die Wahl des Stadtverordneten zum erledigten Stadtrat ein Mandat frei geworden ist, wurde am Mittwochabend in einer liberalen Wähler-Versammlung in der Victoria-Brauerei Handelsrichter Hugo Deutsch zum alleinigen liberalen Kandidaten proklamiert.

Ausnahmen vom Neunähr-Ladenschluß. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 130 d. Ziffer 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, welche die Bestimmungen des § 130 c dieses Gesetzes über die den Geschäften, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörenden Schreibstufen (Comptoiren) und Lagerräumen zu gewährenden Mindest-Ruhezeit und Mittagspause für folgende Tage des Jahres 1902 außer Anwendung: 1. Bei den Händlern mit Blumen für den 11., 18., 25. Januar, 1., 8., 15., 22. Februar, 8., 15., 22. März, 8., 15., 22., 29. November, 6., 20., 28., 30., 31. Dezember. 2. Bei den Händlern mit Spielwaren für den 20. November, 1. bis 6., 8. bis 18., 15. bis 20. und 23. Dezember. 3. bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 27., 29. März, 7., 16., 17. Mai, 22. November, 9., 10., 11., 12., 13., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 22., 23., 31. Dezember.

Gleichzeitig bestimme ich auf Grund des § 130 e, Ziffer 2, Absatz 2 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, daß offene Verkaufsstellen in den nachstehenden Tagen des Jahres 1902 für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen: am 27., 29. März, 1. April, 7., 16., 17. Mai, 1. Juni, 1. Oktober, 18., 22. November, 8., 9., 10., 11., 12., 13., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 22., 23., 31. Dezember.

Von den Aufgaben der Landwirtschaftskammer. Zum Milchkriege erläßt der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg in dem amtlichen Organ der Kammer folgende Bekanntmachung: Die Centrale für Milchverarbeitung (Milchcentrale) teilt und mit, daß auch neuerdings wieder brandenburgische Molkereien unter Umgehung der Centrale, Milch und Sahne an Händler verschippen und nach Berlin liefern, und dies sogar trotz der Centrale vorher gegebener Versprechungen. Dadurch wird letzterer der Kampf, den sie, ohne Schädigung der Konsumenten (?), im Interesse der nach Berlin Milch liefernden Landwirte führt, sehr erschwert. Im Interesse der Durchführung, und zwar baldigen Durchführung der Aufgaben der Milchcentrale und in Anerkennung der bereits erzielten Erfolge fordern wir die interessierten Landwirte der Provinz auf, der Centrale nicht entgegenzuarbeiten, dieselbe vielmehr mit allen Kräften zu unterstützen.

Reizend, wie diese amtliche Institution im Milchkriege gegen die Interessen der Berliner Bevölkerung Partei ergreift!

Aus dem dunklen Berlin. In der Strafsache gegen den Kaufmann Karl Moschall, den Sänger und Schauspieler Gustav Adolf Haupt und Genossen wird der Termin zur Hauptverhandlung vorbestimmt im nächsten Monat stattfindend. Die Anklage lautet in der Hauptsache auf Vandendiebstahl. Haupt, der im Jahre 1892 Hofkammerdiener in Oldenburg gewesen, ist der Sohn eines Nittergutsbesitzers und soll durch immer größer werdende finanzielle Bedrücknisse in einen vollständigen moralischen Sumpf hineingeraten sein, aus welchem heraus nun die gegen ihn erhobene Anklage erwachsen ist. Er wird beschuldigt, in Gemeindegast mit dem Augesagten Potsdamer einem höchstlichen Treiben geschäftlich und den Männern, die mit ihnen in Verbindung traten, teilweise recht erhebliche Summen gestohlen zu haben. Mit den beiden Hauptangeklagten wird auch eine Zimmervermieterin zur Verantwortung gezogen, ebenso sind drei Herr, die die Opfer der Angeklagten

geworden sind, wegen Vergehens gegen § 175 des Straf-Gesetzbuches unter Anklage gestellt. Gleich nachdem Moschall im März v. J. in Haft genommen worden war, hatte sich Haupt ins Ausland begeben und konnte erst nach Erlebigen längerer diplomatischer Verhandlungen im September v. J. zur Untersuchungshaft gedrückt werden. Das Anklagenmaterial ist ein sehr umfangreiches. Für Moschall hat Rechtsanwalt Heine, für Haupt Rechtsanwalt Dr. Schwandt eine Anzahl Entlastungszugungen zu laden beantragt, so daß die Zahl der zu vernehmenden Zeugen etwa 60 betragen wird.

Ueber unsern historischen Kalender pflegt der „Correspondent für Buchdrucker“, seitdem er auf den Reichstag gekommen ist, sich meistens in dem Sinne auszulassen, daß er daraus Beweise konstruierte, wie die Partei systematisch die Gewerkschaften vernachlässige. Dies Jahr hat es ihm hauptsächlich das Datum des 28. September angehan, und er vertritt sich eine Spalte lang gegen den Vorwurf des „Fuldigungs telegrams“ an Polabodovskij. Nur eine Frage an Herrn Reichstag: ob er selber es für möglich hält, daß irgend eine andere deutsche Gewerkschaft gerade an den Vater der Justizhausvorlage, den Bekämpfer des Koalitionsrechtes, den 12000 Marx-Vettern, eine solche Depesche geschickt hätte. In der Adresse lag hier die Fuldigung, in der Thatfache der Absendung einer Depesche an diesen Mann das Unsolldarische einer Arbeiterorganisation, die sich von einem Herrn Reichstag aus nabellegenden Gründen in einen Gegensatz zur übrigen Arbeiterbewegung hineinverlegen und hineinzwängen lieh. Wenn den Buchdrucker die Erinnerung an diesen Solidaritätsbruch unangenehm ist, dann hat die Erwähnung ihren Zweck erfüllt: den Buchdruckern das Bewußtsein zu schärfen!

Das Gnadengesuch für Sternberg, von dem wir am Sonntag berichteten, ist mit zwei Ausnahmen von dem gesamten Personal der Wickelsdorfer Brauerei unterzeichnet worden, und auch die in den übrigen Sternbergischen Betrieben beschäftigten Arbeiter sollen fast sämtlich zu Gunsten einer Vergnädigung Sternbergs ihre Unterschrift gegeben haben. Am 2. Januar ließ der Direktor Hoffmann sämtliche Arbeiter in das Comptoir kommen, und ersuchte sie um ihre Unterschrift für ein Gnadengesuch an den Kaiser, das diesem zu seinem Geburtstag überreicht werden sollte; das Gesuch wurde den Arbeitern aber nicht etwa vorgelesen, sondern man legte ihnen einen unbeschränkten Vogen vor, auf den auch alle ihren Namen niederschreiben. Nur ein Brauer hielt es für seine Pflicht, das an ihn gestellte Ansinnen entschieden abzulehnen, indem er bemerkte, daß er, als organisierter Arbeiter, keine Ursache habe, den deutschen Kaiser um eine Gnadenzugung für Sternberg zu bitten; ein anderer Brauer wurde nicht erst zum Unterschriften eingelassen, weil jedenfalls Herr Hoffmann von vornherein wußte, daß er sich bei diesem nur einen Noth holen würde.

Man kann ja gewiß zweierlei Meinung in der Frage sein, ob ein Mann mit so krankhaften Anlagen wie Sternberg ins Justizhaus oder ins Jernhaus gehört. Aber das hat nichts zu thun mit der Thatfache, daß Arbeiter auf die geschändete Weise zum Unterschriften eines Gnadengesuchs für diesen Mann veranlaßt worden sind.

In der Entlassung des Fahrers Dohn schreibt uns die Straßenbahn-Direktion: „In der Nummer des „Vorwärts“ vom 8. d. M. ist eine Mitteilung über die angeblich ungerechtfertigte Entlassung des Fahrers Dohn aus unsern Diensten enthalten. Wir möchten demgegenüber darauf aufmerksam machen, daß für die Entlassung des Fahrers zwingende Gründe vorhanden waren, da sich derselbe eines schweren Verstoßes gegen die Dienstvorschriften schuldig gemacht hatte. Nach seiner eigenen Anklage ließ er nämlich bei der Fahrt durch die Lindenstraße in der Gegend der Hollmannstraße, nachdem er den Steuerhebel auf den letzten Kontakt bei welcher Stellung höchste Fahrgeschwindigkeit erreicht wird) gesteckt hatte, beide Hebel, die er zu bedienen hatte, los, angeblich, um sich die Hände abzutrocknen.“ Die Dienstvorschrift lautet: Der Fahrer soll die linke Hand immer an der Kurbel haben, die rechte Hand so lange als möglich an der Handbremse halten. Diese klare Vorschrift in dem Augenblick zu verletzen, in welchem auf den letzten Kontakt geschaltet ist, muß als ein unvergibtliches Vergehen bezeichnet werden. Wenn auch leider durch die Eigenart des Straßenbahnbetriebes Unfälle sich nie ganz vermeiden lassen werden, so halten wir es doch unweidlich für unsere Pflicht, bei derartigen schweren Verstoßen, welche Sicherheit und Leben der Fahrgäste und der Passanten im höchsten Maße gefährden, energisch einzuschreiten und den Schuldigen aus seinem Dienste zu entfernen. Erwähnend kann noch hinzu, daß sich der Fahrer, welcher seine Probezeit noch nicht vollendet hatte, gegen den ihm an seine Dienstvorschrift erinnernden in Uniform befindlichen Polizeikommandanten ungebührlich benahm, sodah keine Veranlassung vorlag, das Vergehen milde zu beurteilen. Die Gründe seiner Entlassung wurden dem Fahrer ausführlich schriftlich mitgeteilt.“

Es soll dahingestellt bleiben, ob die ja auch in unserm Bericht am Mittwoch ausdrücklich erwähnte Vorschriftswidrigkeit des Straßenbahnfahrers gleich die härteste Maßregel, die einen Arbeiter treffen kann, die Entlassung, rechtfertigt. Nun gibt die Straßenbahndirektion aber indirekt zu, daß weniger diese Verletzung als das als ungebührlich bezeichnete Betragen gegen einen Polizeikommandanten für die Maßregelung in Betracht kam. Was es aber mit dieser angeblichen Ungebührlichkeit auf sich hatte, das möge in unserm unvorigen geblienen Bericht vom Mittwoch nachgelesen werden.

Die gestrige Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft geschloß sich zu einer Ovation für Professor Virchow. Der zweite Vorsitzende, Geheimrat v. Bergmann, gebachte mit warmen Worten des bedauerlichen Unfalls, welcher den Gelehrten an seinem Lebensabend betroffen, und führte aus, daß, wenn das Befinden Virchows auch augenblicklich keinen Anlaß zu Besorgnissen gebe, ihm doch ein langes Sammerlager bevorstehe. Der Vorschlag Bergmanns, an Professor Virchow ein Fuldigungs telegramm abzuschicken, fand begeisterte Aufnahme. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurde Virchow mit erdrückender Majorität als erster Vorsitzender der Gesellschaft wiedergewählt.

Das Ende vom Lied. Wegen betrügerischen Bankrotts sind in der letzten Zeit drei Großschlichtermeister verhaftet worden. Scharard, der einen Stand in der Central-Markthalle hatte, Mah und Hohen-Schönhausen und Blume aus Lichtenberg. Scharard, der jetzt in Kasselien verkehrte und einige Mädchen anhielt, brachte 15000 M., die er Viehkommissionären schuldet, auf die Seite, so daß man nicht herankommen kann. Nach seiner Verhaftung hat seine Frau, ihr von dem beschlagnahmten Witte etwas heranzugeben, damit sie leben könne. Obwohl man dieser Witte entsprochen, ging sie hinterher zur Anklage und zog bereits unter dem Kontursverfahren stehende Gelder für sich ein. Die Frau wurde daher ebenfalls festgenommen. Mah trieb noch mehr Aufwand. Er bewohnte in Hohen-Schönhausen eine Villa und hielt drei Rennpferde. Der Kontursmasse entzog er 22000 M.; 10000 M. versteckte er bei Blume in Lichtenberg mit dessen Wissen im Dängerhaufen, 12000 M. bei sich in der Wohnung im Sofa und andren Behältnissen. Nachdem er dann den Konturs angemeldet hatte, holte er aus dem Lichtenberger Versteck 4000 M. und begann einen Handel mit Fleisch. Der Kriminalpolizei, der das angezeigt wurde, verwehrte er aber den Erwerb des Geldes keine Auskunft zu geben. Sie stellte nun weitere Nachforschungen an und fand auch das übrige Geld im Dängerhaufen und in der Wohnung. Diese Entdeckung führte auch zur Festnahme Blumes.

Festgenommen worden ist von der Schönberger Kriminalpolizei das Ehesul, das am Dienstagabend die zehnjährige Frieda Kroebel aus der Goldstraße verschleppte und vergewaltigte. Es ist ein am 20. Juni 1878 zu Berlin geborener Walter Zahn, der Sohn eines von seiner Frau geschiedenen Schneidemeisters. Der junge Mensch, der bei seiner Mutter am Kurfürstendamm 261 wohnt, ist ein arbeitssamer Lenzgemiß, der wegen Betrags schon eine Strafe erlitt und sich seit zwei Jahren in den verschiedensten Stadtteilen herumtrieb, wahrscheinlich unter Verübung von allerhand Schwindeln.

Zahn trug meistens eine Hörsternform und darüber zuweilen einen gelben Rock nach Art der Reiterer. Man fand bei ihm Visitenkarten mit dem Namen „Hortseleve Werner v. Heiwuth“ und einer Freiherrnkronen, er nannte sich aber auch Graf Littenfeld. Bei seiner Verhaftung in der Wohnung der Mutter war er sehr widerspitzig. Das Verbrechen begangen zu haben leugnet er und noch Verletzung des Bekleidungsmaterials machte er jetzt den wüthen Mann. Gestern nachmittag um 1 Uhr wurde er dem mißhandelten Mädchen, das im Bett liegt, gegenübergestellt. Es erkannte ihn mit aller Bestimmtheit. Ebenso rekonstruiertere ihn zehn andere Kinder aus der Polizeidirektion als einen Mann, der sie auf der StraÙe ansprach und durch Aufrüge an sie zu fesseln versuchte. Zahn will zu der kritischen Zeit mit zwei Damen spazieren gegangen sein, kam aber diese nicht nennen. In seiner Wohnung fand die Kriminalpolizei einen geladenen Revolver, einen Fingerring, einen Schlagring, eine Menge unfittlicher Bilder und Briefe und eine Jagdtasche mit Patronen. Nachgewiesen und von seiner Mutter bestätigt ist, daß er das Hand- und ein Taschentuch, das er am Dienstag trug, abends noch seiner Heimgleise ausgewaschen und zum Trocknen aufgehängt hat. Die Wankbetten, die er beiseite warf, enthalten Blutflecke, ebenso der Stod, den er vergeblich zu reinigen suchte. Wahrscheinlich ist Zahn auch der Mensch, der im Tiergarten und in der Umgebung von Potsdam gegen Liebespärchen und Mädchen Expresungen verübte.

Wissenschaftliche Ballonfahrten. In der Reihe der gestern ausgeführten wissenschaftlichen internationalen Ballonfahrten wurde um 8 Uhr 55 Minuten feiß vom Liebungspolze des Militär-Luftschiffer-Bataillons der Ballon „Veron“ aufgeschoben. Gleichzeitig stieg auch der Militärballon „Halle“ mit Oberleutenant Glöckner als Führer auf; außerdem fuhr Oberleutenant Richter als zweiter Junasse mit, während ein dritter Herr, der sich bereits im Nordsee fland, wieder aufsteigen mußte. In ersten Ballon fuhren die Herren Veron vom Berliner Meteorologischen Institut und der Abteilungsvorsteher am Meteorologischen Institut in Potsdam, Dr. Ehrling.

Wegen Kindesmordes ist Mittwochabend das 18 jährige Dienstmädchen Anna Bahmann aus der Potsdamerskahe verhaftet worden. Das Mädchen besuchte mittags einen Onkel in der Kolontierstraße 89 und gab dort auf einem entgegenen Ort einem Anaben das Leben. Die Mutter wickelte das Kind in eine Schürze, trug es aus dem dritten Stod auf den Hof hinauf und warf es dort, obwohl sie sah, daß es lebte, so wie es war in den Misthaufen. Dem Onkel fiel bald das veränderte Wesen seiner Nichte auf. Er stellte sie zur Rede und ersuhr nun, was vorgefallen war. Sofort holte er das Kind in die Wohnung hinauf, wo es noch bis 7 1/2 Uhr abends lebte. Nachdem es gestorben war, machte er Anzeige bei der Revierpolizei, die die Leiche nach dem Schauhause und die Mutter mit einem hübschen Wagen als Polizeigefangene nach der Charité bringen ließ.

Am Furcht vor dem Messerorgamen hat sich der Referendar St. gestern vormittag in seiner Wohnung in der Goldhinerstraße mit einem Revolververuche in die Schläfe das Leben genommen. St. war 28 Jahre alt, stammte aus Inowrazlaw, wo sein Vater Beamter ist, und war zuerst in Posen thätig. Vor etwa drei Monaten war er nach Berlin gekommen, um das Messerorgamen abzulegen. Die theoretische Arbeit hatte er schon abgeliefert, die erste praktische Aufgabe aber zurückgegeben, und auch die zweite fürchtete er, nicht bewältigen zu können. Gestern vormittag war er ausgegangen und war gegen 9 Uhr zurückgekehrt. Einige Zeit später fand seine Wirtin ihn als Leiche auf dem Fußboden liegend, den Revolver noch in der Hand. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Die Angehörigen sind von dem traurigen Ereignis beträchtigt worden.

306 1/2 Millionen Personen hat die GroÙe Berliner Straßenbahn nach vorläufiger Berechnung im letzten Jahre 1901 befördert. Hierbei sind die mit ihr vereinigten Gesellschaften nicht mit einberechnet. Die Gesamtzahl ergibt sich nach der Zahl der verarbeiteten Fahrgäste, einschließlich der Zahl der Fahrten, welche die Faher von Zeilorten erfahrungsgemäß machen. Da im Jahre 1900 236 1/2 Millionen Personen befördert wurden, so ergibt dies eine Verkehrsteigerung von 70 Millionen Personen für das erste Jahr der Durchföhrung des Jchnspennigtarifs. Das Jahr 1900 hatte nur eine Zunahme von 48 Millionen gebracht.

Die Aushebung eines Hehlerneßes in der Anklamerstraße hat noch zwei Verhaftungen nach sich gezogen. Der Barbier Adolf Brömmle, der sein Barbiergeßäft durch Gehilfen betrieb, beschuldigte sich selbst ausschließlich mit dem Fahrradhandel. Schon seit Jahren ein Hehler, fand er mit verschiedenen Dieben in Verbindung, so auch mit dem 21jährigen Berliner Paul Köke aus Magdeburg und dem 18 Jahre alten Artisten Karl Knitter aus Stiel in Meidenburg. Auch diese wurden jetzt festgenommen; sie sind beide wegen Diebstahls mehrfach bestraft. Brömmle hielt sehr auf gute Marken und verkaufte die gestohlenenäder gleich im ganzen.

Für das Jahr 1902 ist die neue Ausgabe des großen Verkehrsplans erschienen. Er schließt die Pläne der Vororte, der Straßenbahn- und Omnibuslinien ein. Der angehörige Text verweist auch auf Lebenswürdigkeiten, öffentliche Gebäude ac. Daranus Verkehrsplan ist vom Verlag der Liebeschen Buchhandlung, Berlin W., Anrührst. 18, in der Größe von 80:100 cm zum Preis von 2 M. hergestellt; er erleichtert die rationelle Benutzung der großstädtischen Verkehrswege.

Ueber Astronomie beginnt Herr Dr. Graf heute abnd 8 Uhr im großen Saal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstraße einen Cyclus von vier Vorträgen mit dem Vortrag „Die Himmelskunde und ihre historische Entwicklung“. — Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taudenstraße wird in dieser Woche allabendlich der Vortrag „Frühlingstoge an der Riviera“ zur Wiederholung gelangen.

Heute Freitag, abnd 8 Uhr, veranstaltet der Verein für Feuerbestattung im Altergenale des Rathauses eine öffentliche Versammlung, in welcher Dr. Zigt aus Hannover einen Vortrag über „Die Feuerbestattung im Lichte der Rechttheit“ hält. — Künstlerische Modellarbeiten zu Hismurnen, Abbildungen und Pläne von Krematorien und Urnenhallen werden ausgestellt sein. Der praktisch-technischen Seite der Frage wird durch Vorföhrung des anherordentlich infinitiven großen Schönerbergs Modells eines modernen Krematoriums Genüge geschchen. — Der Zutritt steht jedermann frei, auch etwaige Gegner sollen zum Worte gelassen werden.

Feuerbericht. Donnerstag früh kurz nach 7 Uhr wurde die Wehr nach den Kempinofischen Wainstuben in der Kranenst. 71 gerufen. Während dort in der Waschküche auf dem Hausboden eine Anzahl Wäschertinnen bei der Arbeit waren, geriet das Dachgebäl in der Nähe des Schornsteins in Brand. Dieser wurde von der Wehr in kurzer Zeit abgelöcht und hat erheblichen Schaden nicht verursacht. Zur selben Zeit mußte in der Lindenst. 47 ein Gardinenbrand abgelöcht werden. Mittwochnachmittag 4 Uhr erfolgte eine Alarmierung nach der Mauerstr. 88. Hier war durch Unvorsichtigkeit ein Gasofen offen geblieben und das Gas ausgetrömt. Es erfolgte eine Explosion, die aber glücklicherweise Personen nicht verletzte. Mittwochabend gegen 9 Uhr mußte in der Weienst. 20 ein Wohnungsbrand beseitigt werden, der hauptsächlich Möbel und Betten zerstörte. In der Remelerst. 88, Holzmarktst. 84, Gramst. 42, Koppenst. 7 und Frankfurter Allee 73 gingen Gardinen in Flammen auf. Außerdem war noch eine Alarmierung von der Schweienst. 18 zu verzeichnen. Hier waren im vierten Stod Möbel, Betten, Gardinen und der Fußboden in Brand geraten, doch konnte die Gefahr leicht beseitigt werden.

Aus den Nachbarorten. In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung wurden am Mittwoch die neu gewählten Stadtverordneten eingeföhrt, darunter die Sozialdemokraten Dr. Borhardt, Jander, Paasche, Scharnberg und Bogel. In seiner heißig aufgenommenen Ansprache an die neuen Mitglieder wies Oberbürgermeister Schusch auf die großen Aufgaben hin, die der Stadtgemeinde bevorstehen, und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es

Sozialistische Presse Deutschlands.

I. Quartal 1902. Central-Organ. „Vorwärts“ Berliner Volksblatt. Deutschr. 2, SW. 19 Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit.“ Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furtwächlerstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Rumpfsstr. 12. Bautzen „Norddeutsches Volksblatt“ Neue Wilhelmshafenstr. 82. Bielefeld „Volksmacht“ Schulstr. 20. Bismarck „Bismarcker Volksblatt“ Rumpfstr. 10. Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Höhe 4. Bremen „Bremer Bürger-Zeitung“ Finkenstr. 21/22. Bremerhaven „Norddeutsche Volkstimme“ Am Hafen 49. Dresden „Vollmacht“ Neue Graupenstr. 6. Götting „Vollmacht für den Herzogthümer Coburg und Gotha“ Mohrenberg 7. Götting „Göttinger Volkszeitung“ Teichstr. 2. Chemnitz „Vollstimme“ Uferstr. 14. Leipzig „Vollmacht für Anhalt“ Ballenstedterstr. 5. Dortmund „Reinlichkeits-Werkschmied“ Westendstr. 120. Dortmund „Reinlichkeits-Werkschmied“ Lüdenscheid, Poststr. 7. Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Zwingerstr. 22. Düsseldorf „Scheidt'sches Volksblatt“ Zwingerstr. 22. Düsseldorf „Scheidt'sches Volksblatt“ Münsterstr. 67, part. Elberfeld-Vormen „Freie Presse“ Friedrichstr. 37. Erfurt „Tabelle“ Finkenstr. 7 p. Eisen „Der Arbeiter“ Finkenstr. 8. Frankfurt a. M. „Sächsische Volkstimme“ Frankfurterstr. 11. Frankfurt a. M. „Sächsische Volkstimme“ großer Hirschgraben 17. Gießen „Härtner Bürger-Zeitung“ Königstr. 95. Gera „Reinliche Tribunal“ Alte Schloßgasse 11. Greif „Reinliche Volkszeitung“ Höhegasse. Halle a. S. „Vollmacht für Halle“ Weißstr. 21. Hamburg „Hamburger Echo“ Fehlandstr. 11. Harburg „Vollmacht“ großer Schippen 4 p. Hannover „Vollmacht“ Burgstr. 9. Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Vörsenstr. 33. Karlsruhe „Vollmacht“ Bredersweg 31. Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11. Köln „Mitteldeutsche Zeitung“ Urselslopp 6. Königsberg i. Pr. „Königsberger Volks-Zeitung“ Rothenstr. 32, part. Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Landwehrstr. 19/21. Ludwigsruh „Vollmacht der Post“ Döppersheimerstr. 10. Lübeck „Lübecker Volksbote“ Johannisstr. 60. Mainz „Mainzer Volksblatt“ Schröderstr. 11. Magdeburg „Vollstimme“ Jakobstr. 49. Mainz „Mainzer Volkszeitung“ (Sächsische Volkstimme) Margaretenstr. 13. Mannheim „Vollstimme“ R. 3, 14. Naumburg i. E. „Freie Presse“ Dickenheimerstr. 42. Nürnberg „Nürnberger Post“ Mittelbaderplatz 2. Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Vuitoldstr. 9.

Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25. Ostfildern „Medienburgische Volkszeitung“ Döbereinerstr. 6. Paderborn „Paderborner Volksblatt“ Rosmaringasse 15. Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Höhegasse 7. Stuttgart „Vollmacht“ König Altkirchstr. 15. Tübingen i. G. „Freie Presse für Gmünd-Vöhringen“ Schillingstr. 23. Weimar „Schwedische Tagespost“ Furtwächlerstr. 12. Witten i. S. „Sächsische Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

München „Münchener Volksblatt“ Anguliebnerstr. 12. Augsburg „Augsburger Volkszeitung“ Maximilianstraße 31. Breslau „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6. „Schlesische Volkszeitung“, Neue Graupenstr. 5/6. „Vollner Volkszeitung“, Neue Graupenstr. 5/6. Erfurt „Reinliche Volkszeitung“ Breitestr. 44. Gotha „Vollmacht für die Herzogthümer Coburg und Gotha“ Mohrenberg 7. Götting „Göttinger Volkszeitung“ Teichstr. 2.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Koppelstr. 6. Langensiefen „Der Arbeiter und dem Gulenberg“ Ober-Langensiefen 2. Bezirk. Saalfeld „Thüringer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Bautzen „Die Nord-Macht“ Neue Wilhelmshafenstr. 38. Braunschweig „Der Landbote“ Höhe 4. Götting „Der Bergarbeiter“ Hohenstr. 2. Dresden „Der arme Teufel“ Holtenstr. 19. Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchgartenstr. 11. Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Bakenstr. 37. Köln „Mitteldeutsche Zeitung“ (Wochenausgabe) Urselslopp 6. Stuttgart „Schwedische Volkszeitung“ Furtwächlerstr. 12.

Monatlich zweimal erscheinend.

Königsberg. Der Ostpreussische Landbote. Ankenstr. 32.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Die Fackel“ Louise-Ufer 11. Hanau „Der Bauernfreund“ Philipp Ludwig-Anlage 9.

Wochblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon“ Gewandstr. 4. Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtwächlerstr. 12.

Manuskrierte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden“ Deutschr. 2 SW. 19. Erscheint in Wochenheften. Hamburg „Die Neue Welt“ Fehlandstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschafts-Presse Deutschlands.

I. Quartal 1902. Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, Salomonstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie“ Wilhelmstr. 2, portiere.

Berlin „Die Arbeiter“, Organ des Porzellan-Arbeiter-Verbandes, SO, Engelstr. 15 II. „Bildhauer-Zeitung“, Salmstr. 33. „Die Einigkeit“, Organ der Vertrauensmänner-Zentralisation Deutschlands, Altkirchstr. 19 II. „Kgl. Fahr-Zeitung“, Schwabenstr. 58. „Der Gastwirthsgehilfe“, Finkenstr. 36. „Der Steinarbeiter“, Nollstr., Bergstr. 30/31, Hofstr. „Der Töpfer“, Engelstr. 15. Bochum „Deutsche Berg- und Hütten-Arbeiter-Zeitung“, Johannisstr. 12. Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Finkenstr. 21/22. Chemnitz „Der Textilarbeiter“, Uferstr. 14. Gotha „Schuhmacher-Vollmacht“, Mohrenberg 7. Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Marktstr. 15 II. „Deutsche Bäcker-Zeitung“, Organ des Bäckerverbandes, Gr. Neumarkt 24, I. „Der Arbeiter“ (für Bau- und Hilfsarbeiter), Bremerstr. 15, pt. „Der Grundstein“ (für Maurer), St. Georg, Neue Brennerstr. 19 I. „Holzarbeiter-Zeitung“, Elmshornstr., Bismarckstr. 10. „Brüder Schmie“, Ufenhorst, Herberstr. 21, Haus 8 II. „Frühzeitung für Schneider“, Gärtnerstr. 16a. „Der Saccateur“, Bornstedt, Zochelweide 16. Vereins-Anzeiger für Maler 2c., Bornstedt, Schulmeisterstraße 17. „Der Zimmerer“, Bornstedt, Finkenstr. 29 I. Karlsruhe „Glaser-Zeitung“, Schützenstr. 8a. Leipzig „Buchdrucker-Wacht“, Landwehrstr. 10/21. Leipzig „Der Tabakarbeiter“ (für Cigarrenarbeiter), Landwehrstr. 19/21. Leipzig-Schönefeld „Graphische Presse“, Schönefeld. Vindens-Hannover „Bauer-Zeitung“, Burgstr. 9. Weimar „Dresdener „Der Buchhändler“ (für Glas-, Porzellan- u. Holzwaren-Arbeiter), Reinigerstr. 34. Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, Luisenplatz 9. Stuttgart „Buchhändler-Zeitung“, Finkenstr. 30. „Der Handwerkschmied“, Finkenstr. 21 II.

Monatlich dreimal erscheinend.

Altenburg „Einigkeit“, Publikationsorgan für die deutschen Müller und Konditoren, Pfeffer- und Bäckler-Vereine, Rauerstraße 4b.

Aller 14 Tage erscheinend.

Berlin „Der Courier“, Centralorgan für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgebiete Beschäftigten Arbeiter Deutschlands, SO, Engelstr. 15.

Correspondenzblatt des Verbandes der Bergalder Deutschlands NW, Wilsdorfstr. 39. „Deutscher Raschik und Pelzer“, Organ der Maschinen- und Bergarbeiter Deutschlands, SO, Finkenstr. 55. „Die Gewerkschaft“, Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasmäslern und sonstigen häuslichen Betrieben, Marktstr. 25. „Gehilfen-Zeitung“, N. Brunnstr. 102. „Hilfs-Zeitung“, SO, Engelstr. 15. „Kgl. Steinarbeiter-Zeitung“, NW, Waldenstr. 18. „Solidarität“, Organ aller im graphischen Gewerbe Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Reinigerstr. 7. „Solidarität“, Publikationsorgan der deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft, Reinigerstr. 35. „Zeitungs-Zeitung für Graveure und Sclaeure“, Kohlstr. Baum 8. Frankfurt a. M. „Reine Deutsche Dachdecker-Zeitung“, Südstr. 31. Götting „Härter- und Friseur-Zeitung“, Gasmanngasse 16/17. „Correspondenzblatt der Tapezierer“, Finkenstr. 99. „Handlungsgehilfen-Blatt“, Valentinscamp 92. „Der Hilfsarbeiter“, Finkenstr. 5. „Hilfs-Zeitung“, Organ für die Interessen der Arbeiter und ihrer freien Vereinigungen, Margaretenstr. 50, I. „Der Kupfer-Knecht“, Finkenstr. 8, I. „Der Seemann“, St. Pauli, Finkenstr. 116. „Bedruf der Eisenbahner“, Marktstr. 15. Hannover „Der Arbeiter“ (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen), Schillerstr. 5, II. Offenbach „Vorsteuere-Zeitung“, Schloßstr. 3, I. Stuttgart „Die Gleichheit“, Zeitungsorgan für die Interessen der Arbeiterinnen, Furtwächlerstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Der Adressensucher“, Organ des Centralvereins der im Adresswesen und verwandten Branchen Beschäftigten, Finkenstr. 57 part. „Der Arbeiter“, Organ für die Interessen der Arbeiter-gesellen Berlin und Umgebung, Finkenstr. 101. „Der Arbeiter-Angestellte“, N. Antonaplatz 3 II. „Der Elektriker“, S. Heinestr. 94. „Der Fleischer“, SO 33, Reinigerstr. 148. „Gewerkschaft“, Organ der Arbeiter-Vertrauensmänner-Zentralisation, NW 52, Altkirchstr. 132. „Berliner Mitteilungen“, für alle in der Wälder- und Armaturenbranche, Dampfmaschinen- und Wälzwerke Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, NO, Köpenickerstr. 43. Bremerhaven „Der Werftarbeiter“. Hamburg „Der Hafenarbeiter“, Schwanenweg 7, I. Obige Zusammenstellung veröffentlicht wir zu Beginn jeden Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Abänderungen oder sonstige Veränderungen bitten wir um beifolgende Bemerkung mitteilen zu wollen. Berlin, den 6. Januar 1902. Der Parteivorstand.

Sociales.

Der Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetrieb des preussischen Reichs.

Nach der soeben erschienenen amtlichen Uebersicht wurden im Jahre 1900 auf den preussischen Staatsbergwerken einschließlich der Salinen für 210,8 Millionen Mark Produkte erzielt bei einer Vorkapital von 72.727 Millionen. Die Steigerung der Produktion gegen das Jahr 1899 beträgt 14,04 Proz., während die Zahl der beschäftigten Personen nur um 4,1 Proz. stieg.

Die Gesamterlöse betragen 47.056.859 M., oder auf den Kopf des Arbeiters 647 M., während sie im Jahre 1899 auf den Kopf des Arbeiters nur 548 M. betragen. Der preussische Fiskus hat also nicht schlicht gewonnen.

Der Anteil der Arbeiter an den gesteigerten Erträgen ist natürlich nicht entfernt so hoch. Es ist nicht möglich, dieses Verhältnis festzustellen, doch stieg zum Beispiel der durchschnittliche Lohn der Arbeiter auf den Saarbrücker Eisen- und Hüttenwerken, die den größten Teil der fiskalischen Berg- und Salinenarbeiter, nämlich über 41.000 beschäftigten, nur von 1019 M. auf 1044 M., also um nur 25 M. Diese Werke wirtschafteten überhaupt vorzüglich zu Gunsten der fiskalischen Unternehmer. Bei ihnen belief sich die Steigerung der Selbstkosten per Tonne Kohle auf 0,43 M., wovon 0,18 M. auf Lohnsteigerung entfielen, während der Uebereschuß per Tonne Kohlen von 1,74 M. auf 2,71 M. stieg.

Reform der Fabrikinspektion in Baden. Eine von uns seit Jahren erhobene Forderung soll endlich in Baden durchgeführt werden. Es soll die Dampfbesichtigungen aus den Aufgaben der Gewerbeinspektion ausgegliedert und für diese Aufgabe die Stelle eines maschinenärztlichen Referenten beim Ministerium des Innern geschaffen werden.

Zur Fabrikinspektion wird dem am 14. d. Mts. zusammengetretenen braunschweigischen Landtage vom Gewerkschaftsverband Braunschweig ein Antrag zugehen, der die Vermehrung des Aufsichtsbereitschaftspersonals und besonders die Anstellung eines weiblichen Beamten fordert, die besonders diejenigen Betriebe revidieren soll, in denen Arbeiterinnen beschäftigt werden. Zu dem Antrag haben die Arbeiter einer Reihe größerer Orte, Wolfenbüttel, Braunlage, Räckingen u. s. w. bereits Stellung genommen und sich einstimmig für dessen Unterstüßung erklärt.

Gegen die Vertrauensärzte wandte sich eine Versammlung der Arbeiterbeisitzer des Schiedsgerichts Mannheim durch Annahme folgender Resolution:

„Die am 5. Januar 1902 im Saale des Velleus-Kellers tagende Versammlung der Arbeiterbeisitzer des Schiedsgerichts für Arbeiter-versicherung in Mannheim spricht ihr ernstes Bedauern darüber aus, daß die Bestellung der Vertrauensärzte in der gestrigen Sitzung des Schiedsgerichts ohne jede vorherige Verständigung mit der Gesamtheit der Schiedsgerichts-Beisitzer erfolgt ist, obwohl dem Herrn Vorsitzenden die Absicht der Arbeiter-Beisitzer, hierzu keine Stellung zu nehmen, bekannt war. Sie erklärt, daß sie der wiederum erfolgten Bestellung von Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaft aus Protest gegen die Bestellung der Vertrauensärzte in der gestrigen Sitzung keine Zustimmung geben kann. Insbesondere erklärt sie sich aufschärfend gegen die Bestellung des als schiedsgerichtlichen Vertreters der Berufsgenossenschaftlichen Interessen bekannten Herrn Dr. Bräminger zum Vertrauensarzt, und empfiehlt den Beisitzern die möglichste Vorsicht gegenüber dem Gutachten dieses Herrn, sowie überhaupt die volle Selbständigkeit in der Beratung und das entschiedenste Eintreten für die Einziehung von Gutachten der behandelnden Ärzte, ohne die eine gründliche Beurteilung der Sachlage in der Regel nicht möglich ist.“

Ueber die Lebensverhältnisse der Arbeiterfamilien hat das Gewerkschaftsblatt in Halle wertvolle Erhebungen veranstaltet. Es wurden im August vorigen Jahres 900 Fragebogen an Arbeiterfamilien ausgegeben, in denen nach dem Einkommen, der Kopfzahl und der Wohnverhältnisse gefragt wurde. Der Hauptzweck der Erhebung war aber, den Brot- und Mehlverbrauch genau festzustellen. In diesem Zweck enthielten die Fragebogen eine Einrichtungs, die es gestattete, für 28 Tage den täglichen Verbrauch an Brot, Weizen und Mehl anzugeben: Von den ausgegebenen Fragebogen kamen nur 280 richtig angefüllt zurück. Unter hiesigen Parteimitgliedern veröffentlicht zunächst die Resultate über Einkommen und Miete. Diese ergeben folgendes Bild:

Table with 7 columns: Zahl der abgehenden Fragebogen, Höhe des Jahres-Einkommens Mark, Durchschnitts-Einkommen pro Familie, Zahl der Köpfe über 14 Jahre, unter 14 Jahre, zusammen, Kopfzahl pro Familie, Diebstahlsumme in M. und Proz. d. Einkommens. Total rows: 10, 289, 1008,9, 717, 787, 1454, 5,0, 175,3, 16,0.

Die Resultate der belgischen Volkszählung von 1900, welche dieser Tage im „Staats-Moniteur“ veröffentlicht wurden, enthalten recht interessante Details. Das Königreich Belgien, in welchem im Jahre 1880 5 1/2 Millionen Einwohner gezählt wurden, stieg bis zum Jahre 1890 auf 6 069 321; am 1. Januar 1900 betrug die Einwohnerzahl 6 698 810. Die Steigerung beträgt demnach etwa 10 Proz. pro Decennium. Auch hier wiederholt sich das Beispiel, wie in Deutschland und allen andern Industriestaaten, das flache Land wird mehr und mehr entvölkert. Trotz des Ueberflusses der Geburten über die Sterbefälle haben sich alle rein ländlichen Kreise nicht vermehrt, in 4 von ihnen ist die Einwohnerzahl von 1890 zu 1900 sogar gesunken. Das Wachstum entfällt auf die großen Städte und Industriezentren. Brüssel allein hat um 131 000, Antwerpen um 88 000, Lüttich um 57 000, Charleroi um 50 000 und Gent um 30 000 zugenommen.

Diese Feststellungen werden auch zur Folge haben die Vermehrung der Deputierten und Senatorische. Nach der belgischen Konstitution kommt auf je 40 000 Einwohner ein Deputierter, nach jeder Volkszählung ist die Zahl der Deputierten entsprechend der vermehrten Einwohnerzahl zu regeln. Es werden diesmal also 168 Deputierte mehr zu wählen sein, was die Prävalenzstärke der Kammer auf 167 Deputierte bringen wird. Diese neuen Sitze fallen um selbstverständlich alle auf die großen Städte; so erhält Antwerpen zwei, Charleroi zwei, Brüssel sogar vier neue Deputierte. Auf diese Weise wird der Einfluß der städtischen industriellen Bevölkerung entsprechend ihrer Stärke und der Bedeutung der Industrie für das Land in gerechter Weise ständig vermehrt.

Revision des norwegischen Fabrikgesetzes. Das mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die Revision des Fabrikgesetzes betraute Komitee für soziale Fragen hat seine Arbeiten beendet. Es hat nach Prüfung der diesbezüglichen Gesetzgebung

anderer Länder und nach Zurücklegung der Centralvorstände des norwegischen Arbeitgeber-Verbandes und des norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes ein Gutachten ausgearbeitet. Die Mehrheit des Komitees fand den Regierungsentwurf zur Revision des Fabrikgesetzes nicht weitgehend genug, während die Minderheit sich mit ihm begnügen wollte.

Nach dem Entwurf des Komitees soll das Gesetz sich auf alle diejenigen Fabriken, Handwerks- und industriellen Betriebe erstrecken, in welchen außer dem Inhaber und dessen Frau und Kindern mindestens 5 Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden oder andere Arbeitskräfte als die menschliche Muskelkraft zur Anwendung gebracht wird, oder Dampfbesitz besitzt, oder explosive Stoffe herstellt oder gebraucht werden. In einem Betrieb dem Gesetz unterstellt ist, wird in Zweifelsfällen vom Regierungsdepartement entschieden. Die Mindestzahl soll bis zum 12. Lebensjahr verboten sein, vom 12. bis zum 14. sechs Stunden täglich nicht übersteigen und nur für leichtere Arbeiten in freier Luft gestattet werden. Hierzu ist ein ärztliches Attest erforderlich. Bis zum 18. Lebensjahr soll dann der 10-stündige Arbeitstag zulässig sein; bei leichter Arbeit dürfen die jungen Leute mit besonderer Erlaubnis der Behörden in den ersten fünf Tagen der Woche auch 10 1/2 Stunden beschäftigt werden. Wenn die besondere Art eines Betriebes es erfordert, soll Nachtarbeit auch für junge Männer und erwachsene Frauen zulässig sein, doch nicht ohne besondere Erlaubnis. In Bergwerken sollen mit besonderer Erlaubnis während des Sommeres Kinder und junge Leute bis zu neun Stunden täglich beschäftigt werden können. Ferner enthält der Entwurf die Bestimmung, daß Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, während sie die Schule besuchen, und daß die Schulverwaltung eine Einschränkung der Arbeitszeit eines Kindes herbeiführen kann, wenn sie findet, daß es durch die Arbeit an der Aneignung der nötigen Kenntnisse gehindert wird. Wöchnerinnen sollen 6 Wochen lang nach der Entbindung nicht beschäftigt werden und können für den Verlust an Arbeitsverdienst Unterstützung erhalten, die nicht als Armenunterstützung gilt. Von einer gründlichen Umordnung der Aufsichtsbereiche und von der Umwandlung der jetzt bestehenden lokalen in eine staatliche Central-Aufsichtsbehörde glaubt auch die Mehrheit des Komitees an Möglichkeit auf die Kosten vorläufig absehen zu müssen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den dem Gesetz unterstellten Betrieben sollen in den Aufsichtsbereichen vertreten sein. In der Motivierung seines Entwurfs weist das Komitee öfters auf die Konkurrenz des Auslandes hin, die daran hindere, weitgehende Schutzbestimmungen, wie sie in andern Ländern beständen, einzuführen.

Sociale Rechtspflege.

Accordarbeit und Kündigungsausschluß. Die Tischler M. und S. hatten in der Fabrik des Herrn Bander einen Accord zum Preise von 165 M. abgeschlossen. Nachdem sie den Auftrag gemacht hatten, mußten sie eine andre Arbeit in Lohn ausführen. Dann wurden sie plötzlich entlassen, ohne daß man ihnen zur Feststellung jenes Accords Gelegenheit gab. Sie verklagten deshalb die Firma beim Gewerbegericht auf Annullierung der gesamten Accordsumme von 105 Mark. Der Beklagte wandte unter andern vor der Kammer IV ein, daß in seinem Betriebe die Kündigungsfest durch Fabrikordnung ausgeschlossen und durch eine jederzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses gestattet sei. Die Kläger erwiderten, daß ihrer Meinung nach der Accordvertrag durch den Kündigungsausschluß nicht beseitigt werde. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts Dr. Meier stellte sich aber auf den Standpunkt, daß bei Kündigungsausschluß die Arbeiter ein Recht auf die Feststellung des Accords nicht hätten, wenn dies nicht ausdrücklich vereinbart wäre. Demzufolge sei auch nur die bereits geleistete Arbeit zu bezahlen. Auf Bitten des Gerichts begnügten sich die Kläger mit je 2 M. für den Aufreiz und verzichteten im Vergleichsweise auf das übrige.

